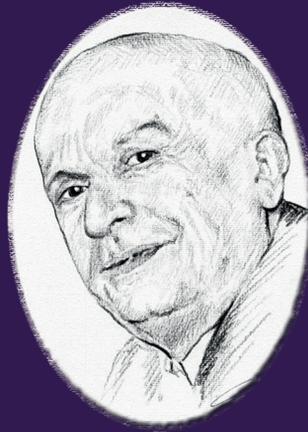


Klaus Friedrich Pott

Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftserziehung in der SBZ und DDR

Stark ergänzte Fassung
des Versuchs einer ersten Bestandsaufnahme



Eusl

Gwbv

Klaus Friedrich Pott

Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftserziehung in der SBZ und DDR

Stark ergänzte Fassung
des Versuchs einer ersten Bestandsaufnahme

Mit einer Abhandlung über das Verhältnis
von Allgemein- und Berufsbildung
in der DDR-Pädagogik von Dieter Grottker

Ein Eusl-Titel bei wbv Publikation

© 2023 wbv Publikation
ein Geschäftsbereich der
wbv Media GmbH & Co. KG, Bielefeld

Gesamtherstellung:
wbv Media GmbH & Co. KG, Bielefeld
wbv.de

Bestell-Nr.: I74269
ISBN Print: 978-3-7639-7426-9
ISBN E-Book: 978-3-7639-7439-9
DOI: 10.3278/9783763974399

Printed in Germany

Das Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Insbesondere darf kein Teil dieses Werkes ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (unter Verwendung elektronischer Systeme oder als Ausdruck, Fotokopie oder unter Nutzung eines anderen Vervielfältigungsverfahrens) über den persönlichen Gebrauch hinaus verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Für alle in diesem Werk verwendeten Warennamen sowie Firmen- und Markenbezeichnungen können Schutzrechte bestehen, auch wenn diese nicht als solche gekennzeichnet sind. Deren Verwendung in diesem Werk berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese frei verfügbar seien.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Buch ist folgenden Damen und Herren gewidmet
(in alphabetischer Reihenfolge)

Senta Braun
Sabine Ewert
Wolfram Fiedler
Dieter Grottker
Eberhard Kühne
Dieter Squarra

Sie alle haben im Buch Spuren hinterlassen –
buchstäblich und im übertragenen Sinne.

Für ihre zum Teil jahrelange Unterstützung möchte ich mich
sehr herzlich bedanken.

Vorwort¹

Eine wichtige Bemerkung vorab: Als Westdeutscher (und wohl wissend, dass bereits mit der westdeutschen „Sichtweise“ automatisch Wertungen verbunden sind) sehe ich das damalige Geschehen (und es ist mit Sicherheit nur ein *Bruchteil* des gesamten Geschehens) mit den Augen der Gegenwart (was einschließt, dass ich es „vom Ende her“ sehe). Schon aus diesem Grund musste ich die DDR-Literatur so überaus umfangreich zu Wort kommen lassen.

Besondere Aufmerksamkeit erforderte die Verwendung von altbekannten Begriffen, denen in der DDR häufig ein anderer Begriffsinhalt beigemessen worden ist, ja geradezu beigemessen werden musste, weil „keine einzige ökonomische Erscheinung [...] richtig verstanden werden [kann], wenn sie, ausgehend von irgendwelchen allgemeinen Abstraktionen, untersucht wird, unabhängig von jenen realen ökonomischen Beziehungen, in deren System sie sich befindet und die sie ausdrückt.“ Die „konkret-historische Bestimmung und parteiische Interpretation der Begriffsinhalte in der ökonomischen Fachsprache“ seien „besonders in der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Ideologen“ relevant, schreiben Alexander Schink und Dieter Squarra. Die von den bürgerlichen Ideologen „praktizierte Methode besteht u. a. in der ahistorischen Betrachtung und im Überbetonen des Allgemeinen...“² Im Kern und zu Recht erinnern sie daran, dass die Bedeutung von Begriffen häufig durch die Zeitumstände bestimmt ist und sich mit ihnen ändert.

Auffallend bei der Beschäftigung mit Texten der DDR-Berufspädagogen ist die Nachdrücklichkeit, mit der – je später, je explizierter – die Erziehung zur „allseitig entwickelten sozialistischen Facharbeiterpersönlichkeit“ gefordert worden ist!³ Der hochqualifizierte Facharbeiter sollte sich „durch ein hohes sozialistisches Bewußtsein und sozialistische Verhaltensweisen auszeichnen“ und er sollte über „umfassende berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten [und] Fertigkeiten“ verfügen, „die vielseitig im Arbeitsprozeß einsetzbar sind.“ Er sollte „sich ständig weiterbilden und bereit“ sein, sein „Wissen und Können für die Stärkung und Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, dem sozialistischen

1 Dies ist eine geänderte Fassung der Einleitung zur Ausgabe vom August 2021.

2 Schink/Squarra: Ökonomie in der Berufsbildung – effektiv vermittelt, Berlin [Ost] 1976, S. 37 (im Folgenden zitiert als „Schink/Squarra 1976“).

3 Ebenda, S. 20.

Staat deutscher Nation, schöpferisch einzusetzen.“⁴ Dieser propagandistische Ton durchzieht auch nahezu die gesamte einschlägige Literatur.

Bildungspolitik hatte „von Anfang an in den neu zu schaffenden Verwaltungen einen hervorgehobenen Stellenwert. Um keinen Preis wollte man den Bereich der Bildung und Erziehung der Jugend den bürgerlichen Parteien oder der SPD überlassen. Hier gab es – und dies war auch in den späteren Jahrzehnten der DDR-Bildungspolitik ein ungeschriebenes Gesetz – konsequente Vorgaben für die Kaderarbeit im Bereich des Bildungswesens“, schreiben die Dresdner Berufspädagogen Dieter Grottker (*1953 in Bautzen) und Jörg-Peter Pahl (1939 – 2022) 1997 rückblickend⁵. Und schon bald hat man der „sozialistischen Berufsausbildung“ eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, „weil sie in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft der Hauptweg der beruflichen Qualifizierung der Arbeiterklasse und zugleich die wichtigste Quelle der quantitativ und qualitativ erweiterten Reproduktion der Arbeitskraft ist. Als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens ist die Berufsausbildung besonders eng mit dem Reproduktionsprozeß verbunden und somit auch entscheidender Wachstumsfaktor und volkswirtschaftliche Entwicklungspotenz. Die Berufsausbildung ist auf die Verwirklichung der Hauptaufgabe gerichtet, indem sie mit den ihr eigenen Zielen, Inhalten, Mitteln und Methoden einen wesentlichen Beitrag zur klassenmäßigen Erziehung des Nachwuchses der Arbeiterklasse leistet, zur Befriedigung der wachsenden materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen beiträgt sowie das Sozial- und Kulturniveau als Bestandteil des Lebensniveaus unseres Volkes erhöht.“⁶ Die „qualitativ erweiterte Reproduktion

4 Vgl. *Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens*. In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1968, S. [263] – 271, hier S. 263.

5 Grottker, Dieter & Pahl, Jörg-Peter: Berufsbildung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – der ostdeutsche Neubeginn vor 50 Jahren. In: *berufsbildung. Zeitschrift für Praxis und Theorie in Betrieb und Schule*, 50. Jg., Seelze 1996 (Dezemberheft), S. 5 – 10, hier S. 5 (im Folgenden zitiert als Grottker/Pahl). Dieses Dezemberheft wird im Folgenden zitiert als „berufsbildung/Jubiläumsheft“.

6 Vgl. Feierabend, Günter und Hammer, Hans: *Erfordernisse der qualitativ erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens im Leitungs- und Verwaltungsbereich sozialistischer Betriebe und ihr Einfluß auf die perspektivische Weiterentwicklung der kaufmännisch-ökonomischen Berufsausbildung in der DDR*, Dissertation zum Dr. sc. paed. (HU Berlin, Gutachter u. a. Alexander Schink und Herbert Hanke) Berlin [Ost] 1975, 346 Seiten – ohne Literaturverzeichnis und die 13 Anlagen (im Folgenden zitiert als Feierabend/Hammer 1975), hier S. 1.

des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der Qualifikationsstufe der Facharbeiter“ ist als entscheidender „Faktor der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus“ angesehen worden (S. 5). „Wer die neue Gesellschaft aufbauen will, muß begreifen, daß er das nur auf der Grundlage der modernen Bildung zuwege bringen kann und daß, wenn er die Bildung nicht hat, der Kommunismus ein frommer Wunsch bleibt“, so wird Wladimir Iljitsch Lenin (1870 – 1924) von Günter Feierabend (geb. 23.4.1928 in Berlin) und Hans Hammer (geb. 14.11.1923 in Tschalositz) zitiert (S. 14). Und diese Grundüberzeugung der DDR-Machtelite war Staatsdoktrin bis zum Herbst 1989. „Die technische Revolution [...] (sei nämlich) eine objektive Gesetzmäßigkeit in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus. Das Tempo der damit verbundenen wissenschaftlich-technischen Umwälzung wird weitgehend vom Bildungsniveau [...] bestimmt.“⁷ Man scheint offenbar allen Ernstes davon ausgegangen zu sein, mit pädagogischen Maßnahmen die inzwischen offenkundigen Mängel des Wirtschaftssystems „heilen“ zu können.

Zwar war man in der SBZ unmittelbar nach der „Stunde Null“ nicht mit dem Ziel angetreten, das in den deutschsprachigen Ländern im Laufe des 19. Jahrhunderts gewachsene System des Berufs- und Berufsfachschulwesens zu überwinden, doch mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischer Prägung ist es schnell und unabdingbar obsolet geworden. Mit dem Ende des Schuljahres 1950/51 wurden die kaufmännischen Berufsfachschulen (Handelsschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsvollschulen, Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung) geschlossen (während die gewerblich-technischen Berufsfachschulen erhalten geblieben sind), dann wurde mit der am 28. Juni 1956 final verfügten Einführung der Betriebsberufsschulen aus dem dualen ein monostrukturelles System, und der berufspraktische Unterricht lag nun überwiegend in den Händen von fachschulmäßig ausgebildeten Lehrmeistern. Aus den tradierten Monoberufen wurden 1968 [als Maßnahme im Prozess der auf dem VII. Parteitag der SED (17. bis 22. April 1967) breit diskutierten wissenschaftlich-technischen Revolution⁸]

7 Täger, Heinz: Die sozialistische Ausbildungsgemeinschaft, eine Möglichkeit zur Verbesserung der betrieblichen Ausbildung von Industriekaufleuten und für andere Berufe mit Einzelausbildung, Diss. paed. HU Berlin, Berlin 1964 (271 Seiten und 42 Anlagen), S. I (im Folgenden zitiert als „Täger 1964“).

8 Die erste größere Untersuchung zum Problem der wissenschaftlich-technischen Revolution stammt schon aus dem Jahr 1962: Teißmann, Kurt: Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution (Unser Weltbild, Nr. 163), Berlin [Ost] 1962.

Grundberufe mit jeweils etlichen Spezialisierungsrichtungen abgeleitet. Aus der Berufsbildung⁹ wurde die Berufsausbildung und aus dieser schließlich die *Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens*. Statt von Ausbildungsberufen sprach man am Ende nur noch von Facharbeiterberufen (aus der *Sekretärin* war der *Facharbeiter für Schreibtechnik* geworden, wobei es 1987 in Ostberlin keinen einzigen männlichen Bewerber für diesen Beruf gegeben hat!). Und aus der Handelslehrausbildung wurde 1971 der „*Studiengang Berufsschullehrer für Wirtschaft*“ mit dem Abschluss *Diplom-Ökonompädagoge* (Dipl. oec. paed.).

Parallel dazu änderte sich auch das tradierte Verhältnis von Allgemein- und Berufsbildung: Für DDR-Pädagogen war es spätestens nach dem Einzug der Polyteknikkonzeption in das Bildungswesen nicht mehr dichotom.¹⁰ Ich sage „spätestens“, weil der von den Nazis entlassene Leipziger Philosoph und Pädagoge Theodor Litt (1880 – 1962), der aktiv an der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs der Leipziger Universität (21. Januar 1946) mitgewirkt hat, gut anderthalb Jahre nach dem Ende des verheerenden Krieges auf der (ersten) berufspädagogischen Tagung in Halle (Dezember 1946) in einem Vortrag folgendes festgehalten hat: „Heute sieht jeder, der nicht blind ist: Wenn es etwas wie Bildung überhaupt geben kann, dann nur in engster Durchdringung mit beruflicher Tätigkeit, denn diese berufliche Tätigkeit ist ja gerade die

9 Im 1952 bis 1977 von der Deutschen Akademie der Wissenschaften bzw. von der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin herausgegebenen „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ wird im 1. Band der 1967er Ausgabe bei „Berufsbildung“ auf „Berufsausbildung“ verwiesen. Vgl. „Berufsbildung“, in: Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (1964–1977), kuratiert und bereitgestellt durch das Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache, <https://www.dwds.de/wb/wdg/Kaufmann>, Stand 10.04.2021.

10 Einen historischen Abriss zur Geschichte des Verhältnisses von Allgemein- und Berufsbildung gibt neuerdings die Hamburger Berufs- und Betriebspädagogin Karin Büchler, (HSU): Gleichwertigkeit allgemeiner und beruflicher Bildung als Demokratisierungsprojekt – Historische Kontinuität und Grenzen einer Forderung. In: Kaiser, Franz und Götzl, Mathias (Hrsg.): Historische Berufsbildungsforschung. Perspektiven auf Wissenschaftsgenese und -dynamik, Detmold 2020, S. 215 – 232. Mein Fazit: In Gesellschaften mit Demokratie, Föderalismus und (gelebtem) Pluralismus sind Wissenschaftler nur *eine* Stimme unter vielen. Sie können Politiker beraten, sie können Vorschläge machen, „wirkmächtig“ sind sie nicht! Bereits 1972 sind – ausgehend vom „Strukturplan“ des Deutschen Bildungsrates – in einer engagierten Abhandlung die tiefgreifenden schulpolitischen Voraussetzungen einer Integration von Allgemein- und Berufsbildung erörtert worden: Hönes, W. - Jerg: Das berufsbildende Abitur – Zur Theorie und Praxis der Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung. In: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 68. Band, Wiesbaden 1972, S. 513 – 531.

Form, in der wir alle Hand anlegen innerhalb des nationalen Ganzen. [...] Dies gilt für uns alle, für den Universitätsprofessor ebenso wie für den ungelerten Arbeiter.“¹¹ Allgemeinbildung und Berufsbildung waren im „*einheitlichen* sozialistischen Bildungssystem“ eng ineinander verzahnt! Sie waren zu einer *unlösbaren harmonischen Einheit* zusammengefügt worden. Anders ausgedrückt: *Alle* Bildung war (zumindest eine zeitlang) Berufsbildung, so dass man nach meiner Meinung (in zugespitzter Form) durchaus sagen kann, dass zum Ende der DDR die Berufsbildung (im weiteren, im ursprünglichen Sinne) die Allgemeinbildung dominierte. Deshalb irritiert es mich auch, dass es (westdeutsche) Darstellungen des DDR-Bildungswesens gibt, in denen das berufsbildende Schulwesen mit keinem Satz erwähnt wird.

Zum Verhältnis von *Theorie* und *Praxis* hieß es einmal, Praxis sei angewandte Theorie, (was im DDR-Berufsbildungswesen auf ungute Weise so war!) und Theorie sei abstrahierte Praxis. Letzteres war im DDR-Berufsbildungswesen auf folgenschwere Weise vielfach *nicht* der Fall: Theorie war bisweilen (ich beziehe mich auf die Studien- bzw. Schulfächer „Politische Ökonomie“, „Betriebsökonomik“ und – mit Einschränkungen – auf das Fach „Rechnungsführung und Statistik“) pure (aus der Sowjetunion importierte) Ideologie, so dass trotz aller Perfektionsbestrebungen die beim Vergleich der Wirtschaftssysteme so wichtigen Steigerungsraten der *Produktivität* der ostdeutschen Wirtschaft hinter denen Westdeutschlands zurück geblieben sind. Und ob sie es wollten oder nicht: Beide Wirtschaftssysteme sind von den Menschen beiderseits der innerdeutschen Grenze ständig miteinander verglichen worden und indirekt damit auch die *Zweckdienlichkeit* ihrer Berufsbildungssysteme! Für die DDR-Bevölkerung kam verstärkend hinzu, dass sich die DDR immer als Gegenentwurf zum bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Westdeutschlands stilisierte.

Das Bildungssystem der DDR erschließt sich einem Westdeutschen nicht ohne weiteres. Die Quellen insbesondere des wirtschaftsberuflichen Schulwesens sind immer noch nicht ausreichend erschlossen, und

11 Vgl. Litt, Theodor: Synthese zwischen Berufsbildung und Allgemeinbildung. In: Berufsbildung, 1 (1947) 2, S. 1 – 6, hier S. 3 (wiederabgedruckt in berufsbildung/Jubiläumsheft, a.a.O., S. 11 – 18); Litt hat übrigens Ende 1947 (67-jährig) wegen des in Gang gesetzten „Umkrempelns“ des gesamten Schul- und Erziehungswesens resigniert die SBZ verlassen, um an der Universität Bonn ein neues Institut für Erziehungswissenschaft aufzubauen! Vgl. dazu Schwiedrzik, Wolfgang Matthias: Lieber will ich Steine klopfen... Der Philosoph und Pädagoge Theodor Litt in Leipzig 1933 – 1947, Leipzig 1997, S. 38 – 40.

soweit sie bekannt sind, ist deren Interpretation immer noch problematisch. Das geforderte hohe sozialistische Bewusstsein stand im Kontrast zum bürgerlich geprägten Kaufmann und dementsprechend taten sich die kaufmännische Berufserziehung und die Wirtschaftspädagogik in der SBZ/DDR schwer.

Besonders in den Gesellschaftswissenschaften (zu denen auch die Wirtschaftspädagogik gehörte) hat sich der alte Grundsatz der gleichgewichtigen Einheit von Lehre und Forschung hin zu deutlich mehr Lehre und entsprechend weniger Forschung verschoben.¹² Man hat alsdann das Fehlen kritischer Sozial- und Erziehungswissenschaften in der DDR als „besonders schmerzlich“ empfunden.¹³ Die Wirtschaftspädagogen an der Berliner Humboldt-Universität konnten vor der Wende das eigene Bezugssystem nicht kritisch auf die Verwirklichung seines gesetzten Zieles befragen, sie konnten seine realen Probleme nicht offenlegen und sie konnten auch die ideologischen Forschungssperren nicht überwinden, denn akademische Freigeister wurden in der DDR mit Versetzung, Publikationsverbot, Ausschluss aus der Partei und akademischer Diskreditierung bis hin zum Zitierverbot bestraft. Die Ost-Berliner Wirtschaftspädagogen haben aber auch nach der Wende – mit Ausnahme der Professoren Sabine Matthäus (sie war die designierte Nachfolgerin von Professor Dr. Alexander Schink) und Dieter Squarra – nicht zur Erhellung des Geschehens beigetragen. Die Gründe dafür liegen mutmaßlich in der engen Verflechtung des eigenen Werdegangs mit den politischen, sozialen und ökonomischen (Rahmen-) Bedingungen (ohne Parteimitgliedschaft kein Lehrstuhl!). Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wäre nicht ohne Kritik an der eigenen Lebensleistung möglich gewesen.

12 1959 soll Kurt Schröder (Rektor der HU Berlin) die Situation wie folgt beschrieben haben: „Die Gefahr besteht, daß die Wissenschaft sich auf die Akademie verlagert und daß an der Universität nur das Pädagogische, Politische und Polytechnische bleibt.“ Vgl. Jessen, Ralph: Vom Ordinarius zum sozialistischen Professor. Die Neukonstruktion des Hochschullehrerberufs in der SBZ/DDR, 1945 – 1969. In: Bessel, Richard & Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. [76]. – 107, hier S. 91. In den Gesellschaftswissenschaften bestand sogar die reale Gefahr, dass die Forschung **gänzlich** an parallele Einrichtungen wie die *Hochschule für Ökonomie* und die *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR* (APW) ausgegliedert wurde!

13 Biermann, Horst: Berufsausbildung in der DDR. Zwischen Ausbildung und Auslese, Opladen 1990, S. 5.

Der derzeitige Flensburger Berufspädagoge Volkmar Herkner [sozialisiert in der DDR: 1986 – 1989: Berufsausbildung (Mechaniker) mit Abitur]¹⁴ hat auf der Tagung *Retrospektiven und Synergien einer Historischen Berufs- und Wissenschaftsforschung* im September 2019 in Rostock die Ansicht geäußert, dass – wer sich mit der DDR-Berufsbildung befasse – stets mit zwei Verdachtsmomenten zu kämpfen hat: Entweder ein „»linker Spinner« respektive ein »DDR-Nostalgiker«“ zu sein *oder* dem (homogenisierenden) »Mainstream« (er bewirkt „Konformitätsdruck“ und schafft „Mitläufer!“) zu folgen und mit dem Scheitern der DDR selbstredend auch deren Berufsbildung als missglückt anzusehen.¹⁵ Doch mit dieser Zuspitzung wird die Beschäftigung mit dem berufsbildenden Schulwesen der DDR gleichsam zur „Gratwanderung“. Daran ändert auch die von Herkner zum Ausdruck gebrachte Hoffnung wenig, dass „30 Jahre nach dem Ende des Staates eine ideologiearme Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand erfolgen“ könne.¹⁶ Abgesehen davon, dass Wissenschaft nach meiner Meinung ausnahmslos *immer zumindest* „ideologiearm“¹⁷ zu sein hat, ist sie im Idealfall sogar *ideologiefrei*. Vor diesem Hintergrund wünsche ich mir, dass meine hier vorgelegte Arbeit im Sinne Herkners als *ideologiearm* akzeptiert wird.

14 Weiterer Werdegang: 1989 bis 1995 Studium an der TU Dresden (Lehramt an Berufsschulen, Berufliche Fachrichtung Maschinen- und Metalltechnik); 1995 Erstes Staatsexamen sowie Diplom (Berufspädagogik); 1995 bis 2005 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Beruflichen Fachrichtung Maschinen- und Metalltechnik der TU Dresden; 2003 Promotion (Dr. phil.), Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dresden zum Thema *Deutscher Ausschluß für Technisches Schulwesen. Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung metalltechnischer Berufe* (Hamburg, Kovac 2003). 2008 Zweites Staatsexamen, seitdem Professor für Berufspädagogik am Berufsbildungsinstitut Arbeit und Technik der Universität Flensburg.

15 Anmerkung: Wer will schon „linker Spinner“, DDR-Nostalgiker oder auch nur Teil des (negativ konnotierten) „Mainstreams“ sein? Und wie sind die Autoren „dazwischen“ einzuordnen? Sind es die „neuen Helden“, die mit dem (richtigen) Durchblick? Literaturhinweis: Herkner, Volkmar: Berufsbildung von der deutschen Teilung bis zur Einheit – gemeinsame Wurzeln, verschiedene Wege. In: BWP. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 44. Jg., Stuttgart 2015, S. 13 – 17.

16 Vgl. Herkner, Volkmar: Forschungsperspektiven zur DDR-Berufsbildung. Ein Aufriss. In: Kaiser/Götzl, a.a.O., S. 275 – 291, hier S. 287.

17 Wenn etwas das Gegenteil von *ideologiearm* war, dann waren es die Gesellschaftswissenschaften in der DDR, zu denen auch die Berufs- und Wirtschaftspädagogik gehörte. Obendrein hatten alle Lehrkräfte *aller* Bildungs- und Erziehungsanstalten in der DDR den „Klassenstandpunkt“ zu vertreten, und zwar mit aller Entschiedenheit! Das galt selbst für die Erzieherinnen von Kindern im Vorschulalter.

Diese Arbeit beschränkt sich im Wesentlichen auf einen registrierenden Zuschnitt, wobei sicherlich noch nicht alle Quellen gefunden (das gilt insbesondere für die Archivalien) und alle Zusammenhänge aufgedeckt sind! Und auch die von Horst Siebert aufgezählten „Vorfragen“, die vor einer ausführlichen Darstellung und Kritik des DDR-Bildungswesens zu klären seien, bleiben hier unerörtert, so z. B. der Bildungswert der Technik, die humanisierende Funktion produktiver Arbeit, das Verhältnis von Schule und Leben, von Theorie und Praxis, das anthropologische Leitbild des Neuerers und Arbeiterforschers, die Bedeutung der Berufsbildung für die Vollendung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die politisch-ideologische Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums in der DDR, die angebliche Interessenidentität zwischen staatlich-ökonomischen Zielen und dem persönlichen Wohlergehen des einzelnen sowie die sozialistischen Produktionsverhältnisse als vermeintliche Voraussetzung für eine Überwindung der Entfremdung.¹⁸

Bei der Darstellung, die im Kern eine „Vorstudie“, eine Beschreibung des zu untersuchenden Problemfeldes ist, habe ich mich für die Form einer historisch-deskriptiven Analyse mit zwanzig „Gedankenbündeln“ entschieden, wobei sich Gedanken in Schleifen wiederholen. Weil diese Form nicht in sich abgeschlossen ist, hat sie es mir ermöglicht, „elastisch“ immer weitere Literaturfunde einzuarbeiten. Dabei ist mein Blick auf die Ereignisse gewissermaßen der durch ein „Weitwinkelobjektiv“, weil sich m. E. so die Einbettung der ostdeutschen Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftserziehung in das Beschäftigungs- und das dazu gehörige Berufsbildungssystem der DDR am besten darstellen ließen. Anders ausgedrückt: Mein Blick geht in die Breite statt in die Tiefe (kann also schon von daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben!), um die Entwicklung der Wirtschaftspädagogik und auch des wirtschaftlichen Schulwesens in einem umfassenderen Kontext darstellen zu können. Ich habe also, mit anderen Worten, versucht, die mir vorliegenden Daten zu einer stimmigen Darstellung zu bündeln, die allerdings nicht in einfachen Antworten mündet. Sie soll vielmehr zum Weitermachen anregen.

Zur Veranschaulichung und auch zur Vertiefung des Textes sind dem Buch Original-Studentafeln, Dokumente (wie z. B. Schul- und Facharbeiterzeugnisse), Strukturgraphiken und Portraits der Wirtschaftspädagogen

18 Siebert, Horst: Die Reform der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 66. Band, Wiesbaden 1970, S. 753 – 763, hier S. 753 (im Folgenden zitiert als „Siebert, Die Reform...“).

an der Humboldt-Universität beigegeben worden. Jedenfalls sind die eingefügten Abbildungen von mir nicht einfach als „Illustrationen“, als Auflockerungen des Textes gedacht.

Im Osten Deutschlands gab es eine nachhaltig wirkende Enttäuschung (die hier und da bis hin zu zorniger Verärgerung gegangen sein mag) darüber, dass ein funktionierendes Berufsbildungssystem durch die beinahe übergangslose (!) Einführung des westdeutschen Berufsbildungssystems zu vorhersehbaren Problemen geführt hat, weil die in vierzig Jahren gewachsenen Besonderheiten in der DDR unberücksichtigt geblieben sind. Das ist der Ansatz, den Susanne Eichler und Gertrud Kühnlein in einem Beitrag für die GEW-nahe Max-Träger-Stiftung vertreten.¹⁹ Das duale Ausbildungssystem habe sich in Ostdeutschland eben *nicht* als Exportschlager bewährt, wie man im (naiven) Rückblick auf die gemeinsame Tradition vor 1945 geglaubt habe. Von einem Tag auf den anderen war die Ausbildung nun wieder dual, wobei die für die betriebliche Ausbildung zuständige Arbeitgeberseite nur zu oft schmerzhaft versagt habe (insgesamt zu wenig Ausbildungsplätze und dann auch noch ca. 50 % in Handwerksbetrieben!). Die nicht hinreichend vorbereiteten Berufsschulen seien dabei zu „Reparaturbetrieben“ im Ausbildungssystem geworden.

Ein Einzelner kann eine faktenbasierte Analyse zu einem so komplexen Thema wie dem hier vorgelegten in der Regel nicht leisten. Deshalb war die Hilfe von zwei Personen besonders bedeutsam, denen ich deshalb einen ganz besonderen Dank schulde:

Ich beginne mit Frau Senta Braun (München), die nicht nur bei der aufwendigen Recherche eine unverzichtbare Hilfe war. Sie hat diese Arbeit in allen Phasen ihrer Entstehung begleitet und auch mit ihren Formulierungsvorschlägen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, aus einem kurzen Abriss über Richard Fuchs (damit hat es vor etwa drei Jahren begonnen!) dieses umfangreiche Werk über die Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftserziehung in der SBZ und der DDR entstehen zu lassen. Ohne ihre geduldige, freundschaftliche und kritische Begleitung hätte dieses Buch also nie geschrieben werden können.

19 Eichler, Susanne und Kühnlein, Gertrud: Berufsschulen als Reparaturbetrieb? Erfahrungen mit der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern (= Veröffentlichungen der Max-Träger-Stiftung, Band 26), Weinheim und München 1997, hier S. 15.

Zu Dank verpflichtet bin ich ebenfalls Herrn Dr. Wolfram Fiedler (Leipzig), der mir nicht nur die Scans der in den Text eingeflossenen *Ausbildungsunterlagen* aus dem Bestand der Deutschen Bibliothek (Leipzig) zur Verfügung gestellt hat, sondern auch seinen Aufsatz zur Geschichte der (sozialistischen) Handelshochschule Leipzig. Am wichtigsten waren für mich jedoch sein unverzichtbares „Ostwissen“ und seine unermüdliche Unterstützung, der ich immer wieder den Zugang zu zuvor unbekanntem Quellen zu verdanken habe.

Sowohl Frau Senta Braun als auch Herrn Dr. Wolfram Fiedler danke ich für die jahrelange verlässliche Unterstützung meiner Arbeit.

Zum Schreiben dieses Buches war beängstigend viel Recherche notwendig, so viel, dass ich wohl nicht mit dem Schreiben begonnen hätte, wenn mir das gleich zu Beginn bewusst gewesen wäre.

Bergneustadt im März 2023 – der Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	15
Abkürzungsverzeichnis	19
Zeittafel	21

Pott, Klaus Friedrich:

<i>Richard Fuchs: Wiederaufbau statt Ruhestand – Ein Handelsschullehrer-Berufsleben im Dienste der SBZ/DDR nebst einem Parcoursritt durch die Geschichte der ostdeutschen Wirtschaftspädagogik</i>	43
<i>Fuchs: Sozialisiert im Kaiserreich und in der Weimarer Republik</i>	43
<i>Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität in der Phase der I. Hochschulreform (1945 – 1950)</i>	56
<i>Zur Dramatik des Winters 1949/50 – Oder: Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften an der HUB werden „liquidiert“</i>	69
<i>Durchgreifende Veränderungen im Bildungswesen deuten sich an</i>	85
<i>Die Reformen im Schul- und Hochschulwesen nehmen Fahrt auf: Zum Konzept der Grundberufe</i>	96
<i>Die Berufsschule im System der antifaschistisch-demokratischen Einheitsschule</i>	101
<i>Zur Schulpolitik in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin: Aufbruchstimmung nach der Katastrophe (1945 – 1951)</i>	128
<i>Die kaufmännische Berufsausbildung gerät auf den Prüfstand</i>	162
<i>Die berufsvorbereitende Wirtschaftsschule wird abgeschafft</i>	174
<i>Fuchs: Die Würdigung anlässlich der 85. Wiederkehr seines Geburtstages wird nicht veröffentlicht</i>	181
<i>Fachschulen sowjetischer Prägung ersetzen die tradierten deutschen Berufsfachschulen</i>	200
<i>Die Berufsausbildung zwischen „Randgebiet“ und „Kernstück“ der ostdeutschen Bildungspolitik</i>	211
<i>Zur Berufsausbildungsverordnung vom 3. November 1947</i>	221
<i>Die Reorganisation des DDR-Berufsschulwesens vom 28. Juni 1956</i>	228
<i>Allgemeinbildung und Berufsbildung werden „verzahnt“</i>	237
<i>Das Handelslehrerstudium an der HU Berlin</i>	249

<i>Funktionsorientierte Ausbildung sozialistischer Kaufleute</i>	264
<i>Kurzer Blick auf die schmerzhafteste Zeit des Übergangs – Einheitsschmerzen 1: Das Rektorat des Sozialisten Heinrich Fink</i>	308
<i>Kurzer Blick auf die schmerzhafteste Zeit des Übergangs – Einheitsschmerzen 2: Das Wirtschaftspädagogische Institut der HUB wird „gewendet“</i>	321
<i>Abschließende Bemerkungen</i>	332
<i>Exkurs</i>	339
<i>Fuchs: Veröffentlichungen / Aufsätze (auszugsweise)</i>	340
<i>Fuchs: „Grundüberzeugungen“ – einige Leseproben</i>	342
<i>Weitere Literatur</i>	345

Grottker, Dieter:

<i>Ungleiche Geschwister – Das Dogma der sozialistischen Allgemein- bildung und die Berufsausbildung in der DDR</i>	357
---	-----

Squarra, Dieter:

<i>Rückschau auf Struktur, Inhalt und Aufgaben der Wirtschafts- pädagogik in der ehemaligen DDR – Erinnerungen an die 70er und 80er Jahre</i>	397
---	-----

Ewert, Sabine:

<i>Erinnerungen an meine berufliche Laufbahn in der DDR und nach dem Mauerfall</i>	413
--	-----

Fiedler, Wolfram:

<i>Die Leipziger Handelshochschule: Neue Anfänge nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (1945 – 1992)</i>	449
--	-----

Braun, Senta:

<i>Dokumente zur Auflösung der sächsischen Wirtschaftsschulen</i>	467
<i>– Verordnung vom 30. März 1949 und Ergänzung vom 29. Juni 1949</i>	
<i>– Diskussion im Sächsischen Landtag (29. April und 1. Juli 1949)</i>	
<i>– Reaktionen der Bezirkskammer Leipzig, Industrie- und Handels- kammer Sachsen</i>	

Anlagen:	519
Braun, Senta:	
<i>Lebensläufe der Institutsleiter des Wirtschaftspädagogischen Instituts der HU Berlin und seiner Nachfolgeinstitutionen</i>	523
<i>Richard (Arthur) Fuchs</i>	523
<i>Peter (Joseph Eugen) Sesterhenn</i>	527
<i>Hermann (Paul Otto) Musculus</i>	531
<i>Herbert Hanke</i>	535
<i>Alexander Schink</i>	539
<i>Dieter Squarra</i>	543
<i>Sabine Matthäus</i>	547
Pott, Klaus Friedrich:	
<i>Zusammenstellung von Lehrbüchern aus dem „wirtschaftsberuflichen Schulsegment“</i>	551
Zum Verständnis von Fachbezeichnungen:	
<i>Betriebsökonomik: Bedeutung und Aufgaben des Fachs</i>	555
<i>Inhalt des Lehrfachs Betriebsökonomik für die sozialistische Berufsausbildung zum Handelskaufmann (1960)</i>	557
<i>Inhalt des Lehrfachs Politische Ökonomie für die sozialistische Berufsausbildung zum Handelskaufmann (1960)</i>	559
Dokumente: Verträge, Zeugnisse etc.	
<i>Abschlusszeugnis Industriekaufmann: Kaufmännische Berufsschule Wismar (1952)</i>	561
<i>Facharbeiterzeugnis Industriekaufmann, Leipzig (1953)</i>	563
<i>Facharbeiterzeugnis Fachverkäuferin, Görlitz (1954)</i>	567
<i>Berufsschule: Nachweis eines Schulwechsels (1957)</i>	569
<i>Facharbeiterzeugnis Industriekaufmann, Apolda (1961)</i>	571
<i>Facharbeiterzeugnis (Lebensmittel), Dessau (1961) nebst (Weiter-)Qualifizierungsnachweisen</i>	573
<i>Facharbeiterzeugnis Handelskaufmann, Dessau (1962)</i>	579
<i>Facharbeiterzeugnis GHG Lebensmittel, Neubrandenburg (1965)</i>	581
<i>Facharbeiterzeugnis Fachverkäufer Lebensmittel, Berlin (1965) nebst Lehrgangsbestätigungen</i>	585

<i>Facharbeiterzeugnis Handelskaufmann Landwirtschaft, Löbau (1967)</i>	591
<i>Lehrvertrag HO Industriewaren (Gebrauchswerber), Leipzig (1968)</i>	594
<i>Zeugnis Staatliche Abschlussprüfung als Ökonom für Finanzwirtschaft, Fachschule für Finanzwirtschaft Gotha (1969)</i>	598
<i>Lehrvertrag Großhandelsgesellschaft für Waren, Frankfurt/Oder (Betriebsteil Eisenhüttenstadt) zum Facharbeiter für die Warenbewegung (1970)</i>	600
<i>Urkunde über die Verleihung der Facultas docendi – Lehrbefähigung an der HU Berlin (1973)</i>	604
<i>Reife- und Facharbeiterzeugnis (BmA), Berlin (1975)</i>	605
<i>Facharbeiterzeugnis, Finanzkaufmann Geld und Kredit, Magdeburg (1976)</i>	608
<i>Urkunde Diplom-Ökonompädagoge, HU Berlin (1981)</i>	609
<i>Zeugnis, Ergänzende Staatsprüfung für das Amt des Studienrats mit einer beruflichen Fachrichtung, Wissenschaftliches Landesprüfungsamt Berlin (1995)</i>	610
Abbildungsverzeichnis	611
Personenregister	625

Abkürzungen

(Allgemein übliche Abkürzungen sind hier nicht aufgeführt.)

ABF	Arbeiter- und Bauernfakultät
AmB	Abitur mit Berufsausbildung
AO	Anordnung
APW	Akademie der Pädagogischen Wissenschaften
BAK	Betriebsakademie
BArch	Bundesarchiv
BBiG	Berufsbildungsgesetz (in der BRD)
BBS	Betriebsberufsschule
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BmA	Berufsausbildung mit Abitur
BMSR-Technik	Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik
BWL	Betriebswirtschaftslehre
CDU	Christlich-Demokratische Union
COCOM	Coordinating Committee for East West Trade Policy (dt. Koordinationsausschuss für Ost-West-Handel)
DATSCH	Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEWAG	Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft
DM	Deutsche Mark
DPZI	Deutsches Pädagogisches Zentralinstitut
DVfAS	Deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
DVfV	Deutsche Verwaltung für Volksbildung
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZfV	Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung
EOS	Erweiterte Oberschule
FDGB	F reier D eutscher G ewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FSÖ	F achschule Ö konomie
FU Berlin	Freie Universität Berlin
FWV	Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung
GeWiFak	Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät
GHG	Großhandelsgesellschaft
HdBA	Hochschule der Bundesagentur für Arbeit
HfÖ	Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst
HO	Volkseigene Handelsorganisation
HSU	Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
HU Berlin	Humboldt-Universität Berlin

HU UA	Universitätsarchiv der Humboldt-Universität Berlin
KK Leipzig	Kreiskammer Leipzig
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LA Berlin	Landesarchiv Berlin
LDP(D)	Liberal Demokratische Partei Deutschlands
LK	Landeskammer
M	Mark (der DDR)
MfAuB	Ministerium für Arbeit und Berufsbildung
MLG	Marxistisch-Leninistisches Grundstudium
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PH	Pädagogische Hochschule
POS	Polytechnische Oberschule
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSTA Chemnitz	Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz
TU	Technische Universität
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VdK	Verband der Konsumgenossenschaften
VDMA	Verein Deutscher Maschinenbauanstalten
VEAB	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb
VEB	Volkseigener Betrieb
VWL	Volkswirtschaftslehre
ZIB	Zentralinstitut für Berufsbildung
ZK	Zentralkomitee der SED

Jahreszahlen sind kein Beleg dafür, dass etwas „vorbei“ ist, denn sie haben auch die unverzichtbare Funktion von Wegmarken der Erinnerungskultur.

Zeittafel

zusammengestellt von Klaus Friedrich Pott

- 12. Sept. 1944 Gemäß *Londoner Protokoll* wird Deutschland in den Grenzen von 1937 in drei Besatzungszonen und ein besonderes Berliner Gebiet eingeteilt
- 27. März 1945 Die Berufsschule für das Bank- und Versicherungsgewerbe führt trotz ununterbrochener Luftangriffe die letzte Lehrabschlussprüfung vor der Kapitulation durch (Im September 1948 siedelte die Schule von Berlin/Ost nach Berlin/West um)
- 5. April 1945 Die KPD-Parteiführung legt *Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten* vor
- 28. April 1945 Noch vor Beendigung der Kampfhandlungen ordnet der sowjetische Stadtkommandant von Berlin mit seinem Befehl Nr. 1 die Schließung der Banken und die Konfiszierung der Reichsmarkbestände an. Die Geld- und Kreditinstitute erhielten die Weisung, die Tresore zu versiegeln und Liquidationsbilanzen aufzustellen. Analoge Befehle ergingen in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone
- 30. April 1945 Hitler begeht im Bunker der Reichskanzlei Selbstmord. Die *Gruppe Ulbricht* wird aus Moskau eingeflogen
- 2. Mai 1945 Kapitulation der deutschen Truppen in Berlin
- 8. Mai 1945 Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht (alle Beamtenverhältnisse galten als erloschen) und Ende des 2. Weltkrieges in Europa
- 14. Mai 1945 Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) setzt Magistrat für Groß-Berlin ein
- 14. Mai 1945 Neun Wissenschaftler, vierzehn Angestellte und zwölf Studenten beginnen mit der Entrümpelung des teilweise zerstörten Gebäudes der Berliner Wirtschafts-Hochschule in der Spandauer Straße
- 19. Mai 1945 Amtseinführung eines (vorläufigen) Magistrats von Groß-Berlin durch den sowjetischen Stadtkommandanten. Im *Hauptschulamt* wird der Handelslehrer Willy Mann (1903 – 1970) Dezernent für Berufs- und Fachschulen

24. Mai 1945 Der Magistrat von Groß-Berlin bringt bereits auf seiner zweiten Sitzung die Arbeit der Innungen und Handelskammern „zum Ruhem“ und gibt bekannt, „dass auch die Tätigkeit der Fachgruppen und Wirtschaftsverbände bis auf weiteres beendet ist
28. Mai 1945 Der Prorektor Edwin Fels (1888 – 1983) der Wirtschafts-Hochschule teilt dem Berliner Stadtrat für Volksbildung und dem Polizeipräsidenten mit, dass die Wirtschafts-Hochschule ihren Betrieb wieder aufgenommen habe
2. Juni 1945 Beim Magistrat von Groß-Berlin wird ein *Leitender Ausschuß für Hochschulfragen* eingerichtet und der Philosoph und Pädagoge Eduard Spranger zum Vorsitzenden ernannt
5. Juni 1945 Bildung des Alliierten Kontrollrats (Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten)
9. Juni 1945 SMAD-Befehl Nr. 1 über die Organisation der Militärverwaltung in der SBZ
10. Juni 1945 SMAD-Befehl Nr. 2: Bildung *antifaschistischer* Parteien und „freier Gewerkschaften“ (Scheinpluralismus wird etabliert). Der FDGB Groß-Berlin ist wegen des Viermächte-Status eine eigenständige Organisation
11. Juni 1945 Der Berliner Magistrat verabschiedet *Vorläufige Richtlinien für die Wiedereröffnung des Schulwesens* (die wahrscheinlich das Vorbild für das *Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule* waren)
30. Juni 1946 Das Land Sachsen erlässt ein Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Volkseigentum
- 3./4. Juli 1945 Einzug der Amerikaner und Briten in die Westsektoren Berlins
9. Juli 1945 Wiedereröffnung der Städtischen Höheren Handelsschule in Zwickau
16. Juli 1945 Der von der sowjetischen Militärregierung eingesetzte Magistrat von Groß-Berlin übernimmt die Verwaltung aller Berliner Hochschulen
23. Juli 1945 SMAD-Befehl Nr. 1 über die Neuorganisation der deutschen Finanz- und Kreditorgane: Provinzial- und Landesbanken sowie städtische und kommunale Banken, Sparkassen und staatliche Versicherungsgesellschaften nehmen in der SBZ ihre Tätigkeit auf. Wenig später folgen landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften
27. Juli 1945 Mit SMAD-Befehl Nr. 17 wird der Aufbau deutscher Zentralverwaltungen mit Sitz im sowjetischen Sektor von Berlin angeordnet [darunter auch die *Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZfV)*. *Sie sorgt für die Verhinderung eines schul- und kulturpolitischen Länderpartikularismus*]
31. Juli 1945 Die SMAD verfügt die Schaffung „antifaschistischer Jugendkomitees“ bei den Bürgermeistereien der größeren und mittleren Städte

- 6. Aug. 1945 Ein US-Bomber wirft die erste Atombombe über Hiroshima ab und demonstriert der Sowjetunion die militärische Überlegenheit. Am 9. August wird eine zweite Atombombe auf Nagasaki abgeworfen, worauf Japan am 2. September kapituliert. Der Zweite Weltkrieg ist auch in Ostasien zu Ende
- 8. Aug. 1945 Erlass des Präsidenten der Provinz Sachsen über Errichtung von Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung (FWV)
- 25. Aug. 1945 SMAD-Befehl Nr. 40: Vorbereitung der Schulen zum Schulbetrieb, Verbot von Privatschulen und des schulischen Religionsunterrichts; Interpretation der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom *Standpunkt der Arbeiterklasse*
- 27. Aug. 1945 Die Industrie- und Handelskammer Berlin wird aufgelöst. Das Kammervermögen, zu dem auch das Gebäude der Wirtschafts-Hochschule gehörte, kommt unter die treuhänderische Zwangsverwaltung des Liegenschaftsamtes des Magistrats
- 3. Sept. 1945 Eine „Erste vorläufige Schulordnung“ des Magistrats von Berlin unterstellt (mit Billigung der Alliierten Kommandantur) die inneren Schulangelegenheiten der Berufsschulen, ihre Lehrpläne, den Unterricht, den Schulbesuch, die Disziplin usw. der direkten Aufsicht des Hauptschulamtes
- 22. Sept. 1945 Mittels *Verwaltungsanordnung zur Regelung der Berufserziehung und Berufslenkung in Berlin* wird der *Hauptausschuß Berufserziehung und Berufslenkung* (HBB) gebildet
- 1. Okt. 1945 Wiedereröffnung der Wirtschaftsoberschule Dresden (in städtischer Trägerschaft)
- 10. Okt. 1945 Wiederaufnahme des Unterrichts an der Wirtschaftsoberschule Chemnitz und an der Höheren Handelsschule Gera
- 12. Okt. 1945 Gründung des Staatlichen Amtes für Berufsbildung
- 15. Okt. 1945 Wiederaufnahme des Unterrichts an der Buchhändler-Lehranstalt Leipzig
- 18. Okt. 1945 Gemeinsamer Aufruf der KPD und SPD an die Bevölkerung in Berlin zur demokratischen Schulreform
- 30. Okt. 1945 Befehl Nr. 124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, Oberbefehlshabers der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland „Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien“
- 4. Nov. 1945 Gemeinsame Kundgebung der KPD und SPD in Berlin zur demokratischen Schulreform
- 6. Dez. 1945 SMAD-Befehl Nr. 162 über die Vorbereitung der Lehrer für die Volksschule (→ Neulehrer)
- 18. Dez. 1945 Mit SMAD-Befehl Nr. 176 werden die Konsumgenossenschaften wiederhergestellt und bei der Warenzuteilung gegenüber dem privaten Einzelhandel bevorzugt
- 29. Dez. 1945 „Gemaßregelte Dozenten sollen sich melden“ (Aufruf in der *Berliner Zeitung*)

- 1945 I. Hochschulreform (\cong „Veränderungen“ bei der Neueröffnung der Universitäten und Hochschulen in der SBZ): Entnazifizierung der Hochschul-Mitarbeiter und Versuch, das „bürgerliche Bildungsmonopol“ zu brechen
- Anfang 1946 Eröffnung von Gewerbebanken und Postsparkassen in der SBZ
8. Jan. 1946 SMAD-Befehl Nr. 4 „Über die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Berlin“
- 9./10. Jan. 1946 Der von einer Kommission der DZfV ausgearbeitete Entwurf des *Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule* wird auf einer Tagung der von der Besatzungsmacht eingesetzten Landesämter für Volksbildung unter Beteiligung der sowjetischen Vertreter in Halle beraten. Die erheblich überarbeitete Fassung wird am 5. Februar der Volksbildungsabteilung der SMAD übergeben
23. Jan. 1946 SMAD-Befehl Nr. 22 „Arbeit der höheren Volksschulen und Anordnung über die Eröffnung auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (Volkshochschule)“ verfügt die staatliche und zentrale Organisation des Volkshochschulwesens in der SBZ nach sowjetischem Vorbild. Dem Befehl ist ein von der DZfV ausgearbeitetes Statut der Volkshochschulen der SBZ beigefügt
29. Jan. 1946 Festakt zur „Neueröffnung“ der Universität Berlin (es gab in der SBZ noch fünf weitere *traditionelle* Universitätsstandorte)
5. Febr. 1946 Die (bisher) selbständige Leipziger *Handelshochschule* wird in die dortige Universität „eingegliedert“ (woraus die „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät“ entsteht)
9. - 11. Febr. 1946 Verschiedene Gewerkschaften in der SBZ schließen sich nach Abstimmung mit der Sowjetischen Militäradministration zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) zusammen
12. Febr. 1946 Mit SMAD-Befehl Nr. 49 (Über die Ordnung der Eröffnung und Arbeit der *technischen* (!) Berufsschulen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands) wird bestimmt, dass die Ausbildung von Facharbeitern durch die Berufsschulen sowohl im berufstheoretischen Unterricht als auch im berufspraktischen Teil der Ausbildung in eigenständigen Lehrwerkstätten und in den Werkstätten der Betriebe zu erfolgen hat
25. Febr. 1946 Der Alliierte Kontrollrat löst den Staat Preußen mit der Begründung auf, dass er seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen sei

5. März 1946 Der Oberkommandierende der sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Georgi K. Shukow (1896 – 1974), befiehlt nach dem formalen Antrag des *Zentralen antifaschistischen Jugendausschusses* (der SBZ) vom 7. Februar 1946 als überparteiliche (!) Jugendorganisation zugelassen zu werden, dessen Umwandlung in die *Freie Deutsche Jugend* (FDJ). Nach der Verabschiedung des Statuts durch das *I. Parlament der Jugend*, dem höchsten Organ der FDJ, in Brandenburg (Havel) 8. bis 10. Juni 1946, wird der spätere DDR-Staatschef Erich Honecker zum Vorsitzenden gewählt
13. März 1946 Gründung *Zentrale Parteischule* (der KPD) in Liebenwalde (bei Berlin), später: *Parteihochschule Karl Marx*. Sie befähigt die Absolventen dazu, höhere Verantwortungsbereiche in Partei und Verwaltung auf zentraler Ebene zu übernehmen
22. April 1946 (Zwangs-) Vereinigung der KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – nicht in Groß-Berlin
23. April 1946 Die erste Nummer der Zeitung „Neues Deutschland“ als SED-Zentralorgan erscheint
1. Mai 1946 In Ilmenau kommt es mit Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration am Standort der vormaligen *Reichsfinanzschule* zur Gründung der *Schule der Deutschen Finanzverwaltung in der sowjetischen Zone*. Am 10. September 1952 wird sie nach Gotha verlegt und als zentrale *Fachschule für Finanzwirtschaft* (später ~ für Finanzen) fortgeführt. Mit dem Inkrafttreten der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion (1. Juli 1990) wird sie zunächst in die *Fachhochschule für Finanzen* und in die *Landesfinanzschule für Thüringen* umgewandelt und ab Juni 1991 als *Bildungszentrum der Thüringer Steuerverwaltung* fortgeführt
15. Mai 1946 Die SMAD bestätigt das *Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule* ohne weitere Änderungen. Am 19. Mai erhalten die sowjetischen Generäle in den Ländern den Gesetzestext in russisch
19. Mai 1946 Tagung der Volksbildungsminister der Länder der SBZ mit Diskussion über den Entwurf für das *Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule*. Zwischen dem 22. Mai und dem 2. Juni wird das Gesetz dann von den Landes- und Provinzialverwaltungen in fast gleichlautendem Text beschlossen
5. Juni 1946 SMAD-Befehl Nr. 167 *Über den Übergang von Unternehmungen in Deutschland in das Eigentum der UdSSR auf Grund der Reparationsansprüche*
9. Juni 1946 Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Förderung des Betriebsnachwuchses in volkseigenen Betrieben (wird als offizielles „Gründungsdokument“ der Betriebsberufsschulen angesehen)
30. Juni 1946 Volksentscheid in Sachsen über die entschädigungslose Enteignung „der Betriebe aktiver Nazis und Kriegsverbrecher“

- 1. Juli 1946 Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung erlässt Bestimmungen über Einrichtung von Wirtschaftsschulen und Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung (FWV)
- 12. Juli 1946 Mit SMAD-Befehl Nr. 205 wird die Errichtung „Pädagogischer Fakultäten“ an den sieben SBZ-Universitäten angeordnet
- 1. Aug. 1946 Mit SMAD-Befehl Nr. 187 wird die Akademie der Deutschen Wissenschaften eröffnet (ab 1954 direkt dem Ministerrat der DDR unterstellt)
- 2. Aug. 1946 SMAD-Befehl Nr. 237: Ausbildung von Diplom-Gewerbelehrern an pädagogischen Fakultäten
- 1. Sept. 1946 Wiedereröffnung der FWV in Bautzen, Freiberg, Freital, Görlitz, Halle, Leipzig, Meiningen, Nordhausen, Pirna, Plauen, Riesa, Rostock, Schwerin, Sebnitz und Sonneberg
- 14. Okt. 1946 Festliche Eröffnung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität, entstanden aus der Vereinigung der Wirtschaftshochschule mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaften der vormaligen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin
- 15. Okt. 1946 An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität wird der Handelslehrer Richard Fuchs auf Grund seiner bisherigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen in einem außerordentlichen Promotionsverfahren zum Dr. rer. pol. promoviert
- 20. Okt. 1946 Die vorläufige Berliner Verfassung wird in Kraft gesetzt. Am gleichen Tag werden die Parlamentswahlen *in allen vier Sektoren* von Groß-Berlin für die Stadt- und Bezirksverordneten abgehalten
- 21. Nov. 1946 Im Beisein der Vertreter der vier alliierten Mächte wird die Pädagogische Hochschule Berlin feierlich eröffnet
- 2. Dez. 1946 SMAD-Befehl Nr. 333 „Über die Gründung von Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock“ (nach sowjetischem Vorbild)
- 6. Dez. 1946 Richtlinie der DZfV: Einheitliche Bezeichnung der berufsbildenden Schulen
- 11. – 13. Dez. 1946 (Erste) *Berufspädagogische Tagung* (Halle), Planung und Durchführung: Richard Fuchs: „Grundsätze der weiteren Entwicklung des Systems der Berufsausbildung“ werden beraten
- 10. März 1947 Beginn der Moskauer (Außenminister-) Konferenz. Sie dauerte sechs Wochen und war (nicht nur in deutschlandpolitischer Hinsicht) ein völliger Fehlschlag. Die Spaltung Deutschlands zeichnet sich bereits ab
- 12. März 1947 Der amerikanische Präsident Harry Truman (1884 – 1972) verspricht in einer Rede allen „freien Völkern“ Unterstützung gegen Umsturzversuche seitens der Sowjetunion (sog. *Truman-Doktrin*)
- 29. Mai 1947 Alliierte Kommandantur (AK) ordnet einheitliche Schulspeisung in allen Berliner Schulen an

- 4. Juni 1947 Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) mit SMAD-Befehl Nr. 138. Sie wird 1948 zu einem die ganze Wirtschaft überdeckenden Planungs-, Lenkungs- und Kontrollsystem
- 5. Juni 1947 In einer Rede vor Absolventen der Harvard-University schlägt Außenminister George C. Marshall (1880 – 1959) erstmals ein Hilfsprogramm für alle Staaten Europas vor [offiziell *European Recovery Program* (kurz ERP)]. Walter Ulbricht nennt den *Marshall-Plan* in einer Rede am 29. Juni 1948 einen „Plan der Zerreißung Deutschlands und der nationalen Versklavung der Bevölkerung Westdeutschlands“
- 25. Juni 1947 Direktive Nr. 54 des Alliierten Kontrollrates: „Grundprinzipien für die Demokratisierung des Bildungswesens in Deutschland“
- 1. Sept. 1947 Eröffnung der FWV Greiz, Umbildung der Wirtschaftsoberschule Weimar in eine FWV
- 8. – 10. Sept. 1947 II. Pädagogischer Kongress in Leipzig („Grundsätze der deutschen demokratischen Schule“)
- 20. Sept. 1947 Die Alliierte Kommandantur befiehlt dem Berliner Magistrat bei der Ausarbeitung des Schulgesetzes für Groß-Berlin, die Direktive 54 des Kontrollrats über die Grundprinzipien des Erziehungswesens in Deutschland zu beachten
- 9. Okt. 1947 SMAD-Befehl Nr. 234: ber Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten der Industrie und im Verkehrswesen
- 3. Nov. 1947 Verordnung über die Ausbildung von Industriearbeitern in den Berufsschulen (\triangleq „Berufsausbildungsgesetz“ der SBZ/DDR); aufgehoben am 30. Juni 1966
- 13. Nov. 1947 Stadtverordneten-Versammlung von Groß-Berlin beschließt Schulgesetz („in sich gegliederte zwölfjährige Einheitsschule“, „ihr Aufbau hat von unten her organisch zu erfolgen“)
- 16. Dez. 1947 DVfV erlässt in Abstimmung mit der SMAD Richtlinien für die Vorstudienabteilungen der Universitäten und Hochschulen der SBZ
- 1. März 1948 In Westdeutschland wird in Frankfurt/M. die von Anfang an von der Politik unabhängige *Bank deutscher Länder* gegründet
- 18. März 1948 Jahrhundertfeier der März-Revolution in Berlin
- 20. März 1948 Der sowjetische Vertreter verlässt den Alliierten Kontrollrat, der so zum Erliegen kommt
- Frühjahr 1948 Eröffnung des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin mit Professor Fuchs als Institutsleiter
- 25. April 1948 Nach dem gescheiterten Versuch, die Universität Berlin in den Westteil der Stadt zu verlegen, stimmt der Oberkommandierende der US-Streitkräfte in Deutschland [General Lucius D. Clay (1919 – 1994)] der Errichtung einer „Gegenuniversitt“ zu

- 11. Mai 1948 Die Berliner Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der „rechtssozialdemokratischen“ und bürgerlichen Mehrheit den Beschluss, in Berlin-Dahlem die „Freie Universität“ zu errichten. SED-Politiker sprechen von einer Gegen- bzw. Kampfuniversität und empfinden den Namen als Provokation (feierliche Eröffnung am 4. Dezember 1948)
- 12. Mai 1948 Die DWK-Vollversammlung beschließt für die SBZ einen Zweijahresplan für 1949 und 1950 aufzustellen und durchzuführen
- 9. Juni 1948 Anordnung über die Förderung des Berufsnachwuchses in volkseigenen Betrieben
- 16. Juni 1948 Die Sowjets beenden ihre Mitarbeit in der Alliierten Kommandantur und damit die Viermächteverwaltung von Groß-Berlin
- 19. Juni 1948 In Berlin-Wannsee konstituiert sich unter Vorsitz von Ernst Reuter (1889 – 1953) der *Vorbereitende Ausschuß zur Gründung der „Freien Universität“*
- 20. Juni 1948 Währungsreform in der Trizone: Beginn der Ausgabe des neuen Geldes, Groß-Berlin als administrative Einheit war ausgenommen
- 22. Juni 1948 Die sowjetische Besatzungsmacht gibt eine eigene Währungsreform bekannt (auch für alle Sektoren von Groß-Berlin). Nun verfügen die Westmächte die Einführung der DM in ihren Berliner Sektoren
- 24. Juni 1948 Beginn der Berlin-Blockade: Die Sowjets blockieren die Versorgung West-Berlins, das als Enklave in der SBZ liegt und trotz des Vier-Sektoren-Sonderstatus als Bestandteil ihrer Besatzungszone angesehen wird, über die Land- und Wasserverbindungen. Am Tag darauf befiehlt General Lucius D. Clay die Errichtung einer „Luftbrücke“ und im September 1948 untersagen die Westmächte den Export bestimmter Güter in die SBZ („Gegenblockade“), was zu einer (Wirtschafts-) Stagnation in der SBZ führt, die ohnehin nach den zahlreichen Demontagen unter den hohen Reparationsleistungen an die Sowjetunion leidet
- 26. Juni 1948 Der Magistrat von Groß-Berlin verkündet (nach intensiver Abstimmung mit den Alliierten) das *Schulgesetz für Groß-Berlin*
- 2. Juli 1948 Der *Deutsche Volksrat* billigt auf seiner 3. Sitzung den von der SED vorgelegten Entwurf für *den Zweijahresplan für die Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone*. Die Industriebetriebe haben zuvor nach „Produktionsbefehlen“ und nach Quartalsplänen gearbeitet
- 2. Juli 1948 Die *Ständige Konferenz der Kultusminister der westdeutschen Länder* (KMK) konstituiert sich. Sie soll die kultur- und bildungspolitischen Maßnahmen der Länder koordinieren, ohne dabei Rechtsbefugnisse übertragen zu bekommen
- 5. Juli 1948 Änderung der Ordnung für die Abschlussprüfungen der FWV

5. – 8. Juli 1948 III. Pädagogischer Kongress in Leipzig: erörtert politisch-ideologische Anforderungen der SED an Lehrer und Lehrerbildung und distanziert sich grundsätzlich von der von sozialdemokratischen Schulpolitikern hochgeschätzten Reformpädagogik. Das Studium der Sowjetpädagogik wird forciert
20. Juli 1948 Mit Beschluss der Deutschen Wirtschaftskommission bekommt die *Deutsche Notenbank* das alleinige Recht, in der SBZ und im damaligen Gebiet von Groß-Berlin neue Geldzeichen auszugeben. Zum 1. Januar 1968 wird sie in *Staatsbank der DDR* umbenannt
21. Juli 1948 Annahme des Zweijahresplans durch die DWK
6. Sept. 1948 Vertreibung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Neuen Stadthaus im sowjetischen Sektor: Stadtverordneten-Versammlung und Senat ziehen nach West-Berlin ins Rathaus Schöneberg
12. Okt. 1948 In Forst-Zinna wird die Deutsche Verwaltungsakademie gegründet, die aus einer Rechtswissenschaftlichen, einer Wirtschaftswissenschaftlichen und einer Agrarpolitischen Fakultät besteht
19. - 21. Okt. 1948 II. Berufspädagogischer Kongress in Berlin: Leitsätze initiieren den Aufbau von Betriebsberufsschulen als Kernstück eines *einheitlichen* Berufsbildungssystems in der SBZ
20. Okt. 1948 In Potsdam wird die Brandenburgische Landeshochschule (BLH) gegründet, eine gleichsam universitäre Einrichtung. 1951 wird sie in *Pädagogische Hochschule „Karl-Liebknecht“* umbenannt
1. Nov. 1948 Gemäß Anweisung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung wird die Bezeichnung *Wirtschaftsschule* für Berufsfachschulen nicht mehr verwendet. Sie ist hinfort ausschließlich besonderen Schulformen der DWK vorbehalten
15. Nov. 1948 Eröffnung der ersten beiden Geschäfte des erst kurz zuvor gegründeten staatlichen Einzelhandelsbetriebes *Volkseigene Handelsorganisation (HO)* in Berlin [Ost]. In kurzer Zeit kommen weitere Geschäfte hinzu und der Handel mit Textilien wird bald auf Bedarfsgüter aus allen Bereichen des täglichen Lebens (von Lebensmitteln bis zu Haushaltswaren) ausgedehnt. Bereits 1950 beginnt man zur Mitarbeiter-Schulung (vorwiegend im Bereich „Warenkunde“) mit der Einrichtung von „Landesschulen“, aus denen dann 1954 die „Fachschule für Binnenhandel Dresden“ hervorgeht
26. Nov. 1948 Vereinbarung über die Reorganisation und Verbesserung des Fachschulwesens
30. Nov. 1948 Spaltung der einheitlichen Berliner Stadtverwaltung: Bildung eines illegalen Magistrats für den sowjetischen Sektor, der am 2. Dezember 1948 durch die sowjetische Zentralkommandantur anerkannt wird
4. Dez. 1948 Gründung der Freien Universität im amerikanischen Sektor Berlins im beginnenden Ost-West-Konflikt

5. Dez. 1948 Wahl zur Stadtverordneten- und Bezirksverordneten-Versammlung (nur in West-Berlin; sowjetischer Stadtkommandant verbietet diese Wahl im Ostsektor; SED nimmt nicht teil)
8. Dez. 1948 Beschluss des Sekretariats der DWK über die Einrichtung von Betriebsfachschulen in Volkseigenen Betrieben (VEB)
13. Dez. 1948 Lehrer und Schüler der *Berufsschule für Bank- und Versicherungskaufleute* ziehen mit allen Akten aus dem Schulgebäude im sowjetischen Sektor in das Gebäude der ehemaligen Lichterfelder Oberrealschule in Steglitz um (Ringstraße 3)
20. Dez. 1948 Beschluss des Sekretariats der DWK über Wirtschaftsschulen der VEB
25. Jan. 1949 Das Gründungskommuniqué des *Rat(es) für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* wird veröffentlicht. Das RGW ist als sozialistisches Pendant zum Marshallplan und zur ab dem 16.04.1948 agierenden Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) gegründet worden
28. Jan. 1949 Die SED wird zur am sowjetkommunistischen Parteimodell ausgerichteten „Partei neuen Typs“, zur „Kampfpartei des Marxismus-Leninismus“
8. Febr. 1949 Die Universität Berlin erhält vom Präsidenten der DZfV (Paul Wandel) den „verpflichtenden“ Namen *Humboldt-Universität*
8. Febr. 1949 Gesetz und Beschluß zur Durchführung des Magistrats im sowjetischen Sektor von Berlin zur Einziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten
30. März 1949 Verordnung des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung, betr. die Auflösung der Berufsvollschulen für Wirtschaft und Verwaltung (= frühere Wirtschaftsschulen; Vollzug zum 31. 7. 1951)
20. Mai 1949 Die an der Humboldt-Universität gebildete Universitätsplankommission hat die Aufgabe, „die Beteiligung der Universität an der Erfüllung des Zweijahresplanes mit ihren spezifischen Mitteln zu sichern“
27. Nov. 1949 Die Leipziger VEB-Tagung nimmt einstimmig die *Leipziger Grundsätze* an, in denen sich die Vertreter der volkseigenen Betriebe verpflichten, den Zweijahresplan vorfristig zu erfüllen, die Finanzpläne einzuhalten, die Arbeitsproduktivität zu steigern und ihr besonderes Augenmerk auf die Ausbildung eines guten fachlichen Nachwuchses zu richten
20. Mai 1950 Studienordnung für das wirtschaftswissenschaftliche Studium in der DDR (Abschluss: Diplom-Wirtschaftler)
21. Mai 1949 DVfV erlässt *Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernfakultäten* (zuvor: *Vorstudienanstalten*)

23. Mai 1949 Vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands: Die Universitäten werden von Körperschaften des Öffentlichen Rechts in „höchste Staatliche Bildungseinrichtungen“ mit den Rechten einer juristischen Person umgewandelt
23. Mai 1949 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt in Kraft (Gründung der BRD; für Berlin gilt ein alliierter Sonderstatus)
31. Juli 1949 In Sachsen werden die meisten FWV geschlossen
23. – 25. Aug. 1949 IV. Pädagogischer Kongress in Leipzig: „Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule“
1. Sept. 1949 Gründung des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts (DPZI)
7. Okt. 1949 Gründung der DDR und Inkrafttreten der ersten Verfassung der DDR: Die SBZ wird „Volksdemokratie“ gemäß sowjetischem Vorbild. Ost-Berlin ist „Hauptstadt der DDR“. Die bürgerliche Dreigewaltenteilung wird *beseitigt* und der Weg für den Aufbau des Sozialismus geebnet
8. Febr. 1950 Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung (= „Jugendgesetz“) Hier ist festgelegt, dass Theorie und Praxis eine Einheit bilden: „Es kann nur *einen* Lehrplan für die Berufsausbildung geben“
17. Febr. 1950 Der HU-Betriebswirt Konrad Mellerowicz entzieht sich seiner Verhaftung durch Flucht in die Westsektoren Berlins
28. Febr. 1950 Gesetz zur Förderung der Jugend in Schule und Beruf
23. März 1950 Verordnung zur Neuordnung des Fachschulwesens (dazu Durchführungsbestimmung vom 10. Juli 1950)
19. April 1950 Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten (= „Grundgesetz der Arbeit“)
22. Juni 1950 Verordnung über die Unterrichtsstunde als Grundform der Schularbeit (enge Anlehnung an die *Lernschule* sowjetischer Prägung und damit Negation der reformpädagogischen *Arbeitsschule*)
1. Sept. 1950 Die „Verfassung von Berlin“ tritt für die drei Westsektoren in Kraft; diese sehen sich als Teil der Bundesrepublik Deutschland. Berlin wird Stadtstaat
1. Sept. 1950 Das *Deutsche Zentralinstitut für Berufsbildung* nimmt seine Arbeit auf (nach mehrfachen Namensänderungen mit Wirkung vom 31. Dez. 1990 aufgelöst)
3. Sept. 1950 Professor Richard Fuchs wird „aus Alters- und Gesundheitsgründen“ entpflichtet und der „mit der Wahrnehmung einer Professur mit Lehrauftrag beauftragte“ Hans Kisch wird mit der kommissarischen Leitung des Instituts beauftragt

1. Okt. 1950 Die Verfassung von Berlin tritt in Kraft: Stadt und zugleich Land der BRD. In Art. 4 beansprucht sie Gültigkeit für Gesamtberlin, konnte aber bis zur Wiedervereinigung de facto nur auf Westberliner Gebiet durchgesetzt werden
4. Okt. 1950 Gründung der *Hochschule für Ökonomie* in Berlin-Karlshorst (HfÖ) als Forschungs- und Ausbildungsstätte, insbesondere für Studierende aus der Arbeiterklasse. Nahezu alle Direktoren der (DDR-) Kombinate absolvieren hier ihr Studium
15. Dez. 1950 Gesetz über die Schulpflicht in der Deutschen Demokratischen Republik
- 1951 II. Hochschulreform: zentralistische Steuerung des Hochschulwesens; Einführung eines zehnmonatigen Studienjahres nach sowjetischem Vorbild, feste Studienpläne für alle Forschungsrichtungen sowie für alle Fachrichtungen ein verbindliches marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium; u. a. auch Auflösung der Betriebswirtschaftlichen Lehrstühle
16. Jan. 1951 *Gesetz zur Regelung der Berufsausbildung sowie der Arbeitsverhältnisse Jugendlicher* tritt in West-Berlin in Kraft. Es ist das erste Berufsausbildungsgesetz in Deutschland
17. – 19. Jan. 1951 Die 4. Tagung des ZK der SED leitet die sozialistische Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens ein
22. Febr. 1951 (DDR-) Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens
1. Sept. 1951 An den Hochschulen der DDR werden das 10-Monate-Studienjahr und die Studienlenkung eingeführt
1. Sept. 1951 Dr. Peter Sesterhenn wird Direktor des Instituts für Berufspädagogik an der Humboldt-Universität Berlin
1. Dez. 1951 Erlass der Aspirantenordnung an den Universitäten und Hochschulen der DDR
15. März 1952 *Verordnung über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft* (erstmals im September 1951 anlässlich der „Großen finanzpolitischen Konferenz“ propagiert)
9. – 12. Juli 1952 2. SED-Parteikonferenz: Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Die Zahl der wissenschaftlich-technischen Fachkräfte soll zügig vermehrt werden. Den größten Teil der zusätzlichen Ausbildungskapazität sollen neue *Spezialhochschulen* bereitstellen (→ unmittelbare Berufs- und Praxisorientierung). In diesem Zusammenhang sind die *Fachschule für Finanzwissenschaft* (Gotha) sowie die *Hochschule für Binnenhandel* (Leipzig) zu nennen
23. Juli 1952 Per Verwaltungsgesetz werden die Länder der DDR auf der Basis von Kreisgrenzen in Bezirke aufgeteilt. Der Föderalismus in der DDR wird beendet. Mit diesem Gesetz sind auch die Finanzämter abgeschafft worden, die ja Behörden der Länder waren (und sind)

6. Sept. 1952 Anweisung Nr. 26 des Staatssekretariats für Hochschulwesen
 ~~betr. Bildung und Aufgaben von Seminargruppen
- 1952 Ausgliederung des *Berufspädagogischen Instituts* aus der *Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät* und Angliederung an die *Pädagogische Fakultät*
5. März 1953 Josef Stalin ereilt in den Privaträumen seiner Datscha nach einem Gelage ein Schlaganfall, der von seiner Umgebung nicht sofort bemerkt wird. Damit endet der Personenkult um seine Person – auch in der DDR
5. März 1953 Beschluss zur Auflösung der Industrie- und Handelskammern (als Selbstverwaltungskörperschaften) zum 31. März 1953
19. März 1953 Verordnung über die „Systematik der Ausbildungsberufe“ (es folgen bis 1969 achtzehn Durchführungsbestimmungen)
5. Mai 1953 Die Universität Leipzig erhält den Namen *Karl-Marx-Universität* (anlässlich seines 135. Geburtstages)
10. Mai 1953 Ministerpräsident Otto Grotewohl vollzieht anlässlich des „Karl-Marx-Jahres“ die Unbenennung von Chemnitz in *Karl-Marx-Stadt*
17. Juni 1953 Volksaufstand in der DDR; bis zur Wiedervereinigung gesetzlicher Feiertag in Westdeutschland
6. Aug. 1953 Beschluss des Ministerrats der DDR zur Gründung der *Hochschule für Binnenhandel* (Leipzig)
1. Sept. 1953 Eröffnung der *Hochschule für Binnenhandel* in Leipzig, die kurz vor ihrem zehnten Gründungsjubiläum wieder aufgelöst und in die Karl-Marx-Universität eingegliedert wird. Abschluss: Diplom-Wirtschaftler
15. Juni 1954 Anordnung über die Planung und Organisation der Unterrichts- und Erziehungsarbeit in der Berufsausbildung der DDR
31. Aug. 1954 Anordnung über die Berufsausbildung im staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandel und in den Niederlassungen der Großhandelskontore und Handelsniederlassungen des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften
1. Okt. 1954 Gründung der Hochschule für Außenhandel (Berlin-Staaken), mit Wirkung vom 31. August 1958 mit der HfÖ vereinigt
9. Okt. 1953 KMK-Beschluss über die Richtlinien für die Ausbildung und Prüfung der Diplomhandelslehrer
14. Okt. 1954 Verordnung über die Errichtung einer *Hochschule für Außenhandel* (Berlin)
1. Nov. 1954 Prüfungsordnung für Zwischen- und Facharbeiterprüfungen
15. Nov. 1954 Anordnung über die Prüfungsordnung für Zwischen- und Facharbeiterprüfungen

- 1954 Gründung der *Fachschule für Binnenhandel Dresden*, mit Schulstandorten u. a. in Görlitz, Merseburg und Berlin (Einrichtungen der Erwachsenenbildung): Verleihung der Berufsbezeichnung „Handelswirtschaftler“ an die Absolventen
9. Mai 1955 Die Bundesrepublik Deutschland wird (feierlich) in die am 24. August 1949 gegründete NATO aufgenommen
4. Juni 1955 Der Warschauer Vertrag (DDR-Sprachgebrauch; im Westen spricht man vom *Warschauer Pakt*) wird als Militärbündnis als Gegenstück zur NATO gegründet
12. Dez. 1955 Richtlinie für die Aufnahme der Schüler in die Mittel- und Oberschule
11. Jan. 1956 Rahmenstatut für Betriebsberufsschulen
28. Juni 1956 Verordnung über die Bildung einer *Hochschule für Ökonomie* (gegründet am 1. August 1956), Rechtsnachfolgerin der zum gleichen Zeitpunkt aufgelösten „*Hochschule für Ökonomie und Planung*“ (Berlin-Karlshorst) und der *Hochschule für Finanzwirtschaft* (Berlin)
28. Juni 1956 Beschluss über die Berufsausbildung der Lehrlinge in der sozialistischen Wirtschaft: die Berufsschulen unterstehen nicht mehr den Räten der Kreise, sondern mit den Lehrwerkstätten und Lehrlingsheimen als „Betriebsberufsschulen“ den Werksleitern
22. Sept. 1956 Richtlinie zur Vereinigung der Ausbildungsstätten für die Berufsausbildung in der sozialistischen Wirtschaft
16. Nov. 1956 Anordnung über das Rahmenstatut und den Rahmenstrukturplan für Betriebsberufsschulen
3. Jan. 1957 (Erweiterte Fassung der) „Systematik der Ausbildungsberufe“ wird als Sonderdruck des Gesetzblatts der DDR veröffentlicht. Es wird zwischen Berufen der *sozialistischen* und solchen der *privaten* Wirtschaft unterschieden
26. Juli 1957 Mit dem *Gesetz über die Deutsche Bundesbank* (BBankG) wird die *Bank deutscher Länder* abgelöst. Sie erhält am 1. Juli 1990 auch die Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik „im erweiterten Geltungsbereich der D-Mark“, also in Ostdeutschland
4. Okt. 1957 Die Sowjetunion schickt mit *Sputnik 1* den ersten künstlichen Erdsatelliten auf eine (Erd-) Umlaufbahn. Die technologische Überlegenheit der USA (und des Westens insgesamt) ist in Frage gestellt (→ Sputnikschock)
13. Febr. 1958 Verordnung (des Ministerrats der DDR) über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik
- 28.2. – 2.3.1958 III. Hochschulkonferenz des Zentralkomitees der SED *Über die Aufgabe der Universitäten und Hochschulen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR*
24. – 25. April 1958 Schulkonferenz der SED („Vorschläge zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend“)

12. – 14. Juli 1958 5. SED-Parteitag; der sozialistische Aufbau wird von Walter Ulbricht als „vollendet“ erklärt. Schon im Vorfeld sind auf wirtschaftspolitischem Feld „weitreichende Ziele“ gestellt und dazu die Notwendigkeit begründet worden, „vermehrt wirtschaftswissenschaftliche Fachschulakader“ auszubilden
1. Sept. 1958 Einführung des obligatorischen polytechnischen Unterrichts in der DDR
27. Sept. 1958 Professor Dr. Peter Sesterhenn wird nach diffamierenden Vorwürfen „republikflüchtig“
16. Okt. 1958 Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Berlin [West])
17. Jan. 1959 Thesen des ZK der SED „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“
18. Aug. 1959 Verordnung über die Verantwortlichkeit auf dem Gebiet der Berufsausbildung der Lehrlinge und der Qualifizierung der Arbeiter
2. Dez. 1959 Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik
13. – 15. Jan. 1960 III. Berufspädagogischer Kongress in Leipzig
30. Juni 1960 Grundsätze zur weiteren Entwicklung des Systems der Berufsbildung in der Deutschen Demokratischen Republik, beschlossen durch den Ministerrat der DDR
6. Juli 1960 *Direktive für die Berufsausbildung mit Abitur* vom Ministerium für Volksbildung
1. Sept. 1960 Beginn der „breiten Grundausbildung“ für alle wichtigen Berufe
13. Aug. 1961 Bau der Berliner Mauer („Eiserner Vorhang“ nimmt Gestalt an), um den ständigen Abfluss von Arbeitskräften in den Westen zu „stabilisieren“
24. Aug. 1961 Der Ministerrat der DDR erlässt die *Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung*
10. Nov. 1961 Prüfungsordnung für die sozialistische Berufsbildung
- 1961 Der (gelernte) Bankkaufmann Hermann Musculus wird Leiter des Instituts für Berufspädagogik an der Humboldt-Universität Berlin
22. Sept. 1962 Verordnung über die Pflichten und Rechte der Lehrkräfte und Erzieher – Arbeitsordnung für pädagogische Kräfte der Volksbildung
27. Juni 1963 Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR über „Die Neugestaltung der Ausbildung von Ökonomen an Universitäten und Hochschulen der DDR“
3. Juli 1963 Beschluss (des Ministerrats der DDR) über die Grundsätze der weiteren Systematisierung des polytechnischen Unterrichts, der schrittweisen Einführung der beruflichen Grundausbildung und der Entwicklung von Spezialschulen und -klassen

15. Juli 1963 Genehmigung des *Neue(n) Ökonomische(n) System(s) der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL)* [entworfen von Günter Mittag (1926 – 1994) und Erich Apel (1917 – 1965)] durch den Staatsrat der DDR: Übergang von der reinen sozialistischen Planwirtschaft zu einer Mischwirtschaft (Marktsozialismus)
- Nov. 1963 Margot Honecker (1927 – 2016) wird Ministerin für Volksbildung (und bleibt es bis 1989). Mit dem Machtantritt ihres Mannes am 3. Mai 1971 werden ihre bildungspolitischen Entscheidungen unangreifbar
18. Juni 1964 Vierzehnte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Systematik der Ausbildungsberufe
- 1964 Professor Dr. Herbert Hanke wird Direktor des Instituts für Berufspädagogik an der Humboldt-Universität Berlin
25. Febr. 1965 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen
- Dez. 1965 Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR, vorgestellt vom Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
13. Aug. 1966 Richtlinie zur Einführung des Rahmenlehrplans Betriebsökonomik
2. – 3. Febr. 1967 IV. Hochschulkonferenz: die Fakultäten im traditionellen klassischen Verständnis werden beseitigt und durch „Sektionen“ ersetzt, die Fächerstruktur wird verändert und „Wissenschaftskomplexe“ werden eingeführt
17. – 22. Apr. 1967 VII. SED-Parteitag: Das gesamte Bildungswesen wird in die volkswirtschaftliche bzw. gesamtgesellschaftliche Planung einbezogen. Dies hat zur Folge, dass Bildungsplanung und Bildungsökonomie unter dem Aspekt der „Schrittmacherfunktion des Bildungswesens“ ausgerichtet werden
6. April 1968 Per Volksentscheid wird eine neue Verfassung der DDR bestätigt. Art. 8 II enthält (noch) ein „Wiedervereinigungsgebot“
11. Juni 1968 Grundsätze für die Weiterentwicklung der Berufsausbildung als Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems
21. Aug. 1968 Nachts marschieren Truppen des Warschauer Pakts unter Führung der UdSSR und Beteiligung der DDR in die ČSSR ein. Der „Prager Frühling“ ist beendet
- 1968 III. Hochschulreform (die universitäre Kollegialverwaltung wurde weitgehend außer Kraft gesetzt)
- 1968 Dr. habil. Alexander Schink wird Leiter des Wissenschaftsbereichs Wirtschaftspädagogik an der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin und am 1. Sept. 1968 zum Professor berufen
3. April 1969 Beschluss des DDR-Staatsrats über „Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“
1. Sept. 1969 Gründung der (sozialistischen) „Handelshochschule Leipzig“ [Gründungsrektor Prof. Dr. Wolfgang Heinrichs (1929 – 1994)]

25. Febr. 1970 Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter
15. April 1970 Verordnung über die Berufsberatung
7. Mai 1970 Verordnung über die Systematik der Ausbildungsberufe
8. Sept. 1970 Beschluss des Politbüros des ZK der SED beendet die Reformperiode des NÖS [und entfernt Walter Ulbricht (1893 – 1973) aus der Parteispitze]. Gemäß dem Willen Leonid Iljitsch Breschnews (1906 – 1982), Generalsekretär der KPdSU, wird der eigenständige ordnungspolitische Weg in der DDR abrupt abgebrochen
15. Sept. 1970 In deutlich politischer Absicht Neugründung des DPZI als *Akademie der Pädagogischen Wissenschaften* (APW). Sie soll als außeruniversitäre Forschungseinrichtung das „einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR“ wissenschaftlich begleiten und vorantreiben. Am 31. Dezember 1990 wird sie ohne Evaluierungschance geschlossen
16. Sept. 1970 Beschluss der Volkskammer der DDR über die Grundsätze für die Aus- und Weiterbildung der Werktätigen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR
26. Febr. 1971 Gemeinsame Anweisung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen und des Staatssekretariats für Berufsbildung über die Einrichtung und Durchführung des Hochschulfernstudiums für Lehrkräfte für den berufstheoretischen Unterricht. Gemäß § 3 werden – je nach Studienrichtung – die Titel *Diplom-Ingenieurpädagog*, *Diplom-Agrarpädagoge* und *Diplom-Ökonompädagoge* vergeben
- Febr. 1972 Das Politbüro beschließt die Verstaatlichung privater Betriebe. Wenige Wochen später beginnt die Verstaatlichung von 11.800 Unternehmen
21. Dez. 1972 Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik: *Errichtung Ständiger Vertretungen* in Berlin [Ost] und Bonn
3. Jan. 1975 Anordnung über die Durchführung von Prüfungen an Hoch- und Fachschulen sowie den Hoch- und Fachschulabschluss – Prüfungsordnung
19. Juni 1975 Das Zivilgesetzbuch der DDR (ZGB) wird erlassen. Es löst zum 1. Januar 1976 das BGB ab
3. März 1976 Anordnung über die Erteilung und Führung von Berufsbezeichnungen der Hoch- und Fachschulausbildung
20. Juni 1976 Verordnung über Rechnungsführung und Statistik
20. Juli 1977 Anordnung über die Organisation des berufstheoretischen und berufspraktischen Unterrichts in der Berufsausbildung
29. Nov. 1979 Der Ministerrat der DDR erlässt die *Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen* (Schulordnung)

- 5. Jan. 1982 *Anordnung über die Bewerbung um eine Lehrstelle* – Bewerbungsordnung
- 21. Dez. 1984 Verordnung über die Facharbeiterberufe
- 6. Nov. 1986 Verordnung über die Berufsberatung
- 27. Juni 1989 Der österreichische und ungarische Außenminister durchschneiden symbolisch und medienwirksam den Grenzzaun zwischen den beiden Staaten, nachdem am 1. Januar 1988 für die Ungarn die Reisefreiheit eingeführt worden ist. Ungarnurlauber aus der DDR nutzen das nicht wieder geschlossene „Loch“ im Zaun umgehend, um sich in den Westen abzusetzen (über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland). Die Massenflucht nimmt an Fahrt auf
- 7. Juli 1989 In der Abschlusserklärung zur Tagung der Warschauer Vertragsstaaten (Bukarest) heißt es, „dass jedes Volk das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen“
- 4. Sept. 1989 Erste Leipziger „Montagsdemonstration“ (um 17 Uhr: „nach getaner Arbeit“)
- 10. Sept. 1989 Offizielle Öffnung der Westgrenze Ungarns für DDR-Bürger
- 30. Sept. 1989 Etwa 4.000 Prager Botschaftsflüchtlinge hören von Hans-Dietrich Genscher (1927 – 2016) den berühmtesten unvollendeten Satz der Wendezeit
- 9. Okt. 1989 In Leipzig scheitert der Versuch der Sicherheitskräfte, die Montagsdemonstration mit 70.000 Demonstranten gewaltsam zu beenden
- 12. Okt. 1989 Erste studentische Protestveranstaltung in der HU gegen die SED-Politik und die Übergriffe von MfS und Polizei
- 17. Okt. 1989 SED-Generalsekretär Erich Honecker (1912 – 1994) wird gestürzt. Er stirbt im Exil in Santiago de Chile
- 17. Okt. 1989 Etwa 5.000 Studenten und Studentinnen fordern im überfüllten Audimax und im Universitätsgelände der HU aktive Beteiligung an den Entscheidungsgremien der Universität
- 9. Nov. 1989 Ungeplante und überstürzte Öffnung der Berliner Mauer (gen Westen): Die „Gründungs- und Schutzmacht“ Sowjetunion greift nicht ein. Der „Wendeherbst“ bringt den Untergang des „Staatssozialismus“ und der „Planökonomie“ und läutet das Ende einer Utopie ein
- 19. Nov. 1989 Der Wissenschaftliche Rat der Humboldt-Universität beschließt die Bildung eines Arbeitsausschusses „Struktur und Statut der Universität“, der sich am 2. Januar 1990 konstituiert
- 24. Jan. 1990 Erste Sitzung des *Runden Tisches* der HU Berlin
- 4. Febr. 1990 Aus der Staatspartei SED geht (nach einem Zwischenschritt) die Partei des Demokratischen Sozialismus hervor (seit dem 16. Juni 2007 Teil der Partei *Die Linke*)
- 7. März 1990 (DDR-) Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen

18. März 1990 Erste freie, gleiche und geheime Volkskammerwahl in der DDR gemäß den Wahlgrundsätzen des (westdeutschen) Grundgesetzes (Artikel 38) – CDU 40,8 %, SPD 21,9 % und (z. B.) PDS 16,4 %
27. März 1990 Der Wissenschaftliche Rat der Humboldt-Universität legt den ersten „Entwurf von Grundsätzen für ein Universitätsstatut“ vor
3. April 1990 Das „Große Konzil“ als höchste Vertretung aller Universitätsangehörigen wählt den evangelischen Theologen Heinrich Fink (1935 – 2020) zum Rektor der Humboldt-Universität (Investitur am 3. Mai 1990)
12. April 1990 Lothar de Maizière wird zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt
1. Juli 1990 Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen den beiden deutschen Staaten tritt in Kraft. Die in der Regierungszeit von Walter Modrow, der in der Zeit vom 13. November 1989 bis 12. April 1990 der letzte Vorsitzende des Ministerrates der DDR war, gegründete „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ („erste“ Treuhand) übernimmt 7894 Volkseigene Betriebe mit rd. vier Millionen Beschäftigten (ca. 40 % aller Arbeitskräfte). Mit der Wiedervereinigung wird sie zu einer bundesunmittelbaren Anstalt des öffentlichen Rechts. Es kommt zu Fördermittelmisbrauch und Wirtschaftskriminalität ungeahnten Ausmaßes
19. Juli 1990 Gesetz über die Inkraftsetzung des *Berufsbildungsgesetzes* der Bundesrepublik Deutschland durch die Deutsche Demokratische Republik. Es tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft. Damit verbunden war die Übernahme der Rahmenlehrpläne der KMK für die schulische Ausbildung und die Einführung der Ausbildungsverordnungen für die betriebliche Ausbildung für die anerkannten westdeutschen Ausbildungsberufe
22. Juli 1990 Volkskammer der DDR beschließt das Ländereinführungsgesetz und setzt damit das Gesetz zur Schaffung von Bezirken (23. Juli 1952) außer Kraft
27. Juli 1990 Die (westdeutsche) Handwerksordnung (HWO) tritt in der DDR in Kraft
13. Aug. 1990 Einführung des westdeutschen *Berufsbildungsgesetzes* in der DDR
31. Aug. 1990 Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands („Einigungsvertrag“). Die 23 Bezirke von Berlin werden dabei zum *Land Berlin*, das damit weitestgehend der Stadt Berlin entsprechend dem Groß-Berlin-Gesetz von 1920 entspricht. Das *Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin* (BerlHG) tritt auch in der vormaligen *Hauptstadt der DDR* in Kraft. Die Systemkonkurrenz ist beendet
1. Sept. 1990 Die neue Studien- und Prüfungsordnung für den Studiengang Wirtschaftspädagogik/Diplom-Handelslehrer tritt in Kraft
12. Sept. 1990 Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrag(es) in Moskau: Der Weg zur deutschen Einheit ist frei

12. Sept. 1990 Beschluß zur Verordnung über Hochschulen (Vorläufige Hochschulordnung) des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik tritt in Kraft
18. Sept. 1990 *Verordnung über Grundsätze und Regelungen für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen*: vorläufige Schulordnung
25. Sept. 1990 Mit dem *1. Mantelgesetz* ist das Berliner Hochschulgesetz von Ostberlin übernommen worden. Damit ist die Humboldt-Universität (als Ganzes) zu einer Hochschule des Landes Berlin geworden – mit allen Rechten und Pflichten
3. Okt. 1990 Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des (westdeutschen) Grundgesetzes. Zeitgleich entstehen in einem juristischen Graubereich fünf neue „Gliedstaaten“: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen mit dann je eigenem Schulrecht. Das (westdeutsche) Hochschulrahmengesetz tritt auch in den neuen Bundesländern in Kraft
9. Okt. 1990 Neues Universitätsstatut tritt an der Humboldt-Universität in Kraft
2. Dez. 1990 Gesamtberliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus – 26. Januar 1991 Bildung des neuen Senats von Berlin (dazwischen geteilte Zuständigkeit der Ostberliner Stadtregierung und des Berliner Senats)
13. Dez. 1990 Verfassungsgebendes Konzil der HU beschließt hochschuleigenes Erneuerungsprogramm und gründet dazu eine zentrale und in jedem Fachbereich dezentrale Personalstrukturkommissionen (PSK)
- 1990 „Abwicklung“ der „Sektion Wirtschaftswissenschaften“ (als vormalige Heimstätte des Wirtschaftspädagogischen Instituts). Das 1989/90 entstandene „neue“ Institut für Wirtschaftspädagogik wird in der Übergangszeit von Dr. sc. Dieter Squarra geleitet
8. Febr. 1991 Erlass der Prüfungsordnung für den Studiengang Wirtschaftspädagogik an der HU Berlin
26. März 1991 Die Struktur- und Berufungskommission Erziehungswissenschaften an der HU Berlin konstituiert sich (Beendigung der Kommissionsstätigkeit am 23. April 1993)
31. März 1991 Die militärischen Strukturen des Warschauer Vertrages werden „aufgelöst“, der „Pakt“ selbst erst zum 1. Juli 1991
28. Juni 1991 Der RGW löst sich nach dem gescheiterten Versuch auf, das zentralverwaltungswirtschaftliche System des RGW zu reformieren
30. Sept. 1991 Der neue Magistrat von Gesamt-Berlin beschließt die „Abwicklung“ der *Hochschule für Ökonomie* (zu sehr in der nun untergehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsform verwurzelt, zu deren Grundlagen die Lehren des Marxismus-Leninismus und der sozialistischen Planwirtschaft gehören)
26. Nov. 1991 Fristlose Entlassung des ersten frei gewählten Rektors der HU Berlin, Heinrich Fink, wegen inoffizieller Tätigkeit für das MfS

- 1. Juni 1992 Berufung von Prof. Jürgen van Buer aus Siegen auf den nunmehr an der Philosophischen Fakultät beheimateten Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik
- 1. Febr. 1993 Jürgen van Buer hält seine Antrittsrede an der „neuen“ Humboldt-Universität zu Berlin (vor der Struktur- und Berufungskommission Erziehungswissenschaften)

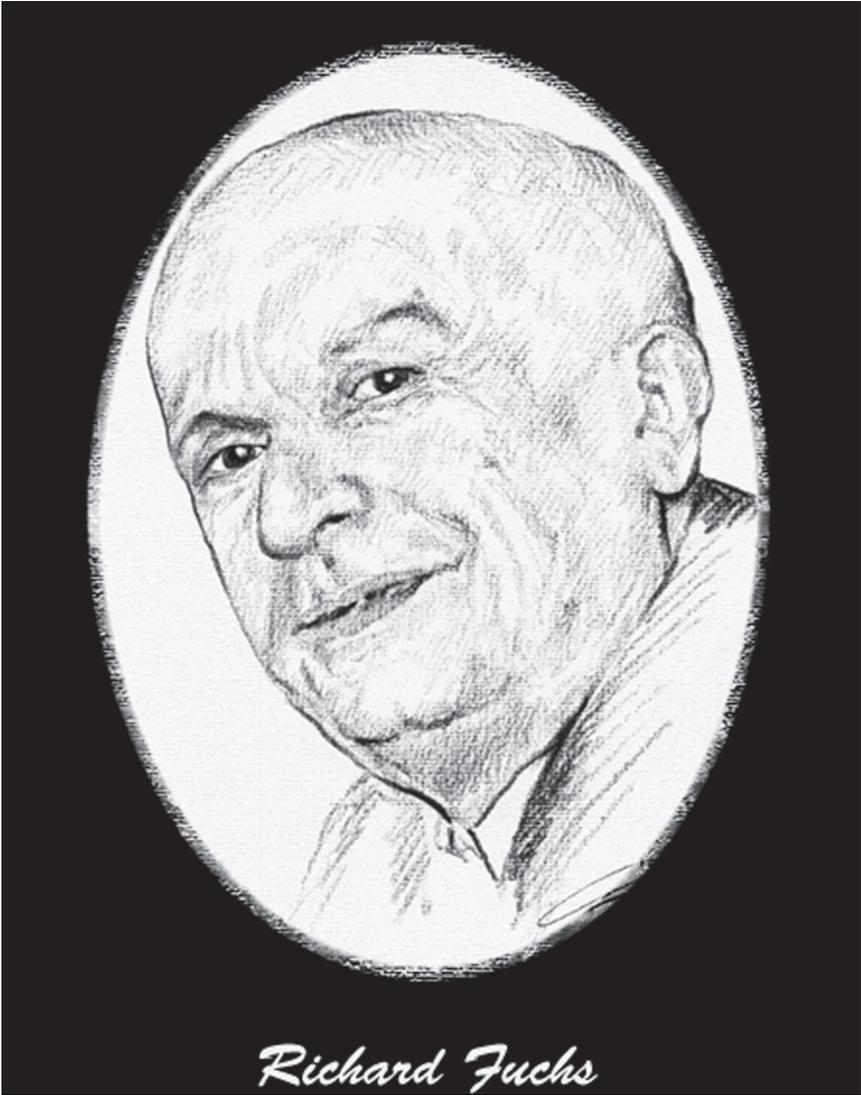


Abb. 1: Richard Fuchs

„Das Vergangene ist noch nicht
tot, es ist nicht einmal vergan-
gen.“

William Faulkner

Klaus Friedrich Pott

Richard Fuchs

Berlin: 6. Januar 1880 bis 21. April 1969

Wiederaufbau statt Ruhestand – Ein Handelsschullehrer-Berufsleben im Dienste der SBZ/DDR nebst einem Parcoursritt durch die Geschichte der ostdeutschen Wirtschaftspädagogik

Fuchs: Sozialisiert im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Professor Richard Fuchs (1880 – 1969) war der Sohn eines Schlossers. Nach der Volksschule besuchte er von 1897 bis 1900 das Lehrerseminar zu Berlin. Anschließend war er bis 1908 in Berlin als Volksschullehrer tätig. Neben seinem Beruf studierte er von 1906 bis 1909 an der Handelshochschule Berlin, wo er die Handelslehrerprüfung abgelegt hat. Von 1908 bis 1923 war er in Berlin als Handels- bzw. Handelsoberlehrer und von 1923 bis 1928 als Direktor der Handelslehranstalt Berlin-Neukölln¹ tätig, die sich unter seiner Leitung „aus winzigen Anfängen“ zur zweitgrößten Schule Berlins entwickelte. Seit 1911 war er führend in der deutschen, später in der preußischen Handelslehrerorganisation tätig.² An der Aufstellung der Berliner Lehrpläne für die Berufs- und Handelsschulen war er als Hauptmitarbeiter beteiligt und in der Fachpresse für

1 Neukölln war seinerzeit ein überwiegend von Arbeiterfamilien bewohnter Bezirk von Groß-Berlin.

2 Der ostdeutsche Betriebspädagoge (Erwachsenenpädagoge) Georg Schmelzer (1928 – 2017) macht zudem darauf aufmerksam, dass Fuchs „Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ gewesen sei. Vgl. Schmelzer, Georg: Beruf und Berufsbildung im Verständnis der Berufspädagogik (Studienmaterial; in 500 Exemplaren als Manuskript gedruckt und „nur für den internen Gebrauch an der Sektion Pädagogik“ der Humboldt-Universität Berlin bestimmt), Berlin [Ost] Juli 1989 (46 Seiten), hier S. 40 (im Folgenden zitiert als Schmelzer 1989).

das kaufmännische Unterrichtswesen „leistete er eine überaus fruchtbare publizistische Tätigkeit“. Gleichzeitig „konnte Fuchs 1911 – 1933 [nebenamtlich] „eine erfolgreiche Dozententätigkeit auf seinem Fachgebiet an der Freien Hochschule Berlin und an der Humboldt-Hochschule entfalten“.³

In Anerkennung seiner Verdienste wurde er 1928 als Magistratsschulrat mit dem Dezernat für das wirtschaftliche Bildungswesen der Stadt Berlin betraut. 1933 wurde er auf Grund des § 4 des Berufsbeamtengesetzes (= politische Unzuverlässigkeit) wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD⁴

3 HU UA, PA – nach 1945: Fuchs, Richard, Band 1, Blatt 52, Schreiben vom 15.10.1946, Bruno Gleitze, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, an den Rektor der Universität Berlin Dr. Johannes Stroux (1886 – 1954) (im Folgenden zitiert als „Schreiben Gleitze 15.10.1946“). Mit Beginn der Nachkriegszeit wurde die Friedrich-Wilhelms-Universität in der Öffentlichkeit nicht mehr nach ihrem Stifter, offiziellen Gründer und Namenspatron genannt, „sondern nur noch Universität Berlin oder Berliner Universität“. In der Stadt bildete sich „ein nicht minder stillschweigendes kryptisch-offiziöses Einvernehmen heraus, sie nach den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt oder auch nur nach ersterem als ihrem symbolischen »Gründungsvater« zu benennen. Zum Zeitpunkt ihrer Wiedereröffnung [am 29.01.1946; d. Verf.] schien es bereits so selbstverständlich, dass ihre Umbenennung als gleichsam beschlossene Sache galt.“ Vgl. Hansen, Reimer: Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität zu Berlin. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 3: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945 – 2010, Berlin 2012, S. 17 – 123, hier S. 114. Die offizielle Namensverleihung erfolgte aber erst am 08.02.1949 (S. 121). Eventuell war „der Vorschlag“ des Namens Wilhelm von Humboldt durch Studenten ein „geschickter Schachzug“, um die Benennung der Universität nach Karl Marx, Stalin oder Lenin zu verhindern (S. 118).

4 Bei der Einordnung dieser Begebenheit ist zu beachten, dass die SPD sich erst mit dem Godesberger Programm (1959) mit dem Kapitalismus arrangiert hat. Zuvor war sie eine sozialistische Arbeiterpartei. Fuchs sei in seiner Neuköllner Zeit von Robert Alt (1905 – 1978) als Sozialdemokrat geprägt worden, so Professor Herbert Hanke (Er verstarb am 6. September 2020.) in seiner E-Mail vom 13.12.2019. Daraus erhellt sich, dass sich Fuchs und Alt schon vor dem Krieg kannten. Wichtiger dürfte für Fuchs in der Umbruchphase nach 1945 jedoch gewesen sein, dass der nun äußerst einflussreiche Robert Alt (Mitglied des ZK der bald SED geheißenen Partei) in einem programmatischen Aufsatz der in der SBZ 1946 neu gegründeten Zeitschrift „pädagogik“ gleich in Heft 1 die Richtung der nun einzuschlagenden Bildungspolitik vorgegeben hat: „Zur gesellschaftlichen Begründung der neuen Schule“ (S. 12 – 22). Es ging dabei um die Brechung des von Alt postulierten bürgerlichen „Bildungsmonopols“! – Robert Alt war in diesem Jahr Professor an der Pädagogischen Hochschule (in Berlin), hielt aber schon Vorlesungen über Geschichte der Pädagogik an der Humboldt-Universität. Zu den Lebensdaten Alts vgl. das zu seinem 70. Geburtstag herausgegebene Buch Alt, Robert: Erziehung und Gesellschaft, Pädagogische Schriften, ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Karl-Heinz Günther, Helmut Kö-

entlassen.⁵ Bei van Buer heißt es ergänzend, dass Fuchs die weitere Berufsausübung verboten worden sei, weil er nicht bereit war, „an der Militarisierung des Bildungswesens teilzunehmen“.⁶ Treffender wäre die Feststellung, dass sich Fuchs geweigert haben wird, sich auf Hitler zu verweigern zu lassen.⁷ Am 30.05.2019 hat mir Professor Herbert Hanke, der Richard Fuchs noch persönlich gekannt hat, per E-Mail mitgeteilt, dass sich dieser in der Nazi-Zeit „als selbständiger Handelsvertreter [...] einigermassen über Wasser gehalten“ habe.⁸

Nach der am 8. Mai 1945 in Kraft getretenen bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht (mit der auch alle Beamtenverhältnisse als erloschen galten und die in der SBZ/DDR nach anfänglichen

nig und Rudi Schulz (mit Portraitphoto), Berlin [Ost] 1975, (im Folgenden zitiert als „Alt 1975“), hier S. 50 – 52, und Waterkamp, Dietmar: Das Einheitsprinzip im Bildungswesen der DDR. Eine Historisch-systemtheoretische Untersuchung (= Bildung und Erziehung, Beiheft 3), Köln und Wien 1985 (im Folgenden zitiert als Waterkamp 1985) darin: Prolog – Robert Alt: Die These vom Bildungsmonopol zwischen politischer Ökonomie und Wissenssoziologie, S. [XVII] – XXX.

5 Schreiben Gleitze 15.10.1946. Zu den „Säuberungsaktionen“ der Nazis auch und vor allem in Berlin vgl. Geißler, Gert: Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962, Frankfurt/M. 2000, S. 32 – 36. In Berlin wurden „alle Leiter der Bezirksschulverwaltungen, 19 der insgesamt 34 Magistratsschulräte aller Schularten, dazu 83 der insgesamt 622 Rektoren aller Schularten“ abgesetzt (Geißler, a.a.O., S. 33 f.). – Der Autor der sehr erhellenden Rezension von Geißlers Buch bedauert, dass die Entwicklungen im berufsbildenden Schulwesen „allenfalls gestreift“ werden (Die Darstellung richte sich „in der Hauptsache auf die Schulpolitik der allgemeinbildenden Schule.“). Außerdem bemängelt der Rezensent die „harmonisierende Intention“ des Autors. Der Schule in der SBZ/DDR werde „der rechtfertigende Anschein einer normal funktionierenden, wenn auch mit Widersprüchen und Schwierigkeiten kämpfenden Institution verliehen, ohne die Besonderheiten der kommunistischen Diktatur zu thematisieren.“ Vgl. dazu Füssl, Karl-Heinz, in: Bildung und Erziehung, Band 55, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 347 – 351, hier S. 347 (im Folgenden zitiert als „Rez.“).

6 Buer, Jürgen van u. a.: Tradition und Innovation – zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Wirtschaftspädagogik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1994, S. 36 f. (im Folgenden zitiert als „van Buer 1994“).

7 Deutsches Beamtenengesetz vom 26.01.1937, § 4 I „... Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein ...“

8 Im Berliner Adressbuch von 1940 ist Richard Fuchs unter der Johannisthaler Adresse, die er auch bei der HU Berlin angegeben hat, als Diplom-Handelslehrer aufgeführt. Unter einer anderen Johannisthaler Adresse wird aber auch ein Handelsvertreter Richard Fuchs aufgeführt. In Verbindung mit Prof. Hankes Aussage ist also anzunehmen, dass es sich hierbei um ein und dieselbe Person handelt.

Unsicherheiten auch nicht wiederhergestellt worden sind⁹⁾ sowie mit der damit verbundenen Abtrennung großer Teile des Staatsgebietes und der Aufteilung des großen „Restes“ in vier Besatzungszonen (plus „besonderem Berliner Gebiet“¹⁰⁾ hat man in der SBZ gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) sofort mit der politischen Säuberung in Gestalt der „Entnazifizierung“ begonnen.¹¹ Mit Befehl Nr. 17 der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) ist bereits am 27. Juli 1945 die (kollaborationsbereite) „Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung“ (DZfV) gebildet und in einem Nebengebäude (Wilhelmstraße 58) des vormaligen und im Krieg weitestgehend zerstörten *Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung* untergebracht worden.¹² Ihr Präsident Paul Wandel (1905 – 1995) war anschließend der erste DDR-Minister für Volksbildung (1949 – 1952).

„Paul Wandel war ein linientreuer Sowjetkommunist, der – wie sein Schüler auf der Komintern-Schule im sowjetischen Exil Wolfgang Leonhard (1921 – 2014) ihn pointiert beschrieben hat – als Parteifunktionär nur eine Aufgabe gekannt habe: die »Anweisungen der Führung zu erläutern und durchzusetzen«. Er war zutiefst durchdrungen von der nomologischen Doktrin des Sowjetmarxismus, die sich in ihrer Selbstbezeichnung Marxismus-Leninismus nannte, in ihrer letzten dogmatischen

9 Vgl. Jessen, Ralph: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 135, Göttingen 1999, S. 224 (im Folgenden zitiert als Jessen 1999). – Das bedeutete, dass Lehrer und Hochschullehrer nun den Status von Angestellten hatten, denen innerhalb einer gewissen Frist gekündigt werden konnte, wenn sie sich dem Staat gegenüber nicht so loyal verhielten, wie es von ihnen erwartet worden ist.

10 Zum Berliner Schulexperiment siehe unten, S. 128ff.

11 Am 9. Juni 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit ihrem Hauptsitz in Berlin-Karlshorst (Außenstellen in den fünf ostzonalen Ländern) mit ihren etwa 60.000 Mitarbeitern die Hoheitsgewalt in der SBZ übernommen. Vgl. dazu Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 – 1949. Struktur und Funktion (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 44), Berlin 1999. – Weitere Literaturhinweise: Köhler, Roland: Die Zusammenarbeit der SED mit der SMAD bei der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens (1945 – 1949), Phil. Diss. B. Berlin [Ost] 1983; Rößler, Ruth-Kristin: Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945 – 1948, Goldbach 1994 und Welsh, Helga: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen, München 1989.

12 Zur Auflösung des RMfWEV vgl. Geißler, a.a.O., S. [9] – 14.



Abb. 2: Ministerium für Volksbildung, Berlin, Wilhelmstraße (1952)

Fassung indes nur noch ein vulgärmarxistischer Leninismus-Stalinismus war. In diesem ideologischen Zusammenhang sah Wandel die langfristige Zielsetzung seiner Aufgabe als Präsident der Zentralverwaltung in der sozialistischen Ordnung von Schule und Hochschule, namentlich der Universität. Kurz- und mittelfristig hatte er sich in grundlegender Übereinstimmung mit dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11.6.1945 auf eine antifaschistisch-demokratische Übergangszeit eingestellt, freilich ohne dabei die langfristig-strategische Orientierung aus dem Auge zu verlieren. Er sei – so schreibt Leonhard treffend – nach seiner Ernennung »zunächst als überparteilicher Demokrat« aufgetreten, der sich »für den Humanismus« einsetzte.“¹³ Auf dem Höhepunkt der Polytechnik-Kampagne ist er 1958 vom *Ersten Sekretär* des ZK der SED, Walter Ulbricht, aus seinem Amt entfernt worden – wie viele andere auch!¹⁴ Er hatte hinfort nur noch repräsentative Aufgaben.

13 Vgl. Hansen, a.a.O., hier S. 40 f. und die dort genannte Literatur.

14 Klier, Freya: Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR, München 1990 (206 Seiten), hier S. 104. – Bei diesem lesenswerten Buch handelt es sich um eine sehr persönliche Auseinandersetzung der Autorin mit ihrem „Vaterland“, das wie dessen Vorbild Sowjetunion unter kollektiver Schizophrenie litt, als Resultat des Auseinanderklaffens von behaupteter und tatsächlicher Wahrheit. In meinen Augen ist es Pflichtlektüre für jeden, der sich mit dem DDR-Schulwesen beschäftigt. Paul Wandel hatte nach seiner Tätigkeit als Volksbil-

Richard Fuchs wurde mit Gründung der DZfV ihr Referatsleiter für das Berufs- und Fachschulwesen.¹⁵ Zu Beginn seiner Tätigkeit war er meines Erachtens noch gutgläubig, was Toleranz und Pluralismus anbelangte, die dann in der SBZ wegen der einsetzenden autoritär-stalinistischen Veränderungen schnell und erkennbar zu äußerst knappen Gütern geworden sind. Parallel dazu ist der Pädagoge Heinrich Deiters (1887 – 1966) im September 1945 zum Leiter des Ressorts *Lehrerbildung* in der DZfV berufen worden.¹⁶ In dieser Funktion des Referatsleiters erhielt Deiters nun entscheidenden Anteil an der Konzeption des »Neulehrers« und der Vorbereitung eines gesamtzonalen Schulgesetzes. „Der Begriff »Neulehrer« bezeichnete dabei die neugewonnenen Lehrkräfte, denen bei der Umgestaltung des alten bürgerlichen Bildungswesens in ein neues sozialistisches Schulsystem eine wichtige Rolle zugewiesen wurde. Durch diese Wortbildung sollten sie von den sog. Altlehrern, die

dungsminister „mehrere ZK-Funktionen im Bereich Unterricht, Wissenschaft und Kultur, bevor er 1957 wegen »ungenügender Härte bei der Durchsetzung der kulturpolitischen Linie der SED-Führung« abgesetzt worden ist. Vgl. Deja-Löhlhöffel, Brigitte: Erziehung nach Plan. Schule und Ausbildung in der DDR, Berlin [West] 1988, S. 178 (Endnote 8).

15 Vgl. dazu Ohlmeyer, Frank: Die Entwicklung der Berufsausbildung in der sowjetischen Besatzungszone von 1945 – 1949 – eine konzeptionsgeschichtliche Untersuchung, Diss. Hamburg 1989 (Online-Ressource), S. 18. Ohlmeyer gibt leider nicht die Quelle dieser Aussage an (d. Verf.). Wagner nennt weitere Funktionen: Bereits „im Dezember 1945 fungierte er als Vorsitzender des Allgemeinen Beirats für das Berufs- und Fachschulwesen. Vgl. Wagner, Hermann: Geschichte der kaufmännischen Berufsschule in Berlin. In: Karow, Willy u. a.: Berliner Berufsschulgeschichte. Von den Ursprüngen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin 1993, S. [413] – 585, hier S. 540. Er zitiert die Chronik der Kaufmännischen Berufsschule „Prof. Richard Fuchs“, Große Hamburger Str. 27, Berlin [Ost] o.J. unpaginiert. Hier ist auf eine Ungenauigkeit hinzuweisen: Diese Schule hieß präzise Kommunale Berufsschule Prof. Dr. Richard Fuchs. Und bei dieser Chronik handelt es sich um ein unveröffentlichtes Manuskript, das „wie ein Geheimnis bei der Schulleitung verwahrt“ worden sei, hat mir Sabine Ewert (sie war von September 1981 bis Januar 1991 Berufsschullehrerin im Bankenbereich der Schule) in ihrer E-Mail vom 4. Oktober 2022 mitgeteilt. Sie könne sich nur an ein oder zwei Einsichtnahmen erinnern. Wo diese Chronik nach der Wende abgeblieben sei, wisse sie nicht. Bei der („verspäteten“) Rückgabe der im Dritten Reich und dann von der DDR zwangsenteigneten Liegenschaft an die jüdische Gemeinde [direkt neben der Schule befand sich der alte jüdische Friedhof mit dem Grab des Philosophen und Aufklärers Moses Mendelssohn (1729 – 1786)] sei „in den Nachwende-Wirren alles, vom Lehrbuch bis zu den Klassenbüchern und auch die Möbel vernichtet“ worden. Die von Wagner genannte Chronik wird also „untergegangen“ sein.

16 Vgl. Oppermann, Detlef: Heinrich Deiters. Ein Pädagoge zwischen Klassik und Moderne. In: Schmoltdt, Benno & Schuppan, Michael-Sören: Pädagogen in Berlin. Auswahl von Biographien zwischen Aufklärung und Gegenwart, Hohengehren 1991, S. 351 f. (im Folgenden zitiert als Oppermann 1991).

bereits vor dieser Neuorientierung im Dienst gewesen waren, ab- bzw. herausgehoben werden.“¹⁷ Die Forderung nach einer Kurzausbildung von »Neulehrern« gemäß dem SMAD-Befehl Nr. 162 vom 6. Dezember 1945 („Vorbereitung der Lehrer für die Volksschule“) erklärt sich aus der Tatsache, die Schulen vom Geist des Nazismus zu befreien, und sie wurde mit mehr oder weniger großer Entschiedenheit von allen Siegermächten geteilt. »Neulehrer« oder »Schulhelfer«, wie sie im Westen hießen, sollten die neue Schule aufbauen helfen. Für Deiters war dies »eine Art von pädagogischer Levée en masse«, deren Notwendigkeit er einsah, deren Erfolg ihm aber noch nicht sicher schien. Und nur das Versprechen, diesen Lehrern nach Überwindung der ersten personellen Not an den Universitäten eine wirklich akademische Bildung zukommen zu lassen, brachte Deiters dazu, dieses Konzept auch pädagogisch vertreten zu können.¹⁸

Die DZfV ist nach dem Vorbild des (sowjetischen) *Volkskommissariats für Volksbildung* organisiert worden,¹⁹ das nach der Oktoberrevolution (1917) gegründet und von Lenin mit Anatoli Wassilijewitsch Lunatscharski (1875 – 1933) besetzt worden ist. Die Sowjetpädagogik und das sowjetische Volksbildungswesen wurden nun in der DDR als Vorbild angesehen und die DZfV hat das Bildungswesen in der Ostzone schon bald nach diesen Mustern neu organisiert.²⁰ „Sie hatte keine

17 Vgl. Mertens, Lothar: Die Etablierung zuverlässiger Kader in den Schulen: Die Neulehrer in den Ländern der SBZ 1945 – 1949. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen e.V., Bd. 92) Berlin 2001, S. [283] – 296, hier S. [283].

18 Klier (a.a.O.) bringt in einem Exkurs ein sehr erhellendes Interview mit einem Neulehrer: S. 87 – 90.

19 Zugleich war sie – wie alle anderen ostzonalen Behörden – ein Spiegelbild der entsprechenden Abteilung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

20 Vgl. dazu die Einleitung zu Anatoli Wassilijewitsch Lunatscharskis Buch „Über die Volksbildung“ (Berlin [Ost] 1971, S. 11 – 26). Vorgegeben war also die marxistische Theorie von der polytechnischen Bildung als Kern der Verbindung von produktiver Arbeit und Unterricht, von Schule und Leben (S. 17). Die sozialistische Allgemeinbildung sollte das Fundament für eine gründliche Spezialbildung sein. Beide sollten zu einer unlösbaren, harmonischen Einheit zusammengefügt werden, bei der die eine die andere nicht stört (S. 23). Auch zum Verhältnis Erziehung und Unterricht äußert sich Lunatscharski und kommt zum Ergebnis, dass die Erziehung prioritär ist. Unterricht und Erziehung seien miteinander verflochten. Die Aufgabe des Erziehers bestehe nun darin, auf allen Schulen und in allen Schulstufen und Schulfächern den Charakter der Schüler im Sinne des Marxismus-Leninismus zu formen: „Ohne daß das Nervensystem in Erregung versetzt und berührt wird, ist selbst einfache Agitation unmöglich, ist es beispielsweise sogar unmöglich,

gesetzgeberische Befugnis. Ihre Aufgabe bestand darin, die Tätigkeit der Schulverwaltungen in den Ländern und Provinzen zusammenzufassen, zu koordinieren, anzuleiten und zu kontrollieren. An der Ausarbeitung von Befehlen der sowjetischen Militäradministration wirkte sie mit und erließ Anordnungen zu ihrer Durchführung.²¹ In der von Professor Dr. Helmut Klein (1930 – 2004) herausgegebenen Geschichte der Humboldt-Universität heißt es zur DZfV, dass ihr „Leistungs-, Koordinierungs- und Kontrollbefugnisse bei der Durchsetzung der Politik der SMAD“ zugewiesen worden seien. Sie hatte diese „bei der Vorbereitung von Entscheidungen zu beraten.“²² Sie sei „ein wichtiges Element des demokratischen Zentralismus und der politischen Macht der Arbeiterklasse im Staatsaufbau der sowjetischen Besatzungszone“ gewesen“, heißt es an anderer Stelle (S. 104).

Im Jahr 1946 wurde der Wortbestandteil „Zentral“ aus dem Namen der *Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung* gestrichen (fortan wurde die Abkürzung DVfV verwendet) und bei der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 ging diese Behörde im Ministerium für Volksbildung auf.²³ Ihre Hauptaufgabe bestand zunächst aber darin, die Lehrerschaft konsequent von Nationalsozialisten zu säubern (Das geschah viel zielstrebig als in den drei anderen Besatzungszonen und war auch früher abgeschlossen.) und rasch neue, sozialistisch eingestellte Lehrkräfte für die Schulen und Universitäten bereit zu stellen. Große Teile der Lehrerschaft waren nämlich NSDAP-Mitglieder und mussten

eine Menschenmenge zusammenzurufen und Feuer zu löschen. Um so unmöglicher ist es, ohne das zu erziehen“ (S. 196).

21 Drefenstedt, Edgar: Sozialistische Unterrichtstheorie. Entwicklung in der DDR von 1945 bis 1965, Berlin [Ost] 1977, S. 15. Zum Verständnis der ostzonalen schulpolitischen Umwälzungen nach 1945 ist dieses Buch von grundsätzlicher Bedeutung. Ebenso die folgenden beiden Aufsätze: Gläser, Lothar: Die Rolle der sowjetischen Pädagogik beim Aufbau der deutschen demokratischen Schule und bei der Entwicklung der pädagogischen Wissenschaft auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik. 2 Teile: In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte, hrsg. von der Kommission für Deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte der Akademie der pädagogischen Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 10, Berlin [Ost] 1970, S. [93] – 169 [dazu „Materialien“, S. [173] – 188] sowie Jg. 11 (1971), S. [181] – 254.

22 Vgl. Klein, Helmut (Hrsg.): Humboldt-Universität zu Berlin / Überblick 1810 – 1985. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Adolf Rüger, Berlin [Ost] 1985, S. 95. – (im Folgenden zitiert als „Klein, Humboldt-Universität zu Berlin...“). Der Pädagoge Professor Dr. Helmut Klein war viermal Rektor der Humboldt-Universität Berlin (1976 – 1988).

23 Zur ausführlichen Darstellung des epochalen Geschehens vgl. Geißler, a.a.O.

folglich „ausgetauscht“ werden.²⁴ „Verstärkt hat man Lehrer wieder eingestellt, die von den Nazis entlassen worden waren.“²⁵ Deshalb ruhte vielerorts der Unterricht bis Ende September 1945. Es wurden in den nächsten Jahren mehr als 50.000 Menschen, die bereits eine Berufsausbildung besaßen und/oder direkt aus der Kriegsgefangenschaft kamen, in Schnellkursen zu »Laienlehrern«²⁶ und »Neulehrern« ausgebildet.²⁷ Welchen Stellenwert Letztere einnahmen, zeigt das Zitat des Berliner Stadtschulrats Ernst Wildnagel (1891 – 1951), der unterstrich, dass die Neulehrerausbildung keine bloße Notlösung sei: „Ganz bewusst stellen wir Menschen in den Mittelpunkt der Erziehung, die die Erfahrungen des praktischen Lebenskampfes in sich verarbeitet haben und dies in ihrem Bildungskampf verwerten.“²⁸ „1949 waren bereits 67,8 % aller Lehrerstellen mit Neulehrern besetzt.“ und: „Die Neulehrer der 1940er und 1950er Jahre bildeten bis in die 1980er Jahre einen wesentlichen

24 Füssl verweist darauf, dass „nach Angaben aus dem Alliierten Kontrollrat [...] die erst 1948 abgeschlossene Entnazifizierung der Lehrer bis Ende 1946 dramatische 31.603 Entlassungen bei einem Gesamtbestand von 72.334 Lehrern“ umfasst habe (Rez. S. 348). Beim in der heutigen Ukraine geborenen Bochumer Professor für Vergleichende Erziehungswissenschaften (und Osteuropaexperten) Oskar Anweiler [(1925 – 2020; 1990 Bundesverdienstkreuz am Bande); Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988, S. 24, im Folgenden zitiert als „Anweiler 1988“] findet sich der Hinweis, dass im Berufs- und Fachschulwesen „sogar 90 Prozent der Lehrkräfte ausscheiden“ mussten. Am 1. April 1949 seien an den beruflichen Schulen 64,6 Prozent der Lehrerschaft „Neulehrer“ gewesen (ebenda, S. 25).

25 Vgl. Lausberg, Michael: Schule in der DDR: <https://de.indymedia.org/node/6736>, Stand 23.04.2019.

26 „Laienlehrer“ waren Lehrer, die ohne (!) jede Vorbildung unterrichteten. Vgl. dazu Hohlfeld, Brigitte: Die Neulehrer in der SBZ/DDR 1945 – 1953: Ihre Rolle bei der Umgestaltung von Gesellschaft und Staat, Weinheim 1992 (Diss. Mannheim 1991, 460 Seiten), hier S. 60. Die Bevölkerung habe sie häufig für „unzumutbar“ gehalten, weil wegen der schnellen und weitgehenden Entnazifizierung auf bewährte Fachkräfte verzichtet werden musste.

27 „In Schnellkursen befanden sich 22.469 und in Achtmonatskursen 26.554 Neulehrer. Bis 1949 wurden mehr als zwei Drittel aller Lehrer ausgetauscht! Viele der Betroffenen flüchteten nach Westen.“ (Rez. S. 348). Bei Anweiler (1988, S. 24) findet sich der Hinweis, dass die „revolutionäre Maßnahme“ der Neulehrereinstellung „auf Jahre hinaus mit dem Odium belastet [gewesen] sei, die Qualität des Schulunterrichts politischen Zwecken geopfert zu haben.“ – Literaturhinweis: Gruner, Petra: Die Neulehrer – ein Schlüsselsymbol der DDR-Gesellschaft, Weinheim 2000.

28 Thiemig, Rudi: Zur Geschichte der Berufsausbildung auf dem Gebiet der DDR (1945 – 1949), Chronik Teil 1, herausgegeben vom Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR, Berlin [Ost] 1974 (im Folgenden zitiert als „Chronik, Teil 1“), S. 161.

Teil der DDR-Lehrerschaft,²⁹ des sozialen Aufstiegs wegen. Die entlassenen „Altlehrer“ haben zur Vermeidung des sozialen Abstiegs in erheblichen Teilen die Ostzone verlassen.³⁰ In den Jahren von 1954 bis 1959 sollen insgesamt 14.040 Lehrer geflüchtet sein.³¹

Auch im berufsbildenden Schulwesen war eines der größten Probleme der Lehrermangel. Bei Willi Karow heißt es dazu, dass von den 14.000 Lehrern, die vor dem Krieg beschäftigt waren, nach dem Kriegsende nur 2.663 den Unterricht wieder aufgenommen hätten.³² „Es ist anzunehmen, daß viele Lehrer Opfer des Krieges wurden oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Zur Behebung des Lehrermangels sah das Hauptschulamt bereits im September 1945 die Errichtung eines Pädagogischen Instituts der Stadt Berlin vor (aus dem dann die Pädagogische Hochschule hervorgegangen ist). Zuvor waren von einzelnen Schulleitern und Bezirksämtern bereits in eigener Initiative »Schulhelfer« eingestellt worden, durchweg Personen ohne jede pädagogische Erfahrung, oft ohne jede Ausbildung. Im Dezember 1945 ordnete die Sowjetische Militäradministration die Ausbildung von 30.000 »Neulehrern« als Schulhelfer und Hilfslehrer für die Sowjetische Besatzungszone an, wovon 1.200 für den Sowjetischen Sektor Berlins vorgesehen waren. Der Magistrat beantragte bei der Alliierten Kommandantur die Ausdehnung des Programms auf die Westsektoren, und kurz darauf begannen unter der Leitung des Hauptschulamtes in Groß-Berlin zehn Kurse mit je 240 Teilnehmern“. „Viele Neulehrer verließen die Schule bereits Ende der vierziger Jahre, um in ihre alten Berufe zurückzukehren. In Ost-Berlin und in der DDR nahm diese Fluktuation solche Formen an, daß Neulehrer, die SED-Mitglieder waren, nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung der personalpolitischen Abteilung und der Abteilung Kultur und Erziehung im Landesvorstand und nach einer vorhergehenden

29 Lausberg, a.a.O.

30 Rez., S. 348.

31 Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Das Schulwesen in der Sowjetzone. Eine kurze Zusammenfassung über Gliederung und Zielsetzung des Schulwesens ... und über die Stellung der Lehrerschaft, Bonn ¹1955, ²1957, ⁴1958, ⁵1959, ⁶1960 und ⁷1966 (*ohne Berücksichtigung des Berufs-, Fach- und Hochschulwesens*) – vgl. die sechste Auflage, S. 22.

32 Zum Folgenden vgl. Karow, Willi: Geschichte der gewerblichen Berufsschule in Berlin. In: Derselbe, a.a.O., S. [3] – 280, hier S. 212 f. (im Folgenden zitiert als Karow, Geschichte der gewerblichen Berufsschule...). Auf S. 213 wird „eine typische Berufsschullehlerkarriere“ geschildert.

Befragung des zuständigen Volksbildungsministeriums den Beruf wechseln durften.“

Zum Komplex „Neulehrer – neue Schule – ~~ – neuer Mensch – neue Intelligenz – neue Gesellschaft“ äußert sich auch der Bamberger Wirtschaftshistoriker Jürgen Schneider (Jg. 1937) grundsätzlich und bissig. Er schreibt: „Immer wenn das Adjektiv »neu« bei der »revolutionären Umgestaltung« hinzugefügt wurde, wurde eine effiziente Form zerstört und gleichzeitig ein weniger effizientes Surrogat geschaffen, wie z. B. neue Arbeitsmethoden, neue Verteilungsmethoden, neue Volksbanken, neue Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften, neues Kreditssystem, neue demokratische Ordnung in Staat und Wirtschaft, neue Wege der demokratischen Entwicklung und neue Verwaltungsorgane, neuer Arbeitsstil, neue Aufgaben, neue Abschreibungsverfahren, neue Formen der industriellen Produktion, neue Art des Verwaltens, neuer Inhalt der Arbeit, neue Buchhaltung auf volkseigenen Gütern. Gleichfalls weniger effizient – im Sinne der Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – waren die »neuen« Führungsschichten, die durch »neue« Ausbildungsinhalte und »neue« Institutionen eine »neue« Welt schaffen wollten. Die Folgen der revolutionären Umgestaltung waren die Zerstörung der alten Führungsschichten, der alten Ausbildungsinhalte und traditionellen Institutionen sowie die Ausrichtung aller neuen Ausbildungsinhalte hin auf sozialistische Leitbilder zum Zweck einer Umerziehung der Menschen. Dies alles hatte Auswirkungen auf den Kenntnisstand und die Motivation der Menschen. Durch die Komplexitätsreduktion der wirtschaftlichen Abläufe – lediglich die Planung wurde immer komplizierter – verloren die meisten Betriebe die Fähigkeit zur Beherrschung komplexer Prozesse und zu umfassenden Problemlösungen wie beispielsweise im Großanlagenbau, der zuvor eine deutsche Spezialität gewesen war. Dieser Wissensverlust wurde durch die Abschottung nach außen zusätzlich beschleunigt.“³³

Verallgemeinernd stellt Schneider fest, „dass die Abkehr von lange gewachsenen, rationalen Systemen und Formen zu inkompetenten, nicht-theoriegestützten Experimenten führte, die stets geringere Effizienz

33 Schneider, Jürgen: Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR. In: Wolfgang Harbrecht (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933 – 1993), Stuttgart 1996, S. 1 – 90, hier: S. 25 ff.

besaßen, was wiederum zu neuen Experimenten Anlaß gab, deren Ergebnisse noch ineffizienter waren“ (S. 32).

Zurück zur seinerzeitigen Entwicklung: Konkrete Pläne zur pädagogischen Ausrichtung sollen 1946 angeblich aber noch gefehlt haben,³⁴ so dass nicht wenige meinten, die SBZ sei schulpolitisch noch für vieles offen gewesen.³⁵ In der „Frühphase der Neulehrerausbildung war man [...] noch nicht der Meinung, die Erkenntnisse der Reformpädagogik dienten den »Klasseninteressen der Großbourgeoisie«. Da sich die Mehrzahl der 1945 noch dringend benötigten Fachleute zu ihr bekannte, schien es nicht opportun, diese zu beunruhigen, zumal man selber, wie DDR-Historiker zugeben, über »keine geschlossene Konzeption« verfügte.“³⁶

Als es zu der für viele Beobachter überraschenden Wiederzulassung politischer Parteien seitens der sowjetischen Militäradministration kam³⁷, ist Richard Fuchs erneut der SPD beigetreten. Nach der am 22. April 1946 (auf massiven Druck der sowjetischen Besatzungsmacht und ohne Urabstimmungen unter den Mitgliedern der beiden zuvor selbständigen Parteien) vollzogenen „Zwangsvereinigung“ von KPD und SPD (in dem Maße, in dem die KPD als „Russenpartei“ wahrgenommen wurde, sind die Sympathiewerte der SPD zum Missfallen der Sowjets gestiegen) zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) wurde Fuchs dann SED-Mitglied. Inge

34 Mit Blick auf die in der Zeittafel gelisteten SMAD-Befehle kann ich diese Einschätzung nicht teilen: Alles deutet m. E. darauf hin, dass die Sowjets nicht vorhatten, ihren Teil Deutschlands je wieder aus ihrer Einflussphäre zu entlassen! Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang auch ein militärstrategischer Grund: Die Moskauer Machthaber benötigten die SBZ/DDR als militärisches Aufmarschgebiet für die Sowjetische Armee (bis 1946: Rote Armee), weil sie aus verständlichen Gründen nie wieder einen Krieg auf dem eigenen Staatsgebiet führen wollten.

35 Unter Hinweis auf SMAD-Befehl Nr. 49 vom 12. Februar 1946 (Über die Ordnung der Eröffnung und Arbeit der technischen (!) Berufsschulen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands) vermag ich dieser Meinung jedoch nicht zuzustimmen!

36 Hohlfeld, a.a.O., S. 65 – 77, hier S. 76. Als die wichtigsten Vertreter der Reformpädagogik sind von Brigitte Hohlfeld Georg Kerschensteiner (1854 – 1932), Hugo Gaudig (1866 – 1923) und Peter Petersen (1884 – 1952; Verfasser des berühmten „Jena-Plans“) genannt worden, die sich in Mitteldeutschland großer Resonanz erfreut hätten. „So war es erklärlich, daß sich 1945 zunächst auch höhere und höchste Schulverwaltungsfunktionäre zu Prinzipien der Reformpädagogik bekannten“ (S. 76). Auch bei Geißler, a.a.O., S. 32 – 36, finden sich sehr informative Erläuterungen zur „Reformpädagogik“, deren Anhänger soziale Verhältnisse schaffen wollten, „unter denen sich die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft positiv ändern würde“ (S. 33).

37 SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945.

Deutschkron bemerkt dazu: „Ich vergesse nie die Tränen in den Augen von Dr. Richard Fuchs, einem kleinen, gutherzigen Mann, der von Natur kein Kämpfer war. »Ich trete zur SED über. Ich habe schon bei den Nazis zwölf Jahre draußen gestanden. Ich kann das nicht noch einmal.«“³⁸

Nach Füssl hat Paul Wandel in seiner Funktion als Präsident der *Zentralverwaltung* in einer Sitzung des SED-Parteivorstandes am 11. Februar 1948 das Verhältnis zwischen Intellektuellen und der Partei offengelegt. Er habe vier Gruppen unterschieden: „erstens die kleine Gruppe der sozialistischen Intelligenz, zweitens die ebenfalls nicht sehr große Gruppe der fast gewonnenen Anhänger einer entschlossenen »Demokratisierung« Deutschlands, drittens die Mehrheit der bürgerlichen, in Distanz zur SED stehenden Akademiker und viertens eine bewusst reaktionäre Gruppe. Während die SED versuchen sollte, die dritte Gruppe zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren, müsse sie die letzte bekämpfen“. Die Mitglieder der dritten Gruppe seien wegen ihrer bürgerlichen Herkunft a priori dem Verdacht der Reaktion ausgesetzt gewesen.³⁹ Es wäre denkbar, dass Wandel Fuchs zur dritten Gruppe zählte.

Fuchs hatte sich bereits im Juni 1945 (im 66sten Lebensjahr, in einem Alter also, in dem man heutzutage an den Ruhestand denkt) der Wirtschaftshochschule⁴⁰, „der er seine wissenschaftliche Ausbildung und sein akademisches Diplom verdankte, als Mitarbeiter zur Verfügung (gestellt)“⁴¹ Im Dezember 1945 scheint er vom Hauptabteilungsleiter für Hochschule und Wissenschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung, Dr. Robert Rompe (1905 – 1993), eine entsprechende Zusage bekommen zu haben, denn er schreibt in einem Antwortbrief: „Für Ihre freundlichen Zeilen vom 5.XII.45 sage ich Ihnen meinen

38 Deutschkron, Inge: Ich trug den gelben Stern, und was kam danach?, München 2009, S. 242.

39 Rez., S. 349.

40 Zur Geschichte dieser 1906 gegründeten Hochschule vgl. Max Apt (1869 – 1957): Die Entstehung und Entwicklung der Handels-Hochschule zu Berlin. In: Derselbe, 25 Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin 1927, S. 169 – 239. Apt war Vorsteher der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft. Fuchs wird ihn wahrscheinlich noch persönlich gekannt haben!

41 Schreiben Gleitze 15.10.1946. In Fuchs Personalakten an der HU Berlin gibt es einen von Richard Fuchs am 15.06.1945 unterschriebenen „Fragebogen für den Lehrkörper und das Personal der Wirtschafts-Hochschule“, der diese Aussage bestätigt. Vgl. HU UA, PA – nach 1945: Fuchs, Richard, Band 1, Blatt 8 (Vorder- und Rückseite).

verbindlichsten Dank. Die erfolgreiche Erledigung meiner Bitte wegen Wiedereinstellung in meine Stellung bei der T.H. würde mir eine ganz besondere Freude bereiten.“⁴²

Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität in der Phase der I. Hochschulreform (1945 – 1950)⁴³

Klein beleuchtet das Geschehen in den ersten Nachkriegsmonaten:⁴⁴ „Etwa ab Mitte Mai tagten [an der Berliner Universität; d. Verf.] wieder Räte von Fakultäten, zunächst aus wenigen Hochschullehrern bestehend, die zu ihrer Arbeitsstätte zurückgekehrt waren. Sie beauftragten jeweils einen aus ihrer Mitte mit der vorläufigen Wahrnehmung des Dekanats. Die vorläufigen Dekane betrauten den Philosophen und Pädagogen Eduard Spranger⁴⁵ (1882 – 1963; d. Verf.) mit dem Amt des kommissarischen Rektors“, wohl weil er die wenigen in Berlin verbliebenen Kollegen zur Arbeit gerufen hatte. Weil es keine zentrale deutsche Staatsgewalt gab, war die Universität (an der Prachtstraße) *Unter den Linden* dem Magistrat unterstellt worden. „Der Magistrat anerkannte die an der Universität getroffene Wahl.“ In der *Abteilung Volksbildung* des Magistrats war ein *Leitender Ausschuss für Hochschulfragen* installiert und Spranger zum Vorsitzenden ernannt worden.⁴⁶ „Als bürgerlich-konservativer

42 HU UA, PA – nach 1945: Fuchs, Richard, Band 2, Blatt 22, Schreiben Richard Fuchs an Dr. R. Rompe vom 13.12.1945 aus Bad Doberan. Im selben Schreiben heißt es noch: „Eine Lehrtätigkeit an der Universität Rostock würde ich gerne für die kommende Zeit übernehmen und wäre auch dafür ganz besonders dankbar.“ Im nur 28 Seiten umfassenden Personen- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Rostock vom Sommersemester 1946 gibt es zwar eine Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Richard Fuchs erscheint in diesem Verzeichnis jedoch nicht.

43 Erst mit der III. Hochschulreform begann deren „offizielle“ Zählung.

44 Zum von mir in diesem Absatz skizzierten weiteren Verlauf vgl. Klein, a.a.O., S. 101 f. Vgl. auch Maskolat, Henny: Der Beginn der demokratischen Hochschulreform an der Berliner Universität in der Periode ihrer Wiedereröffnung 1945/46, Phil. Diss. HU Berlin [Ost] 1967.

45 Literaturhinweis: Tenorth, Heinz-Elmar: Eduard Spranger. In: Schmoldt/Schuppan, a.a.O., S. 195 – 214.

46 Georg Schmelzer charakterisiert Spranger wie folgt: Er „entwickelte, beeinflusst von der Lebensphilosophie (nach W[ilhelm] Dilthey [1833 – 1911]) und Wertphilosophie (nach H[einrich] Rickert [1863 – 1936]), eine konservative Kulturkonzeption mit irrationalistischen Zügen. Er wandte sich dabei u. a. dem Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung zu und gilt mit Aloys Fischer (1880 – 1937) und Theodor Litt (1880 – 1962), neben und nach Kerschensteiner, als Mitbegründer der deutschen idealistischen



Abb. 3: Humboldt-Universität Berlin (1969)



Abb. 4: Heilig-Geist-Kapelle und Handelshochschule Berlin

Bildungspolitiker verfolgte er unter Nutzung der neuen legalen demokratischen Möglichkeiten nach Kräften [...] den früheren »deutschen Universitätsstil« zu wahren, antifaschistisch-demokratische Veränderungen, die über den Universitätstyp der Weimarer Republik hinausgehen mußten, abzuwenden.“ Er war „unter den ersten, die bei den („imperialistischen“) Westalliierten (Anfang Juli und im August 1945 waren im Zusammenhang mit der Bildung des Alliierten Kontrollrats⁴⁷ Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in zwölf westlichen Verwaltungsbezirken Berlins stationiert worden) um Rückhalt für ihre Vorstellungen von einem bürgerlichen Universitätstyp nachsuchten.“ Da er sich mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, „legte er Ende August 1945 den Vorsitz im Leitenden Ausschuß nieder.“⁴⁸ Im Oktober schied er aus dem Amt des kommissarischen Rektors der Berliner Universität (Klein, a.a.O., S. 97), also noch bevor sieben Fakultäten mit insgesamt 2.962 Studenten und etwas mehr als 100 Professoren gemäß SMAD-Befehl Nr. 4 vom 8. Januar 1946 (*Über die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Universität Berlin*) ihre Pforten geöffnet hatten (20. Januar 1946).⁴⁹ „Der neue Entwicklungsabschnitt der Universitäten begann »nicht gegen die alte Intelligenz, sondern mit ihr«“ (Klein, a.a.O., S. 98)⁵⁰. Mit dem Tag ihrer Wiedereröffnung ist die Universität zu Berlin

Berufspädagogik“ (Schmelzer 1989, S. 40). Spranger selbst hat sich zum damaligen Geschehen geäußert: *Die Universität Berlin nach Kriegsende 1945*. In: Derselbe: Hochschule und Gesellschaft (Gesammelte Schriften, Band 10), Heidelberg 1973, S. 273 – 321.

47 Literaturhinweis: Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945 – 1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995 (Online-Ressource).

48 Bei Hansen, a.a.O., S. 33 heißt es hingegen: Spranger ist nicht „zurückgetreten“, er ist am 12. Oktober 1945 entlassen worden.

49 In den hier in Rede stehenden Jahren wurde die Universität zu Berlin zum Schauplatz der politischen Auseinandersetzungen um die zunehmende kommunistische Einflussnahme auf das Bildungswesen der SBZ. Vgl. dazu Hansen, Reimer: Von der Friedrich-Wilhelms-Universität zur Humboldt-Universität zu Berlin – die Umbenennung der Berliner Universität 1945 – 1948 und die Gründung der Freien Universität Berlin, Berlin 2009.

50 Dieser Satz war in Bezug zu Richard Fuchs sicher richtig. Verallgemeinerungsfähig war er dagegen nicht! Denn Klein kaschiert, was längst allgemein bekannt war: Die DDR litt von Anfang an unter einem „brain-drain“, unter einer Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte mit unübersehbaren Folgen für die Wohlfahrt des gesamten Gemeinwesens! Die in diesem Buch genannten Geisteswissenschaftler Spranger und Litt gehörten dazu. Andere, wie der Wirtschaftspädagoge Fritz Urbschat (1884 – 1970), machten bei Ihrer Flucht aus den Vertreibungsgebieten (hier aus Königsberg) gar nicht erst Halt in der SBZ. Vgl. dazu sein Buch *Die Geschichte der Handelshochschule in Königsberg/Preußen*, Würzburg 1962.

entgegen dem Vier-Mächte-Status Berlins aus der Trägerschaft des Magistrats von Groß-Berlin entlassen und der sowjetisch kontrollierten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung unterstellt worden. Sie war damit die einzige Universität in der SBZ, die unmittelbar der DZfV unterstellt war.⁵¹

Zuvor war folgendes geschehen: „Nachdem im Sommer 1945 amerikanische Truppen ihren Sektor in Berlin besetzt hatten, nahmen amerikanische Erziehungsoffiziere Kontakt zu den sowjetischen Bildungsoffizieren auf, die ihnen in ersten Gesprächen eine Beteiligung an der Aufsicht über die Berliner Universität anboten. Merkwürdigerweise gewannen die sowjetischen Offiziere den Eindruck, ihre amerikanischen Gesprächspartner hätten daran kein Interesse. Wochen später, als das Interesse bei den Amerikanern offensichtlich erwacht war, lehnten die sowjetischen Offiziere eine Beteiligung an der Aufsicht ab. Die Begründung lautete: Diese Universität bilde Personen für die Provinz bzw. in diesem Land aus und damit der sowjetischen Besatzungszone zugehörig und nicht der Viersektorenstadt Berlin. Es hat den Anschein, als ob die amerikanische Seite sich mit diesem Argument abweisen ließ. Doch sollte ihr eine solche Unachtsamkeit nicht noch einmal unterlaufen. Ständig waren Erziehungsoffiziere aller vier Siegermächte bei den vierzehntägig stattfindenden Beratungen der Berliner Schulräte mit dem Stadtschulrat zugegen. Hier und an anderer Stelle wurde über die mögliche Form einer ausschließlich für Berlin zu organisierenden regulären Lehrerbildung gesprochen.“⁵²

51 Vgl. Frank Zschaler: Vom Heilig-Geist-Spital zur Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. 110 Jahre Staatswissenschaftlich-Statistisches Seminar an der vormals königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität – 90 Jahre Handels-Hochschule Berlin, Berlin und Heidelberg 1997 (im Folgenden zitiert als „Zschaler 1997“), darin das Kapitel „Kalter Krieg und Neubeginn (1945 – 1989)“, S. 59 – 66, hier S. 63. – Es handelt sich bei diesem Kapitel um eine thematisch gekürzte Fassung seiner Dissertation *Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und ihrer Vorgängerinstitutionen von der Befreiung vom Faschismus bis zum Vorabend der sozialistischen Hochschulreform, 1945 – 1951*, Berlin [Ost] 1984, 223 Seiten inklusive Anhang und Thesen (im Folgenden zitiert als „Zschaler 1984“, wobei sich die Seitenzahl stets auf die in der Kopfzeile angegebene Zahl bezieht), allerdings – wie nicht selten in solchen Fällen – mit erheblicher gegensätzlicher Darstellung zum Sachverhalt! Vgl. außerdem: Jessen, a.a.O., S. 56 und vor allem Hansen, a.a.O., S. 36 – 38.

52 Vgl. Die Geschichte des GeoCampus der Freien Universität Berlin in Lankwitz (<https://www.geo.fu-berlin.de/fachbereich/geschichte-geocampus/1945-1949/index.html>, Stand 8.5.2022).

Über den Beginn des Vorlesungsbetriebs für Wirtschaftswissenschaftler im Juni 1946 berichtet der heutige Professor für Wirtschaftsgeschichte an der katholischen Universität Eichstätt, Frank Zschaler (geb. 1958), sehr ausführlich⁵³: Eröffnet wurden zunächst sowohl das Institut für Wirtschaftswissenschaften der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät *als auch* die Wirtschaftshochschule. Allerdings gab es bereits seit der Jahreswende 1945/46 bei der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung den aus finanzpolitischen Gründen verständlichen Gedanken, „zur Vermeidung von Doppelangeboten“ beide Einrichtungen zu verschmelzen. Die Vertreter der Wirtschaftshochschule standen der Fusion zunächst ablehnend gegenüber: „Neben dem Verlust der bisherigen Autonomie befürchtete man dort den Abbruch wissenschaftlicher Traditionslinien und einen zu starken Einfluß von Politik und Ideologien. Außerdem war eine Übernahme der Hochschule durch die Universität aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht ohne weiteres möglich.“⁵⁴

Dennoch konstituierte sich am 20. Juli 1946 aus Vertretern der Universität [darunter der Wirtschaftshistoriker und bekennende Kommunist Jürgen Kuczynski (1904 – 1997)⁵⁵] und der Wirtschaftshochschule [darunter der Betriebswirt und ehemalige Rektor der Handelshochschule Königsberg Bruno Rogowsky (1890 – 1961)] ein Arbeitskreis zur Bildung einer Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Und nachdem den Vertretern der Wirtschaftshochschule von der Universität die Übernahme aller Institute und Mitarbeiter zugesichert worden war, hat Rogowsky seinen Widerstand aufgegeben.⁵⁶

53 Vgl. hierzu auch Mantel, Peter: Betriebswirtschaftslehre im Nationalsozialismus. Eine Institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden 2009 (Diss. FU Berlin), S. 500 – 511.

54 Vgl. Zschaler 1997, S. 64. – Zuvor: Zschaler: Zu einigen Besonderheiten bei der Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität. In: Jahrbuch Wirtschaftsgeschichte / Sonderband / Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berlins vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Berlin [Ost] 1986, S. 305 – 316.

55 Er „wies in seinem für die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung verfaßten Exposé über die Gründung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät auf die Rolle der Wirtschaftsplanung in der Nachkriegszeit hin. Nach seiner Auffassung würde sich daraus ein planwirtschaftliches Wirtschaftssystem entwickeln und den wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen »die noch fehlende Klammer« geben. Die weitere Existenz von Handels- oder Wirtschaftshochschulen lehnte er ab“ (Zschaler 1997, S. 63 und der dort genannte Akt).

56 Zschaler 1997, S. 64.

Betrachtet man die Akte C Rep 120, Nr. 80 im Landesarchiv Berlin, die fälschlicherweise den Aktentitel Wirtschaftsschule trägt, stellt sich die Sache so dar: Die Wirtschaftshochschule Berlin hatte zwar bereits im Mai 1945 „ihren Betrieb wieder aufgenommen“ (Blatt 168) und mit Prof. Rogowsky einen Rektor (Blatt 1) und mit Prof. Edwin Fels einen Prorektor (Blatt 168), aber keine Zulassung durch die Alliierten. Rogowsky zitiert in einem Brief im Oktober 1945 Captain Shafer, „daß die Alliierten beschlossen hätten, nur vier Fakultäten zuzulassen: 1. die medizinische, 2. die landwirtschaftliche, 3. die theologische und 4. die Lehrerbildung. Rogowsky argumentierte daraufhin, „dass die Wirtschafts-Hochschule auch die Diplomhandelslehrer und Gewerbelehrer ausbilde“ (Blatt 1). Auch im Mai/Juni 1946 gab es noch keine Zulassung (Blatt 117 und 118), aber Lehrpersonal (Blatt 117 und 119) und Studienanwärter (laut einer Statistik auf Blatt 3 insgesamt 714, darunter 79 Handelslehrer) und einen Lehrplan (Blatt 22 – 23 und 25). Die Fusion einer „neu zu schaffenden Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Berlin“ wurde im Berliner Magistratsbeschuß vom 30. Juli 1946 dann begründet mit: „Das Amt für Volksbildung hat den Eindruck gewonnen, daß der einschlägige Lehrkörper der Wirtschafts-Hochschule und des volkswirtschaftlichen Teils der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin so schwach und vor der Hand nicht genügend ergänzbar ist, daß im Interesse der Ausbildung des betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nachwuchses eine Zusammenfassung aller Kräfte geboten sei.“ (Blatt 97)

Nach Zschaler einigten sich die Universität und der (am 20. Oktober 1946 frei gewählte) Magistrat noch vor Beginn des Wintersemesters 1946/47 über das Vermögen der bisherigen Wirtschaftshochschule und die Fortführung ihrer traditionellen Aufgaben. Im Vertrag vom 3. Oktober 1946 wurden folgende Vereinbarungen getroffen: „Die treuhänderische Verwaltung des Vermögens wurde vom Liegenschaftsamt des Magistrats fortgesetzt, der Magistrat gewährte der Universität aber ein mietfreies Nutzungsrecht für das Gebäude Spandauer Straße 1 [...], die Bibliothek⁵⁷ und einen Teil des Börsengebäudes. Im Gegenzug mußte

57 Zur Geschichte einer der umfangreichsten wirtschaftswissenschaftlichen Bibliotheken im deutschsprachigen Raum, der Bibliothek der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU Berlin, vgl. Zschaler 1997, S. 61 f. Bereits Anfangs der 50er Jahre sind die Bestände auseinander gerissen worden. „Ende der 60er Jahre trennte sich die Bibliothek schließlich vom größten Teil der bis 1945 erschienenen Literatur.“ Viele wertvolle Bücher sind als „Allliteratur“ gegen konvertierbare Devisen nach Westeuropa verkauft worden.

sich die Universität verpflichten, im Rahmen ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Betriebswirte sowie Handels- und Gewerbelehrer in dem vor dem Zweiten Weltkrieg an der Wirtschafts-Hochschule üblichen Umfang auszubilden [...] und alle Kosten für die Instandhaltung des Hochschulgebäudes zu übernehmen. Im Falle der Einstellung der Handels- und Gewerbelehrausbildung durch die Universität konnte der Vertrag vom Magistrat gekündigt werden, der sich vorbehält, dann die Wirtschafts-Hochschule wieder zu aktivieren.“⁵⁸

Fazit: Die vormals selbständige Berliner Wirtschaftshochschule (in der treuhänderischen Trägerschaft des Berliner Magistrats) und das (aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät herausgelöste) Institut für Wirtschaftswissenschaften der Berliner Universität (in der Trägerschaft der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung) sind am 5. August 1946 zur (eigenständigen) Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zusammengefügt worden, die die Schrittmacherfunktion einer Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät hatte.⁵⁹ Diese Maßnahme ist am 20. September 1946 von Wandel genehmigt worden, „vorbehaltlich der Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration“.⁶⁰ Die Notwendigkeit der Fusion ergab sich aus den Kriegszerstörungen, wobei allerdings „die herkömmliche Organisationsstruktur der deutschen Universitäten auf den Kopf gestellt“ worden ist. „Die 1946 gegründete Fakultät war also eine Fortsetzung der Wirtschafts-Hochschule unter Einbeziehung des volkswirtschaftlichen Unterrichts der Universität“ (Zschaler 1997, S. 66). „Traditionell hatte die Volkswirtschaftslehre die universitäre „Wirtschaftswissenschaft“ in Deutschland bestimmt, welche Unterabteilungen in Philosophischen oder Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultäten bildeten“ (Ausgenommen: die Universitäten

58 Zschaler 1997, S. 64 f. In der Akte Landesarchiv Berlin C Rep 120, Nr. 80 befinden sich mehrere Vertragsentwürfe. – Spätestens mit der Spaltung der einheitlichen Berliner Stadtverwaltung am 30. November 1948 ist das genannte „Druckmittel“ entfallen! – Vgl. dazu Zschaler 1986, a.a.O., S. 313.

59 Vgl. dazu neuerdings Hesse, Jan-Otmar und Rischbieter, Laura Julia: Die Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin nach 1945. In: Tenorth, Heinz-Elmar (Hrsg.): Geschichte der Universität Unter den Linden, Band 6, Berlin 2012, S. 255 – 275, hier Seite 255 und die dort genannte Literatur. Details zur Fusion finden sich bei Zschaler 1997 und im Akt LA Berlin C Rep. 120 Nr. 80, Übernahme der Aufgaben der ehemaligen Wirtschaftshochschule durch die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität (1945 – 1947).

60 Hansen, a.a.O, S. 86 f.

in Köln und Frankfurt, die aus Handelshochschulen hervorgegangen sind).⁶¹

Für diesen Zusammenschluss soll sich auch Fuchs eingesetzt haben.⁶² „Die festliche Eröffnung erfolgte am 14. Oktober 1946 im Haus der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung [...]. 941 Studenten bzw. Gasthörer und Teilnehmer von Lehrgängen schrieben sich an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein. Der Studiengang dauerte sechs Semester. Vertreten waren unter anderem die Disziplinen Volkswirtschaft, Statistik, Betriebswirtschaft, Berufspädagogik, Geographie und Wirtschaftsgeschichte. Neben Volks- und Betriebswirten wurden vor allem Handels- und Gewerbelehrer ausgebildet. Um den Aufbau dieser Studienrichtung erwarb sich Richard Fuchs große Verdienste.“⁶³ Laut Zschaler begannen im Wintersemester 1946/47 nicht 941, sondern 853 Studenten, darunter 53 Handelslehrer (Kursisten), 30 Gewerbelehrer (16 Direktstudenten/14 Kursisten) und 241 Berufspädagogen (Lehrgangsteilnehmer), für die Richard Fuchs allein verantwortlich war.⁶⁴ Die Handelslehrer waren dabei unterteilt in die drei Gruppen: 1. Wirtschaftswissenschaften, 2. Wirtschaftssprachen und 3. Geographie und Technologie, für die alle die Lehrveranstaltungen philosophische Grundlagen der Pädagogik, allgemeine Berufs- und Fachschuldidaktik, Geschichte der Berufserziehung und des beruflichen Bildungswesens im

61 Ähnlich war das (wie in Berlin) zumindest teilweise politisch motivierte Geschehen in Leipzig: Dort ist bereits am 5. Februar 1946 die Eingliederung der zuvor selbständigen Handelshochschule (die ab Juli 1945 den Namen Hochschule für Wirtschaftswissenschaften trug) in die Universität vollzogen worden (wodurch „eine ganze Reihe von Lehrstühlen“ eingespart werden konnten). Vgl. dazu Mantel, a.a.O., S. 511 f.

62 So Professor Hanke in seiner E-Mail vom 30.05.2019.

63 Klein, Humboldt-Universität zu Berlin..., a.a.O., S. 101 f. Zum Geschehen in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in der Zeit zwischen 1945 und 1950 vgl. auch Becker, Susanne: Zum Verhältnis von traditioneller deutscher Wirtschaftswissenschaft und marxistischer Theorie 1945 – 1950. In: Becker, Susanne und Dierking, Heiko: Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR, Köln 1989 (Diss. Bremen), S. 1 – 254, hier S. 31 – 48.

64 Zschaler 1984, S. 65. Mit Kursisten sind vermutlich die Besucher von Vorstudienkursen gemeint, „begabte junge Menschen, vorwiegend im Alter von 17 bis 27 Jahren aus Berlin und der Provinz Brandenburg, die trotz Eignung bisher aus **sozialen, politischen oder rassistischen Gründen** [Hervorh. i. Orig.] eine zum Studium befähigende Vorbildung nicht erwerben konnten“ und bis zur Hochschulreife ausgebildet werden sollten. Die Bewerber mussten sich für ein bestimmtes Studienfach oder Berufsziel entscheiden und waren dann nach bestandener Abschlussprüfung zum Studium dieses Fachs berechtigt. Vgl. Personal- und Vorlesungsverzeichnis Universität Berlin, Wintersemester 1946/47, S. 4.

In- und Ausland, Methodik und Sprachen obligatorisch waren. Dazu kamen betriebswirtschaftliche Disziplinen und die entsprechenden Spezialisierungen.⁶⁵ Laut Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1946/47 waren auch einige volkswirtschaftliche Vorlesungen Pflichtveranstaltungen für Handelslehrer.⁶⁶ „Das Wirken von Richard Fuchs am wirtschaftspädagogischen Institut ebnete den Weg für neue Formen in der Ausbildung von Handels- und Gewerbelehrern.“ „Die ersten Studienpläne [in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät; Anm. d. Verf.] waren von den fachlichen Anforderungen und der zeitlichen Belastung sehr anspruchsvoll. Von seinem Charakter her war das damit vorgelegte Studienkonzept aber ein bürgerliches.“ Die Fakultät „war nichts anderes als die Fortsetzung der Geschichte der Vorgängerinstitutionen im neuen organisatorischen Gewand. Die »Erbmasse« der Wirtschaftshochschule dominierte offensichtlich. Zunächst gab es nur eine Lehrveranstaltung auf der Basis des Marxismus-Leninismus.“⁶⁷ Sogar Lehrbücher aus der Vorkriegszeit sind neu aufgelegt worden, z. B. im Jahr 1947 die „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“ von Konrad Mellerowicz (1891 – 1984) (3 Bände in der *Sammlung Göschen* im Verlag Walter de Gruyter). Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass der Firmensitz dieses Verlages im britischen Sektor lag, ostzonale Dienststellen bezüglich einer Druckgenehmigung also nicht involviert waren.

Doch bereits 1946/47 vollzogen sich Veränderungen in der akademischen Lehre, die damals weitgehend unbeachtet geblieben sind:⁶⁸ „An allen Universitäten und Hochschulen der SBZ wurde auf Anordnung der SMAD eine obligatorische Vorlesungsreihe »Politische und soziale Probleme der Gegenwart« eingeführt, in der die offizielle Auffassung

65 Zschaler 1984, S. 54 f.

66 Personal- und Vorlesungsverzeichnis Universität Berlin, Wintersemester 1946/47, S. 31. (online verfügbar unter <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/419>, Stand 23.1.2020). Personal- und Vorlesungsverzeichnisse gab es im Zeitraum Wintersemester 1946/47 – 1967/68. Nach der III. Hochschulreform der DDR, also zwischen 1969 und 1990, gab es an DDR-Hochschulen und Universitäten keine gedruckten Vorlesungs- und Personalverzeichnisse mehr. „Vermutlich spielten Geheimhaltungsgründe bei der Abschaffung der öffentlichen Personalverzeichnisse ... die entscheidende Rolle“ (vgl. Jessen, a.a.O., S. 494 f. Fußnote 5).

67 Zschaler 1984, S. 62, S. 55, S. 81 und S. 56.

68 „Etablierung der marxistisch-leninistischen Wirtschaftswissenschaften“; die Jahre 1946/47 kennzeichnet Zschaler als "evolutionäre Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften". Vgl. Zschaler 1984, a.a.O., S. 84 und Zschaler 1986, a.a.O., S. 314.

der Besatzungsmacht und der SED-Führung über die Ursachen des Krieges und die zukünftige Entwicklung Deutschlands von politischen Funktionären oder ihnen nahe stehenden Hochschullehrern verbreitet wurde. Laut Zschalers Dissertation argumentierte Jürgen Kuczynski (1904 – 1997) auf die Frage, ob ein Universitätslehrer Propaganda treiben sollte, so: „Niemand darf es wagen, vor junge Menschen zu treten und zu erklären: ich lehre Volkswirtschaft, aber ich bin nicht bereit zu sagen, welchen von verschiedenen denkbaren Wegen man heute in Deutschland gehen soll, ich weigere mich, wertend zu entscheiden, wie es zu dem gekommen ist, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Ich tadle nicht, ich lobe nicht, ich sage nicht, wer uns geschadet und wer uns genützt hat ... Ich bin objektiv ... Auf die Katheder unserer Universitäten aber gehören Professoren, Bekenner eines demokratischen Deutschland...“⁶⁹ Und schon bald ging es – zumindest in den Gesellschaftswissenschaften – zu häufig statt um *Erkenntnisse* vor allem um *Bekanntnisse* (zum Marxismus-Leninismus). „Außerdem entwickelte sich schon zu dieser Zeit eine Theoriefeindlichkeit gegenüber der volks- und betriebswirtschaftlichen Forschung. Obwohl Forderungen, »einseitiges Spezialistentum« zu überwinden und eine »lebendige Verbindung zur Praxis« zu entwickeln, ursprünglich aus der wirtschaftlichen Not der Nachkriegszeit resultierten und auf ein stärkeres Engagement der Fakultät für den Wiederaufbau abzielten, verselbständigten sie sich im Laufe der Zeit und führten zu einem Imageverlust theoretisch arbeitender Wissenschaftler“ (Zschaler 1997, S. 67). Für Zschaler nahmen bereits vor der Spaltung Berlins ideologische und politische Einflußversuche auf Lehr- und Forschungsinhalte zu und erschwerten die Aufrechterhaltung der Autonomie der Fakultät. „Durch die Berufungspolitik der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung wurden die freien Lehrstühle ab Anfang 1948 vorrangig an Wissenschaftler

69 Zschaler 1984, S. 86. In seiner Dissertation ist Zschaler noch der Ansicht: „Erschwerend für die ideologische Aufklärung der jungen Generation an den Universitäten war auch, daß viele bürgerliche Professoren trotz der schrecklichen persönlichen Erfahrungen, die Gelehrte mit der faschistischen Diktatur machen mußten, die Position des «Nur-Wissenschaftlers» einnehmen zu können glaubten“ (S. 85 f.).– Kuczynski verwarf also entschieden das von Max Weber (1864 – 1920) aufgestellte Prinzip der Abgrenzung von Sachaussagen und Werturteilen (Prinzip der Werturteilsfreiheit). Für Georg Schmelzer war Weber allerdings „einer der bedeutendsten bürgerlichen Gesellschaftstheoretiker“, „sein Werk (*Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. In: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Band 1, Tübingen, 1920) ist eins der wirkungsmächtigsten im 20. Jahrhundert“ (Schmelzer 1989, S. 39).

vergeben, die einen marxistischen Ansatz verfolgten. [...] Im Unterschied zu den anderen Universitäten in der SBZ ermöglichte es der Vier-Mächte-Status von Berlin der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, bis Ende 1948 eine relative Pluralität in Lehre und Forschung zu gewährleisten“ (Zschaler 1997, S. 67). Laut Hesse/Rischbieter „handelte es sich beim personellen Umbau der Fakultät um eine durchaus macht-bewusst geplante und keineswegs basisdemokratisch durchgesetzte Strategie der universitären Parteiinstitutionen, die von den marxistischen Professoren betrieben wurde“.⁷⁰ Eine wichtige Rolle kam dabei dem deutsch-englischen Marxisten Joseph Winternitz (1896 – 1952) zu, der Anfang 1949 auf den Lehrstuhl *Politische Ökonomie* berufen und ein Jahr später zum Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gewählt worden ist.⁷¹ Er betrieb aktiv die personelle Umgestaltung der Fakultät und nahm starken Einfluss auf den Inhalt der neuen Studienordnung.⁷² Wegen der Erkrankung seiner Frau ist er bereits 1951 nach London zurückgekehrt. Das Institut für Politische Ökonomie ist nun von Robert Naumann (1899 – 1978) übernommen worden, der aufgrund seiner dogmatischen Strenge der Fakultät den Ruf der „Roten Fakultät“ eingebracht hat. Für das ideologische Profil der Fakultät wichtig war sein Mitte 1953 im ersten Heft der Zeitschrift *Wirtschaftswissenschaft* veröffentlichter Aufsatz „J. W. Stalin als Ökonom“.⁷³ Die Zeitschrift, die

70 Hesse/Rischbieter, a.a.O., S. 261.

71 Gabriele Dittmann zeichnet den Weg nach, auf dem die Politische Ökonomie des Sozialismus in die SBZ- und DDR-Hochschulen eingeführt worden ist: Zur institutionellen Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR im Zeitraum von 1945 bis 1950. In: *Wirtschaftswissenschaft*, 32. Jg., Berlin (Ost) 1984, S. 1183 – 1197. Zu diesem erhellenden Aufsatz gibt es zwei Ergänzungen: Dieselbe: Zur institutionellen Formierung der politischen Ökonomie des Sozialismus in der sozialistischen Etappe des revolutionären Umwandlungsprozesses in der DDR bis Mitte der 50er Jahre. In: *Wirtschaftswissenschaft*, 33. Jg., 1985, S. 379 – 392 und dieselbe: Zum Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Stellung im System der Wirtschaftswissenschaften – Entwicklung der Auffassungen in der DDR-Literatur in den fünfziger Jahren, *Wirtschaftswissenschaft*, 34. Jg., 1986, S. 1348 – 1362.

72 Vgl. 1945 – 1989: Die wirtschaftswissenschaftliche Sektion zur Zeit der DDR, II. Hochschulreform 1951, online abrufbar unter <http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/> (Stand 17.10.2022).

73 In: *Wirtschaftswissenschaft*, 1. Jg., Heft 1, Berlin [Ost] Juli/August 1953, S. 4 – 20. Im Folgeheft wurde Naumanns Aufsatz vom Redaktionskollegium als „keineswegs frei von [...] Mängel“ beurteilt. Der historisch angelegte Aufsatz konnte nicht die Forderung der Redaktion erfüllen „Thesen selbst zu erklären, mit eigenen exakten Formulierungen zu begründen und im Kampf gegen unwissenschaftliche Auffassungen allseitig zu sichern“.

zur wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift der DDR wurde, sah es als ihre „erste Pflicht“ an „die ökonomischen Lehren von Marx und Engels, von Lenin und Stalin zu erläutern und auf dieser Grundlage selbständige schöpferische Forschungsarbeit zu leisten“ und wollte sich „ganz in den Dienst [ihres] großen nationalen Zieles, der Erringung der Einheit Deutschlands“ stellen. Dabei sollte ein hartnäckiger Feldzug gegen das formale Lehren und Forschen geführt werden und statt schablonenhafter Wiederholung von Lehrsätzen sollte selbständig schöpferisch gearbeitet werden.⁷⁴

Mit der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und aus Protest gegen die wirtschafts- und ordnungspolitischen Entscheidungen der Staatsmacht verließen bereits im Winter 1948/49 etliche Professoren die Fakultät. Im Zusammenhang mit der vom Ministerium für Volksbildung erlassenen „Studienordnung für das wirtschaftswissenschaftliche Studium“ vom 20. Mai 1950 (maschinenschriftlich, 15 Seiten incl. Zwischenprüfungs-Ordnung und Diplom-Prüfungsordnung)⁷⁵ spricht Zschaler dann von einer „Vertreibung“ von Hochschullehrern, die nunmehr keine Chancen für eine weitere unabhängige Lehre und Forschung an der Humboldt-Universität gesehen haben.⁷⁶ 13 Jahre vorher meinte Zschaler noch: „Gegen Ende 1948 und im Verlaufe des Jahres 1949 zogen es bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler – in Unverständnis der gesellschaftlichen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone – vor, ihrer Lehr- und Forschungsstätte den Rücken zu kehren und nach Westberlin und Westdeutschland zu übersiedeln. Ungeachtet dessen stellten andere, z. B. der Wirtschaftspädagoge Richard Fuchs, ihr ganzes Können der weiteren Gestaltung der Gesellschaft zur Verfügung.“⁷⁷

Vgl. [Das Redaktionskollegium]: Über den neuen Kurs unserer Regierung und einige vordringliche Aufgaben der Wirtschaftswissenschaftler. In: Die Wirtschaftswissenschaft, 1. Jg., Heft 2, Berlin [Ost] September/Oktober 1953, S. 105 – [113], hier S. 111. In diesem Artikel werden alle Wirtschaftswissenschaftler der DDR stark ins Kreuzfeuer genommen und bisweilen direkt angegangen.

74 [Das Redaktionskollegium]: Unsere Aufgabe. In: Wirtschaftswissenschaft, 1. Jg., Heft 1, Berlin [Ost] Juli/August 1953, S. [1] – 3, hier S. 1 und 2 und „Über den neuen Kurs...“, a.a.O., S. 111.

75 Bundesarchiv, BArch DR 2/1257, Blatt 214 – 221 (Online-Ressource).

76 Zschaler 1997, S. 68 und S. 70.

77 Zschaler 1984, S. 133.

Auf die hier sichtbar werdende „Kursnahme auf Staatssozialismus und Planökonomie“ blickt Günter Krause⁷⁸, der langjährige Professor für die Geschichte der politischen Ökonomie an der HU Berlin, 1998 wie folgt zurück: Die nach 1945 zunächst noch mit „unterschiedlichen Theorieansätzen und Denktraditionen präsente Wirtschaftstheorie“ habe sich „in eine ideologisch uniformierte Disziplin“ verwandelt. Die Wirtschaftswissenschaft sei „ohne jede Einschränkung auf den Marxismus-Leninismus und seine Politische Ökonomie“ festgelegt worden. „Der bereits 1948 begonnene Prozeß verstärkter »Auseinandersetzung« mit nichtmarxistischen Forschungsprogrammen führte fortan unter der Losung »Für Parteilichkeit in der Wissenschaft« zur kategorischen Abgrenzung gegenüber der »bürgerlichen« Ökonomie und zur Verankerung der ökonomischen Lehren des Marxismus-Leninismus an den Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen der DDR. Als Kardinalgedanke galt, daß die beim »Aufbau des Sozialismus« anfallenden wirtschaftlichen Aufgaben »nicht mit Hilfe der alten monopolkapitalistischen Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Handelslehre, Statistik, Buchhaltung usw. gelöst werden können«. Schließlich ginge es »nicht schlechthin um eine quantitative Verbreiterung akademisch ausgebildeter Wirtschaftskader«, sondern »um die Heranbildung von Kadern eindeutig marxistischer Prägung.« »Parteinahme, Parteilichkeit der Wissenschaft für den Fortschritt, für das Leben, für die Zukunft unseres eigenen Volkes« waren hinfort eine »unabdingbare Forderung« an jeden Wirtschaftstheoretiker. Dem »betrügenden Objektivismus« aller »bürgerlichen« Ökonomie (Kuczynski) ist der Kampf angesagt worden. Und [der 1936 in Leipzig promovierte Volkswirt (und Kommunist) Fritz] Behrens [1909 – 1980]⁷⁹ hat gefordert, dass sich DDR-Ökonomen »von den kapitalistischen Fesseln des Bewußtseins freimachen, daß sie einen unversöhnlichen Kampf gegen den bürgerlichen Objektivismus« führen und Partei nehmen für den Sozialismus und die

78 Vgl. Krause, Günter: *Wirtschaftstheorie in der DDR*, Marburg 1998, zunächst S. 95 ff. und die dort zitierte Literatur.

79 Zur Person vgl. Müller, Eva, Neuhaus, Manfred & Tesch, Joachim (Hrsg.): »Ich habe einige Dogmen angetastet...«. *Werk und Wirken von Fritz Behrens (= Beiträge des Vierten Walter-Markov-Kolloquiums)*, Leipzig 1999 (Rosa-Luxemburg-Stiftung-Sachsen; 158 Seiten). Er wird von Helmut Steiner (ebenda, S. [13] – 32, hier S. 17) als „intellektueller Pionier des gesellschaftlichen Neubeginns“ bezeichnet: „Er war Teilnehmer, Akteur und auch Objekt einer großen gesellschaftlichen und intellektuellen Bewegung“. Seine im Februar 1947 in Leipzig verteidigte Habilitationsschrift hat den Titel *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie: Eine theoretische und statistische Studie über die produktive Arbeit im Kapitalismus*, Berlin [Ost] 1948 (216 Seiten).

»Sache der Arbeiterklasse«. Für Krause war daher klar, dass die meisten Vertreter der tradierten Wirtschaftswissenschaften die DDR im Zeitraum 1949 bis 1951 in Richtung Bundesrepublik verlassen haben. Die marxistische Wirtschaftstheorie habe das »Erkenntnis-, Definitions- und Erklärungsmonopol« erlangt. „Konkurrierende Forschungsprogramme galten als eliminiert. Ein von unterschiedlichen Denktraditionen ausgehender Diskurs war damit im Osten Deutschlands unmöglich geworden.“

Zur Dramatik des Winters 1949/50 –

Oder: Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften an der HUB werden „liquidiert“⁸⁰

Die *Studienordnung* von 1950 war die Reaktion des Ministeriums für Volksbildung auf ihre eigene Einschätzung, dass „die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, die die Aufgabe gehabt hätte, die Bedürfnisse der Wirtschaft der DDR und ihrer Hauptstadt nach geeigneten Spezialisten zu befriedigen, nicht in der Lage war, diese gesellschaftlichen Anforderungen zu erfüllen“.⁸¹ Aus diesem Grunde wurde in der neuen Studienordnung, die im Übrigen nicht nur für die HU Berlin galt, sondern landesweit, die Ausbildung von „leitenden Wirtschaftsfunktionären (Diplom-Wirtschaftlern)“ für die Deutsche Demokratische Republik [nach „verbindlichem“ Studienplan, der der Studienordnung als dritte Anlage beigegeben war]⁸² und die wirtschaftswissenschaftliche Fachausbildung von

80 Zum hier dargelegten Sachverhalt vgl. zunächst Schneider, Jürgen: „Marxistisch-leninistische Wirtschaftswissenschaften“ nach sowjetischem Modell an den Hochschulen der SBZ/DDR: Legitimation und Propaganda für die Parteitage der SED. In: Gerhard, Hans-Jürgen [Hrsg.]: Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Band 2, Stuttgart 1997, S. 214 – 257. Darin: „II: Die Liquidation der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin“ (S. 217 – 228, im Folgenden zitiert als Schneider 1997); dieser Festschriften-Beitrag präsentiert die Aufsatzliteratur aus der Frühzeit der DDR, die gemäß dem Willen der SED-Führung das „Ende“ der „alten“, der „bürgerlichen“ (d. h. der nicht-marxistischen) Betriebswirtschaftslehre herbei führte, sowie Pieper, Rüdiger: Rekonstruktion der Geschichte der BWL in der DDR [Arbeitspapier / (FU-) Institut für Unternehmensführung, Nr. 61]], Berlin [West] 1987 (35 Seiten).

81 Zschaler 1984, S. 146.

82 Die „bürgerliche“ Betriebswirtschaftslehre und die „bürgerliche Volkswirtschaftslehre blieben unerwähnt, wodurch die Hörerzahlen dieser Fächer gegen null gedrückt worden sein dürften! Die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften wären folglich kurzfristig und geräuschlos aus den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen verschwunden. Doch die SED-Führung wollte einen Show-down, also deren weithin sichtbare endgültige Niederlage: Sie lies ihnen von systemtreuen Ökonomen den Status von Wissenschaften

Lehrern für einen Teil der berufsbildenden Schulen [diese (noch) „nach eigenem Studienplan“!] als neue Zielstellung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums vorgegeben. „Die Regelstudienzeit wurde um eines auf sieben Semester verlängert, indem ein 1/2 Jahr Praktikum nach Ablegung der Universitätsabschlussprüfung, unter Aufsicht und Leitung der Fakultät hinzugefügt wurde. Zwischenprüfungen sollten nach dem zweiten und dem vierten Semester, die Universitätsabschlußprüfung nach dem sechsten Semester erfolgen. Die traditionellen Studiengänge Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre wurden damit zu einem einheitlichen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang zusammengefaßt“ (→ „Politische Ökonomie“; d. Verf.).⁸³ Allerdings lag nun die Frage in der Luft, in welcher Beziehung die „alte“ (bürgerliche) Betriebswirtschaftslehre und die „neue“ (marxistische) Politökonomie zu einander stehen. Der bereits erwähnte Betriebswirt Konrad Mellerowicz, er war seinerzeit Direktor des *Instituts für Industriewirtschaft*, hat diese Frage in einem Betrag zur Deutschen Finanzwirtschaft [Zeitschrift für Etat-, Kredit- und Preisfragen, 3. Jg. (1949), Nr. 15, S. 519 – 527] aufgegriffen. Dabei führte er u. a. aus, dass es „wesenswidrig [sei], aus doktrinären Gründen die Betriebswirtschaftslehre weltanschaulich oder politisch ausrichten zu wollen. Das Ergebnis könnte nur die Zerstörung und der spätere Wiederaufbau dieser für den Erfolg der Wirtschaftsführung so wichtigen Wissenschaft sein. [...] Als Quintessenz unserer Ausführungen ergibt sich daher, daß es wohl eine Analyse des Produktionsprozesses im Betriebe vom Standpunkt der politischen Ökonomie aus geben kann, nämlich um gesellschaftliche Verhältnisse aufzudecken, und daß es eine Analyse des Produktionsprozesses vom Standpunkt der Betriebswirtschaftslehre geben kann, nämlich um die Aufwands- und

absprechen und verließ der Ideologie der Besatzungsmacht zumindest in den Gesellschaftswissenschaften nicht nur die Deutungshoheit, sondern das uneingeschränkte Deutungs- und Erklärungsmonopol.

83 Zschaler 1997, S. 69. – Ab 1950 ging es überwiegend darum „die Ergebnisse der Sowjetwissenschaft zu vermitteln“; die Betriebswirtschaftslehre ist ausschließlich kapitalistisch angesehen worden. Rückblickend (1965) ist hervorgehoben worden, dass den Volks- und Betriebswirten (in den hier in Rede stehenden Jahren) die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung höher [stand] als das humanistische Anliegen der Wissenschaft.“ Vgl. hierzu Pieper, Rüdiger: Rekonstruktion der Geschichte von Betriebswirtschaftslehre und Leitungswissenschaft in der DDR. In: Derselbe (Hrsg.): Westliches Management – östliche Leitung. Ein Vergleich von Managementlehre und DDR-Leitungswissenschaft, Berlin / New York 1989, S. 79 – 124 (im Folgenden zitiert als Pieper 1989), hier S. 85.

Ertragsverhältnisse zu überwachen, ferner: daß es liberale und sozialistische Betriebswirte geben kann, aber, daß es eines nicht geben kann: eine Betriebswirtschaftslehre auf der Grundlage der politischen Ökonomie, da beide ganz disparaten Sphären angehören, sondern daß es nur geben kann: eine Betriebswirtschaftslehre auf Grund von Tatsachen und Zahlen des Einzelbetriebes und der jeweils neuesten Ergebnisse technischer und betriebswirtschaftlicher Forschung“ (S. 527).⁸⁴

Was ist zuvor geschehen? Zschaler beschreibt dies in seiner linientreuen Dissertation folgendermaßen⁸⁵: 1949 hat die Hochschulgruppe der SED „im Bündnis mit den Vertretern der Massenorganisationen die Führung des weiteren Umgestaltungsprozesses der Universität [übernommen], in dem fortschrittliche Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten bedeutenden Platz gewannen.“ (S. 135) Bei der „Weiterführung der revolutionären Umgestaltung von Lehre, Forschung und Erziehung“ spielten die kommunistischen Kräfte in der SED, der FDJ und den Gewerkschaften eine große Rolle. Die Monopolorganisation FDJ kritisierte in einem Wandzeitungsartikel die Vorlesungen von Konrad Mellerowicz als praxisfern (S. 145 f). In einer Aktennotiz des FDGB-Bundesvorstand, Kultur und Erziehung, Ernst Müller (1894 – 1979), vom 25.11.1949, „Vorlesung des Professors Mellerowitsch über Planwirtschaft“ betreffend, heißt es: „[Ich] bin der Auffassung, daß es unmöglich ist, unseren wissenschaftlichen Nachwuchs solchen falschen Theorien auszusetzen, wie sie Prof. Mellerowitsch bietet. Außerdem bin ich der Meinung, daß es höchste Zeit ist, daß unsere Parteigruppe und FDJ-Gruppe aktiveren Einfluß auf die Art und Weise der Vorlesungen solcher Professoren, wie sie Mellerowitsch verkörpert, nehmen, und eine größere Aktivität an den Tag legen.“⁸⁶ Was zu jener Zeit geschah, schildert Schneider⁸⁷: „Der Angriff auf Konrad Mellerowicz wurde vom SED-Funktionär Dr. Wolfgang Berger (1921 – 1994) mit einem Beitrag »Karl Marx als Kritiker der modernen Betriebswirtschaftslehre« eröffnet.“⁸⁸ Nach Berger steht

84 Bereits vier Monate nach seiner Flucht nach Westberlin ist Mellerowicz auf das Thema zurückgekommen: Wirtschaftsordnung und Betriebsordnung. Das Problem in historischer Betrachtung. In: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 20. Jg., Wiesbaden 1950, S. 321 – 331 und Wirtschaftsordnung und Betriebsordnung. Das Problem in theoretischer Betrachtung, ebenda, S. 497 – 509.

85 Vgl. Zschaler 1984, a.a.O.

86 HU UA, PA – nach 1945: Mellerowicz, Konrad, Band 4, Blatt 60 f.

87 Schneider 1997, a.a.O., S. 222

88 Deutsche Finanzwirtschaft, Zeitschrift für Etat-, Kredit- und Preisfragen, 3. Jg.

die Lehre von den Produktionsfaktoren (Adam Smith) und die Grenznutzentheorie im Widerspruch zur Arbeitswerttheorie von Karl Marx. Berger resümiert: »Aus diesem Tatbestand ergibt sich, daß es notwendig ist, der Betriebswirtschaftslehre eine neue theoretische Grundlage zu geben oder besser noch die Betriebswirtschaftslehre als den Teil in die Theorie der politischen Ökonomie aufzunehmen, der im Besonderen der Analyse des innerbetrieblichen Produktionskreislaufes und seiner quantitativen Erfassung gewidmet ist. Daher ist es für die fortschrittlichen Betriebswirtschaftler erforderlich, sich die Theorien von Marx [...] anzueignen. Dann werden wir auch in der Lage sein, in kürzester Zeit ein Rechnungswesen zu organisieren, das den gewachsenen Aufgaben genügt.«⁸⁹

Am „Kesseltreiben“ gegen Mellerowicz,⁹⁰ der „in aller Stille seinen Abgang in die BRD vorbereitet haben soll“, haben nach den Feststellungen des Bamberger Wirtschaftshistorikers Jürgen Schneider auch Alfred Lemnitz (1905 – 1994), der von 1948 bis 1953 Lehrstuhlleiter an der Parteihochschule der SED war, und der oben bereits erwähnte Fakultätskollege Josef Winternitz teilgenommen. Letzterer führt in seinem Beitrag zur Deutschen Finanzwirtschaft⁹¹ aus, dass sich die Betriebswirtschaftslehre „wie jede andere Disziplin, die Anspruch auf objektive Geltung erhebt, nach der Wahrheit ausrichten“ müsse: „Der Wahrheit aber dient man nicht, wenn man die grundlegenden Tatsachen unserer Zeit, den Gegensatz der Klassen, den Kampf zwischen den verschiedenen Wirtschaftssystemen ignoriert, der Parteinahme in diesem Kampf ausweicht oder vielmehr die Parteinahme für die Vergangenheit gegen

Nr. 10, 1. Oktoberheft 1949, Berlin [Ost], S. [249] – 253. In der zweiten Jahreshälfte 1948 ändert die Zeitschrift ihre Ausrichtung: Sie diene hinfort der Durchsetzung des Marxismus-Leninismus. Zur Charakteristik der erstmals 1947 erschienenen Zeitschrift vgl. Krause, Günter: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S. 30 f.

89 Schneider 1997, a.a.O., S. 222

90 Es endete am 17. Februar 1950 mit dem Einreichen seiner Kündigung zum 31. März 1950 „um einem anderweitigen Ruf folgen zu können“ und seiner umgehenden Flucht in die Westsektoren der Stadt, wo an der Technischen Universität sofort ein Lehrstuhl für ihn eingerichtet worden ist. Vgl. HU UA, PA – nach 1945: Mellerowicz, Konrad, Band 3, Blatt 16 und zur Flucht insbesondere Mantel, a.a.O., S. 510 Fußnote 323: Seine Verhaftung sollte um 17:00 Uhr erfolgen. Mellerowicz hatte morgens noch eine Vorlesung gehalten. Um 12:00 Uhr ist er mit der S-Bahn in den Westen gefahren.

91 Unsere Antwort an Prof. Dr. Mellerowicz zur Kritik der betriebswirtschaftlichen Metaphysik. In: Deutsche Finanzwirtschaft. Zeitschrift für Etat-, Kredit- und Preisfragen, 4. Jg., Heft 2 (1950), S. 52 – 57

die Zukunft mit einem falschen »Objektivismus« verdeckt. Die Betriebswirtschaftslehre wird ihr Lebensrecht erweisen, wenn sie ihre speziellen Untersuchungen auf der wirtschaftlichen Erkenntnis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung basiert, vor den entscheidenden Tatsachen unserer Zeit des Übergangs die Augen nicht verschließt und als eine praktische Disziplin bei der planmäßigen Umgestaltung unserer Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Gesellschaft mithilft“ (Winternitz, a.a.O., S. 57).

„Heißt das nun, daß wir keine Betriebswirtschaftslehre gebrauchen? Heißt das, daß wir in unseren volkseigenen Betrieben mit der politischen Ökonomie auskommen? Nein – keineswegs! Das heißt, daß wir eine Lehre vom volkseigenen Betrieb brauchen! Das heißt, daß wir eine Lehre von der Organisation, von der Technik der volkseigenen Betriebe und ihres Rechnungswesens brauchen! Diese Lehre ist nicht losgelöst vom gesellschaftlichen Zusammenhang und daher Teil der politischen Ökonomie. [...] Diese Lehre vom volkseigenen Betrieb kann daher auch keine, und zwar auch keine »gute« – bürgerliche Betriebswirtschaftslehre sein, weil jede bürgerliche Betriebswirtschaftslehre nicht nur schlecht, sondern falsch ist. Diese Lehre vom volkseigenen Betrieb gilt es zu entwickeln. Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben, aber auch die Notwendigkeit hierfür ist vorhanden.“⁹²

Für Zschaler (1986, S. 314) war Mitte des Jahres 1950 die „bürgerliche Etappe in der Fakultätsgeschichte“ beendet. Doch die von Behrens für notwendig erachtete „neue“ (marxistische) Betriebswirtschaftslehre wurde bereits in Leipzig vorbereitet. Dort wurde z. B. Curt Teichmann (1919 – 1993) 1950 mit dem Thema *Die Veränderung des Wesens der Betriebswirtschaftslehre in der sozialistischen Planwirtschaft* promoviert (1950; maschinenschriftlich, 147 Seiten). Nach der Habilitation mit dem Thema *Zur Ökonomik des Binnenhandels* 1952 (veröffentlicht in Berlin [Ost] 1953 in der Reihe *Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen*, Band 5, 132 Seiten) war er von 1952 bis 1957 Professor mit vollem Lehrauftrag für Binnenhandelsökonomie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig. Hier deutet sich bereits die Struktur der ostdeutschen Wirtschaftswissenschaft an, die nach Rüdiger Pieper (1957 – 1993) in den 1950er Jahren wie folgt aussah:⁹³

92 Behrens, Friedrich: Ist die Betriebswirtschaftslehre eine Wissenschaft? In: Deutsche Finanzwirtschaft, 4. Jg., Heft 2, Berlin [Ost]. 1950, S. 57 – 64, hier: S. 64.

93 Pieper 1989, a.a.O., S. 88.

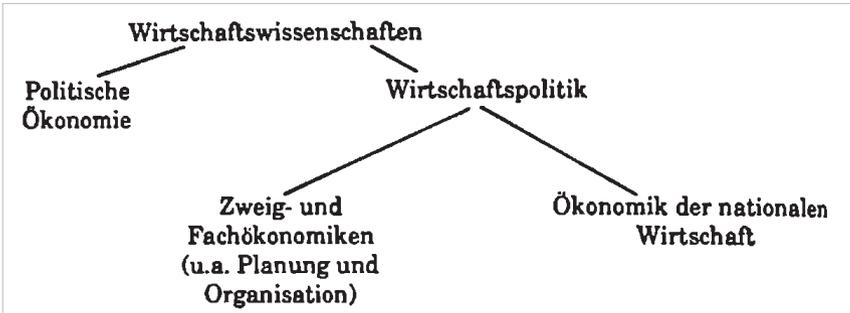


Abb. 5: Struktur der ostdeutschen Wirtschaftswissenschaften in den 1950er Jahren

In Berlin ist der „Neuanfang“ – so lautete die Bezeichnung – mit dem gelernten Autoverkäufer Hans Arnold (1920 in Leipzig geboren) gemacht worden.⁹⁴ Er hat von 1946 bis 1948 in Leipzig studiert (Diplom-Betriebswirt) und ist von Professor Johannes Schmidt⁹⁵ am 4. November 1950 in Leipzig promoviert worden.⁹⁶ Seit dem Frühjahr 1953 hat er an der HUB das neue Institut für Industrieökonomik geleitet,⁹⁷ das

94 Eine Kurzbiographie zu Hans Arnold findet sich auf <http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/>, Stand 17.10.2022.

95 Geboren am 19.05.1921 in Plauen, Studium SS 1942– WS 1944/45 an der Handels-Hochschule Leipzig; 28.03.1945 Diplom-Kaufmann; 01.08.44 – April 1945 Hilfsassistent, danach wissenschaftlicher Assistent bei Professor Wilhelm Hasenack; Dissertation: Der Firmenwert – eine betriebswirtschaftliche Untersuchung [Leipzig 1947, 265 Seiten maschinenschriftlich; Betreuer waren der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Prof. Dr. rer. pol. et phil. Friedrich Lütge (1901 – 1968) und der Ökonom und Buchhandelsexperte Gerhard Menz (1885 – 1954)]; nach der Übersiedlung Hasenacks 1948 nach Westdeutschland mit der kommissarischen Leitung des Steuerinstituts beauftragt; Habilitation: Wirtschaftliche Rechnungsführung und -Besteuerung – Ein Beitrag zur Besteuerung volkseigener Betriebe, Leipzig 1952 (Dr. rer. pol. habil.); Nach der Schließung des Steuer-Instituts (1950) 1952 Berufung zum Professor mit vollem Lehrauftrag für Industrieökonomik; 1957 Berufung zum Professor mit Lehrstuhl für Industrieökonomik; 1969 Berufung zum Ordentlichen Professor für sozialistische Betriebswirtschaft; 1.1.1984 Emeritierung (aus Gesundheitsgründen). Vgl. Fenzlau, Gerhard und Reuß, Paul: Johannes Schmidt – Ein Berufsleben für die Betriebswirtschaft und letzter Repräsentant des Leipziger Steuer-Instituts – Zu seinem 70. Geburtstag. In: Deutsche Steuer-Zeitung, Nr. 12, 1991, S. 372 f. Johannes Schmidt ist am 16.10.2005 in Leipzig verstorben.

96 Arnold, Hans: Rentabilität und Rentabilitätsprinzip in der kapitalistischen Produktionsweise. Diss. Leipzig 1950 (142 Blätter, maschinenschriftlich).

97 Vorausgegangen war am 31. Januar 1953 die Arbeitstagung der Industrieökonomien in Dresden, der ein (Grundsatz-) Referat von Fritz Landgraf zugrunde lag. In Anleh-

ab dem WS 1950/51 vom linientreuen, aber „fachlich beschränkt geeigneten“ Dipl.-Hdl. August Stitz⁹⁸ (Professor mit Lehrauftrag) nebst drei Mitarbeitern kommissarisch geführt worden ist.⁹⁹ Zusammen mit Hans Borchert¹⁰⁰ (Halle) und Johannes Schmidt hat er das republikweit genutzte und in mehreren Auflagen erschienene Lehrbuch *Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin, [Ost] 1956 mit 591 Seiten (bis 1961: 867 Seiten) verfasst.

nung daran veröffentlichte Landgraf in der Zeitschrift *Wirtschaftswissenschaft* den Artikel *Die Industrieökonomik als Forschungsdisziplin* (1. Jg., 1953, S. 282 – 294). Es werden hier ganz überwiegend Veröffentlichungen aus der Sowjetunion herangezogen, so dass man wohl sagen kann, dass die stalinistischen Wirtschaftsökonomen dem neuen Fach zugrunde gelegt worden sind. Dem werden sich auch die drei Autoren des späteren DDR-Standard-Lehrbuchs der *Industrieökonomik* nicht haben entziehen können. Dem Aufsatz von Landgraf entnehme ich, dass 1953 noch keine Klarheit über den Forschungsgegenstand „Industrieökonomik“ und seine Stellung in der Wirtschaftswissenschaft herrschte. Landgraf stellt in seinem Aufsatz drei verschiedene Auffassungen vor, die auf der Grundlage von Josef Stalins Werk „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Dietz Verlag, Berlin [Ost] 1952 (5. Auflage, Berlin [Ost] 1954, 96 Seiten, online unter <https://portal.dnb.de/bookviewer/view/102069453X#page/n0/mode/2up>, Stand 21.11.2022) kritisch zu überprüfen seien. – Literaturhinweis: Zum Thema *Betrieb und Wirtschaftsordnung* äußert sich Erich Gutenberg im neunten Kapitel seiner Einführung in die Betriebswirtschaftslehre (Wiesbaden 1958, S. 189 –192). Er nennt auch „weiterführende Literatur“ und unterscheidet „systemindifferente“ und „systembezogene Tatbestände“. „Systembezogen“ ist das „Organprinzip“, das für sozialistische Betriebe gegolten hat. Die Betriebe der DDR waren mithin „lediglich Teilbetriebe, Organe eines übergeordneten, zentral-geleiteten wirtschaftlichen Zusammenhangs“ (S. 190). Als *nicht-autonome* Betriebe bedurften sie der „Leitung“ von außen, so dass mit der Sowjet-Literatur auch die neuentwickelte „Leitungswissenschaft“ Einzug in die DDR gehalten hat.

98 Vgl. 1945 – 1989: Die wirtschaftswissenschaftliche Sektion zur Zeit der DDR, II. Hochschulreform 1951, online abrufbar unter <http://hicks.wiwi.hu-berlin.de/history/> (Stand 17.10.2022). August Stitz wurde 1892 geboren; 1920 Diplom Handelslehrer in Berlin; im Dritten Reich Steuerprüfer. Richard Fuchs hatte bei der Berufung von Stitz Bedenken hinsichtlich dessen Kompetenz geäußert. Vgl. Hesse/Rischbieter, a.a.O., S. 263.

99 Die Zusammenfassung aller betriebswirtschaftlichen Lehrstühle hieß zunächst Institut für Industriebetrieb. Aus dem Fach Rechnungswesen ist das Fach „volkseigenes Rechnungswesen“ und aus dem Fach Buchführung das Fach „volkseigene Buchführung“ geworden.

100 Borchert ist am 16. Juli 1921 geboren und am 1. September 1986 emeritiert worden. Er ist am 23. Dezember 1995 verstorben (Daten des Universitätsarchivs Halle). Dissertation: Die Grundrententheorie von Karl Marx in ihrer Anwendung auf die verschiedenen ökonomischen Formationen, Diss. Halle 1951 (268 Blätter maschinenschriftlich) – auszugsweise in der Wirtschaftlichen Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Nr. 3), 2. Jg. 1952/53, S. 223– 234.

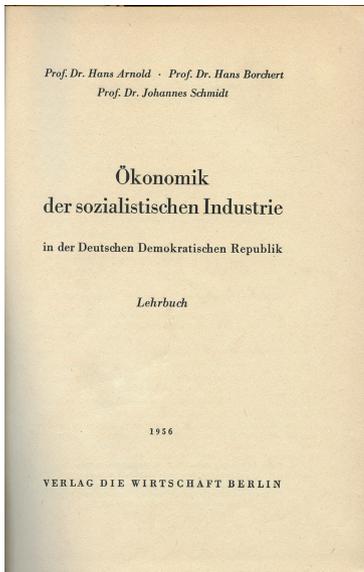


Abb. 6: Titelblatt von Arnolds *Ökonomik der sozialistischen Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik*

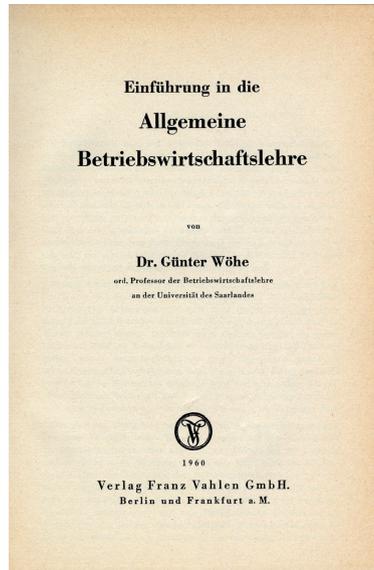


Abb. 7: Titelblatt von Wöhes *Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre (1. Auflage)*

Dessen Ausarbeitung korrespondierte mit der Erstellung von Lehrbriefen für den Lehrstuhl „Ökonomik der Industrie“ an der Parteihochschule „Karl Marx“ des Zentralkomitees der SED und ist so „insbesondere durch das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstützt“ worden. „Es beseitigte alle auftretenden Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch und stand den Verfassern hilfreich zur Seite“ (Vorwort der ersten Auflage, S. XV). Vorausgegangen – und das scheint mir schon wichtig zu sein – ist das Lehrbuch von Solomon E. Kamenizer *Organisation und Planung des sozialistischen Industriebetriebes* [Berlin (Ost) 1954; 504 Seiten; Übersetzung aus dem Russischen]. Mir ist gesagt worden, dass mit dem Buch von Arnold, Borchert und Schmidt den „Standardwerken der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre“ ein Pendant entgegengesetzt werden sollte. Zum Zeitpunkt der Erstauflage war das einflussreichste Nachkriegswerk der Betriebswirtschaftslehre in Westdeutschland das von Erich Gutenberg (1897 – 1984): *Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre* [Band 1: Die Produktion (1951), Band 2: Der Absatz (1955) und Band 3: Die Finanzen (1969)]. Das *umsatzstärkste Standardwerk* der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre wurde dann die 1960 in Berlin und Frankfurt a. M. erstmals erschienene *Einführung*

in die *Allgemeine Betriebswirtschaftslehre* (388 Seiten) von Günter Wöhe (1924 – 2007)¹⁰¹. Als 2013 die von Ulrich Döring besorgte „25. aktualisierte Auflage“ (1018 Seiten) erschienen ist, sind mehr „Wöhe“ verkauft worden, als von allen anderen westdeutschen betriebswirtschaftlichen Lehrbüchern zusammen!¹⁰²

Die Aufgabe des ostdeutschen Standardwerks bestand dem Vorwort zufolge darin, „die grundsätzlichen ökonomischen Probleme der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik zusammenfassend darzustellen.“ Die sozialistische Industrie hatte als stärkster Wirtschaftszweig entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR und war somit „die ökonomische Grundlage der Diktatur des Proletariats“. Die meisten Absolventen der späten 50er und die der 60er Jahre sollen nach ihrem Studium in die volkseigenen Betriebe gegangen sein. – In den Ausgaben vom 13./14. Juli 1985 der Berliner Zeitung (S. 2) und von Neues Deutschland (S. 2, Zitate hieraus) hat das ZK der SED „dem Genossen Prof. Dr. Hans Arnold herzliche Glückwünsche“ zum 65. Geburtstag ausgesprochen und ihm „für sein mehr als drei Jahrzehnte langes erfolgreiches Wirken als Wissenschaftler und Hochschullehrer“ gedankt.

Für die *Studienordnung* von 1950 heben quasi am Vorabend des Wendeherbstes (1989) Duparré und Zschaler (der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der hier benutzten Quelle der SED-Kreisleitung an der Humboldt-Universität angehörte und somit Teil des Unterdrückungsapparates war) hervor, dass sie „vorfristig“ Aufgaben der (II.) Studienreform (gemeint sind die in den Jahren 1951/52 eingetretenen Veränderungen) gelöst habe:¹⁰³ „Im Mittelpunkt der Umgestaltung standen die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums für *alle* Fachrichtungen, der Rahmen des einheitlichen Zehn-Monate-Studienjahres, die Schaffung **verbindlicher** (Hervorhebung vom Verfasser) Studienpläne, in die auch Berufspraktika fest eingebunden waren, die

101 Wöhe war Professor an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

102 Vgl. Giersberg, Georg: Entdeckung des Marketings. Der „Wöhe“ hat nun die 25. Auflage erreicht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.09.2013, Wirtschaft, S. 20. *Der Wöhe* war inzwischen zu *dem* Lehrbuch des Massenfaches BWL an (unschönen) Massenuniversitäten geworden, mit etwa 220.000 BWL-Studenten!

103 Duparré, Marion und Zschaler, Frank: Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Phase der sozialistischen Umgestaltung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Reihe Gesellschaftswissenschaften, 38. Jg., Heft 10, Berlin [Ost] 1989, S. 1073 – 1078, hier S. 1076.

Bildung staatlicher Seminargruppen, obligatorischer Unterricht in der russischen Sprache sowie Veränderungen innerhalb des Leitungssystems. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität trafen die Maßnahmen und Aktivitäten des Staatssekretariats für Hochschulwesen auf besonders günstige Bedingungen und wurden darum schon in kürzester Zeit wirksam. Worin bestanden diese Bedingungen?

Im Zuge der Auseinandersetzung um den bereits erwähnten Studienplan 1950 und der damit verbundenen Dominanz der bürgerlichen Auffassungen hatte sich die marxistische Wirtschaftswissenschaft in dieser Institution bereits etabliert. Durch das Wirken der fortschrittlichen Kräfte war auch politisch-ideologisch ein Charakterwandel der Fakultät vonstatten gegangen.“ Im zeitlichen und inhaltlichen Vorlauf (der Studienreform der Jahre 1951/52) habe „eine gewisse Potenz für den Wandel des Charakters der Fakultät von einer 1950 noch als bürgerlich zu charakterisierenden zu einer der fortschrittlichsten der Berliner Universität“ gelegen.

An anderer Stelle heißt es, dass sich mit der Reform des Hochschulwesens eine Veränderung der Studentenschaft angebahnt habe: „Die Studenten wurden nach festgesetzten Kriterien unter den Bewerbern ausgesucht und waren nach der Immatrikulation an den verbindlichen Studienplan gebunden. Dem Jugendverband wurde im Zusammenhang mit der Neuorganisation große Bedeutung beigemessen. Seit der Zulassung der Freien Deutschen Jugend an der Humboldt-Universität zu Berlin hatten sich die Jugendkollektive an der Universität und namentlich an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät etabliert. Die Jugendorganisation wurde unter der Losung »Stürmt die Festung Wissenschaft« von Anfang an zum Mitstreiter für die Ziele der II. Hochschulreform. Nachdem sich die an der Fakultät initiierten Studiengruppen als wirkungsvolle Studienform bewährt und gefestigt hatten, wurde diese 1951 nach Fachschaften gegliedert und zu staatlichen Seminargruppen umgebildet.¹⁰⁴ Die Organisation dieser Seminargruppen lag in den Händen der FDJ und schon im November 1951 konnte der damalige Dekan der

104 Vgl. Anweisung Nr. 26 des Staatssekretariats für Hochschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik betr. Bildung und Aufgaben der Seminargruppen (6. September 1952). Abgedruckt in Quell, Hans-Martin: Die „sozialistische“ Hochschule. Aspekte des Hochschulwesens der SBZ (hrsg. vom Verband Deutscher Studentenschaften), Berlin [West] o. J. (1964), S. 39 f.

Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Jürgen Kuczynski, eine diesbezügliche Vollzugsmeldung an den Rektor der Universität weiterleiten“ (S. 1077). Politisch habe sich die „Rote Universität“ im Verlauf der Klassenauseinandersetzungen der 50er Jahre profiliert.

Laut Zschalers Aufsatz aus dem Jahr 1997 war das Spektrum der traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen mit der Prüfungsordnung vom 20. Mai 1950 auf die Befriedigung der praktischen Bedürfnisse der Zentralplanwirtschaft verkürzt worden. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät hatte die zu erwartende Prüfungsordnung bereits in ihrer Sitzung am 15. Januar 1950 diskutiert und Teile der Fakultät hatten unter anderem die „einseitige politische Indoktrination“ verurteilt. „Außerdem warnten Fachvertreter davor, daß die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu groß werden und die Abschlüsse nicht mehr vergleichbar sein könnten.“¹⁰⁵ In diesem Sinne verfaßten die Professoren Konrad Mellerowicz¹⁰⁶, Bruno Rogowsky und Oswald Schneider (1885 – 1965) eine Petition an das DDR-Volkbildungsministerium, bekamen aber keine Antwort“ (ebenda, S. 69).¹⁰⁷ 1984 kommentierte Zschaler die Geschehnisse so: „Ihr gefordertes Festhalten an der Einheit der Prüfungsordnung in »Ost und West« war nichts anderes, als der Versuch, die Existenz der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu retten und hatte nichts gemein mit der damals objektiv richtigen Forderung der Partei, die Einheit Deutschlands auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage wiederherzustellen und den Imperialismus in einem einheitlichen Deutschland zu schlagen.“¹⁰⁸

Welche Rolle spielte nun Richard Fuchs an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der HU Berlin? Fuchs wurde bereits einen Tag nach

105 In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät „in der Hauptsache“ aus den drei West-Sektoren kamen. Rogowsky, Vorsitzender des Prüfungsamtes, verhalf vielen Studenten bis zum Frühjahr 1950 zum Abschluss nach der alten Prüfungsordnung. Dann hat auch er Berlin verlassen.

106 Den folgenden Aufsatz habe ich noch nicht eingesehen: Betriebswirtschaftslehre und politische Ökonomie. In: Deutsche Finanzwissenschaft, Jg. 4 (1949), S. 519 – 527

107 Zur weiteren Entwicklung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität vgl. die Darstellung von Marion Duparré: Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin von der sozialistischen Hochschulreform bis zum Ende der fünfziger Jahre, Diss. Berlin [Ost] 1985.

108 Zschaler 1984, S. 150.